

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement (Preis pränumerando):
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montag.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile
 gold oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Februar 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1000,—, 3. Kreis 500,— (darunter vierprozentige v. Bau Potsdamerstr. 11/12 Oktober bis Nov., durch Hinz 40,—), 4. Kreis (Ost) 1000,— (darunter Götsch 1,—, E. S. 176 3,—, Werkstatt Köhler, Pallisadenstr. 77/78 25,—, Andreas v. 50,—), 4. Kreis Südost 1000,—, 6. Kreis 5600,— (darunter alter Genosse, Schönhauser Allee 5,—, A. W. Witter 1,—), Berlin, diverse Beiträge: Jule, Mitterstr. 55, 4. Quartal 24,10, Centralverband der Brauerei-Arbeiter, Sektion I, Sept.—Jan. a 5,—, 25,—, Dr. L. A. 100,—, Zur Wiedererlangung verlorener Rechte 10,—, Dr. A. Fr., Finfen v. „Vorwärts“ 20,—, Dr. C. Fr. desgl. 20,—, J. G. desgl. 10,—, M. G. desgl. 10,—, Gefangenenverein S. u. H., Grabländer bei P. Müller 10,—, Centralverband der Civilberufsmänner Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 43,50, Reun Maurer im Gewerkschaftshaus 30,—, Von den Arbeitern der Reun Berliner Genossenschaftsbäckerei 26,—, 2 und 3. S. 10,—, A. W. 50,—, Die Contobucharbeiter vom Wedding 5,—, Metallarb.-Krankenkasse, E. S. 20, III. 3, 10,—, Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4,90, Rache 5,—, Von Mitgl. der U.-Dr. 3,45, Gutenberg 52,55, E. D. Gutrau 1,—, Cohn 1,—, Gesammelt von einigen Eisenbahnarb. der Werkst.-Inspektion I 10,—, Kranzüberh. v. d. Küchenmöbelfabr. v. Holz, Saligerg. 24a, 2,—, Von Ortsbeamten der Metallarbeiter-Krankenkasse 100,—, Brüssel 20,16, Bremerhaven, von Parteigenossen v. H. u. Ung. 200,—, Breslau, socialdemokr. Verein 100,—, Bremen, E. S. 10,—, Benken (Oberstl.), von den Parteigenossen 3,—, Bremen, Maschinenpersonal der „Bremer Bürgerzeitg.“ 14,50, Bern 50,—, Culin, E. S. 5,—, Cöln a. Rh., socialdemokr. Verein Cöln-Stadt 60,—, Cimmischau, 18. jährl. Reichstags-Wahlkreis 300,—, Dessau 200,—, Dresden, 4. jährl. Reichstags-Wahlkreis 1000,—, Darmstadt, A. M. 4,50, Eisen (Kubr), zur Tilgung von Wahlschulden 1. Rate 250,—, Fallenberg (Oberstl.) 2,—, Furtwangen, v. d. Parteigenossen durch den Vertrauensmann 10,—, Fort I. 2,—, Beitrag der Parteigenossen 200,—, Frankfurt a. M., für 30 Handbücher zu den preussischen Landtagswahlen 61,—, Götting, durch den Vertrauensmann 30,—, Götting, Ritzel zwei Raten 500,—, Gießen, E. M. Dezember und Januar 20,—, Glesau i. Erggeb., Heberich, v. Neue-Welt-Kalender 4,—, Heiden, v. Gen. durch den Bezirksvertrauensmann 25,—, Hermsdorf (Bez. Regensburg), Ritzel nicht gebrauchter Landtagswahlgehirne 200,—, Hartau b. Hirschberg i. Schl. durch A. 76 Einzelpenden von Arbeitern 20,65, Hamburg, in den Monaten Dezember und Januar in der Expedition des „Echo“ eingegangen 75,81, Idar, Volksver. für J. u. Umg. 4. Quart. 08 2,00, Leipzig, 12. u. 13. jährl. Reichstagswahlkreis 2000,—, Ludental, Wahlverein 50,—, Ludental, Rufus 5,—, Ludwigshafen a. Rh., von der Socialdemokratie Bayerns, Gau Pfalz 500,—, Marburg a. Lahn, von der Kolportagekommission 20,—, München, socialdemokratischer Verein 200,—, München, Gau Südbayern, 4. Quartal 1903 100,—, Mannheim, socialdemokratischer Verein 200,—, Nürnberg, Eisinger 5,—, Herrmann 3,—, Sa. 8,—, Nürnberg, Gau Nordbayern, Parteibeitrag für 1903 1552,—, Nürnberg, R. 3,—, Nürnberg, S. u. W. 4,—, Reu Fort, D. Rous 7,50, Oberstein a. R., Volksverein 7,93, Ober-Langensielau, socialdemokratischer Wahlverein Langensielau 50,—, Pfaffengrund im Riesengebirge, von 7 Legalarbeitern 5,—, Peterswaldau vom Wahlverein 10,—, Regensburg, socialdemokr. Verein 10,—, Rautsch, Erlös einer amerik. Christbaum-Versteigerung 14,90, Ronsdorf, Beitrag des allgemeinen Arbeitervereins 4. Quartal 03 25,—, Rügenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3,—, Schmiedeburg i. Riesengebirge, durch den Vertrauensmann 15,—, Schwarzenbach a. S., socialdemokr. Verein 5,—, Striegau, Wahlverein 30,—, Stuttgart (für das socialdemokratische Reichstags-Handbuch) 200,—, Solingen, vom Kreisomitee 35,— (darunter vom Volksverein Wald 30,—), Strahburg i. El., Altwater 5,—, Schwabischer Jünglingsklub 250,—, Stuttgart, aus dem Ueberflus der „Schwabischen Tagwacht“ 1000,—, Schwelm, von den Genossen 100,—, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Reichstags-Wahlkreis 2000,—, „Vorwärts“, 4. Quartal 1903 26 84,45, Winterbach-Hasse bei Kiel, socialdemokratischer Verein 30,—, Württemberg 100,—, „Wahrer Jakob“, Ueberflus Oktober bis Dezember 1903, abzüglich der Ausgabe für „Neue Zeit“ 4500,—, Zitz, Wahlkreis Zeit-Weihensfels-Raumburg 300,—

Zu dem in Nr. 18 des „Vorwärts“ vom 20. Januar d. J. quittierten Gesamtbeitrag des sechsten Berliner Wahlkreises von 3000 M. befanden sich folgende Einzelbeiträge: Vierprozentige der Wählerfabrik Karl Wüstling, Friedenstr. 48, 30,—, Junggeleise 10,—, alter Genosse, Wachtelstr. 10,—, A. W. Witter 1,—, Berlin, den 9. Februar 1904.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Das Komitee für Arbeitervertretung.

London, 6. Februar.

Die englische Arbeiterbewegung hat seit dem Auskommen der modernen Industrie etwa folgende Stufen durchgemacht: Zuerst führte sie einen bitteren Kampf um die Duldung ihrer wirtschaftlichen Verbindungen. Enttäuscht über die geringfügigen Ergebnisse ihres Kampfes wandten sich die Arbeiter dem Chartismus zu und bildeten dessen sozialrevolutionären Flügel. Mit der Ausdehnung und Verallgemeinerung der modernen Technik, mit der Vereinerung Englands, mit der Einführung einer weitgehenden Socialpolitik und überhaupt mit der Demokratisierung der englischen Regierungswirtschaft verließen die Arbeiter das Banner der Revolution, zogen sich auf das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen zurück und schrieben sich mit der bestehenden Ordnung aus, die ihren Schutz und Trutzorganisationen den freiesten Spielraum gewährte. Ich lege auf die Demokratisierung der Regierungswirtschaft besonderes Gewicht. Denn hauptsächlich sie hat den Umschwung vom revolutionären Klassenkampf zum solidarischen Zusammenarbeiten der Klassen in England hervorgebracht. Die Socialpolitik hat es nicht. Der Beweis da-

für ist der Glaube des englischen Proletariats an die liberale Partei, die gar nichts für Socialpolitik, aber viel für politische Freiheit geleistet hat. Könnte man mit staatlicher Socialpolitik die Arbeiterklasse versöhnen, so mühte das englische Proletariat mit den Tories zusammenzugehen, denn alle großen socialpolitischen Maßnahmen müßten sich an die konservative Partei. Und dennoch sind die organisierten Arbeiter Englands überzeugt, daß von den Tories nichts Gutes zu erwarten sei. Im Grunde genommen verlangt der moderne Arbeiter nicht mehr nach Schutz, sondern nach Freiheit, damit er sich selbst schützen kann. Wenn im deutschen Reichstoge so viel um Socialpolitik und so wenig um Freiheit und Demokratie gekämpft wird, so ist dies ein Zeichen der Minderwertigkeit Deutschlands. Dem Verlangen des englischen Proletariats nach Freiheit entspreche die liberale Partei, die ihrer eigenen Interessen wegen die Freiheit schaffen mühte. Das englische Proletariat ist deshalb dem Liberalismus zugehörig, trotzdem dieser seine Aufgabe längst erfüllt hat. Die liberale Arbeiterperiode dauert noch, obwohl ihre Bedingungen nicht mehr existieren und obwohl es für den Arbeiter jetzt viel nützlicher wäre, selbständig in die Politik einzutreten. Diese Thatsache wird vorläufig nur von einer Minderheit erkannt, die infolge ihrer besseren Einsicht eine viel bedeutendere Rolle spielt, als sie der Zahl nach berechnigt wäre.

Der sichtbarste Ausdruck dieser neuen Bestrebungen ist das Komitee für Arbeitervertretung: Labour Representation Committee — L. R. C., das in den letzten drei Tagen — vom 4. bis zum 6. Februar — in Bradford zu seinem vierten Jahreskongreß versammelt war. Aber darauf Gewicht legt, England zu verstehen, muß nunmehr das L. R. C. ebenso beobachten, wie er früher den Trades-Unionismus beobachtet hat. Denn das L. R. C. ist bereits eine politische Macht. Dazu giebt es den socialistischen Parteien neue taktische Probleme auf.

Die Geschichte des L. R. C. umfaßt kaum vier Jahre und läßt sich deshalb kurz zusammenfassen. Am 6. September 1899, auf dem 32. Jahreskongreß der Trades-Unions in Plymouth, stellte ein Socialist folgenden Antrag:

„In Anbetracht der Notwendigkeit, die Arbeiterinteressen im Parlamente besser zu vertreten, beauftragt der Kongreß das Parlamentarische Komitee, eine Konferenz von Vertretern der Genossenschaften, gewerkschaftlichen und socialistischen Organisationen einzuberufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Zahl der parlamentarischen Arbeitervertreter erhöht werden könnte.“

Ehe wir weiter gehen, ist es nötig zu bemerken, daß das in dieser Resolution genannte Parlamentarische Komitee nichts mit dem L. R. C. zu thun hat; jenes ist nur das ausführende Organ des Gewerkschaftskongresses.

Die Resolution wurde mit 546 000 gegen 431 000 Stimmen angenommen. Gemäß dieses Beschlusses wurde auf den 27. Februar 1900 eine Konferenz nach London einberufen, an der die Vertreter der Gewerkschaften und socialistischen Organisationen sich beteiligten. Auf dieser Konferenz wurde das L. R. C. gegründet. Von den socialistischen Organisationen schlossen sich ihm anfangs an: die Social-Demokratische Föderation (S. D. F.) mit 10 000 Mitgliedern, die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party — I. L. P.) mit 13 000 und die Fabian Society mit 770. Auf dem ersten Kongreß, Februar 1901, zählte das L. R. C. 375 031 Mitglieder, auf dem zweiten, Februar 1902, 469 311, auf dem dritten, Februar 1903, 861 150.

Das Wachsen war also ungewöhnlich schnell; es erklärt sich aber leicht daraus, daß sich ihm ganze Gewerkschaften angeschlossen, da das L. R. C. eine Schöpfung des Gewerkschaftskongresses ist. Dieses rasche Aufblühen brachte aber auch schwere Nachteile mit sich. Das L. R. C. war von vornherein eine politische Arbeiterpartei, die aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besteht. Das Wesen seiner Politik war aber noch nicht festgestellt. Der Lage nach konnte es liberal oder selbständig proletarisch sein. Die selbstgewurzelteten Traditionen der liberalen Arbeiterperiode sprachen für den Liberalismus. Die Logik sprach für politische Unabhängigkeit; denn eine neue liberale Partei schaffen, ist überflüssig; ferner sollte das L. R. C. das auf politischem Gebiete leisten, was die Gewerkschaft auf wirtschaftlichem Gebiete leistet; ebenso wie die Gewerkschaft die Mitgliederhaft von Untermietern anschießt, so soll das L. R. C. nur Arbeiter zu seinen Vertretern haben.

Nun entstanden zwei Fragen: Wie hat sich das L. R. C. zu Arbeiterkandidaten zu stellen, die liberal sind? Und wie zu socialistischen Kandidaten, die nicht Handarbeiter sind? Wäre sich die Mehrheit des L. R. C. über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und über ihre politischen Richtungen und Interessenvertretungen klar, so würde die Beantwortung dieser Fragen keine Schwierigkeiten machen. Sie würde sich offenbar in einem Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien stellen und nur diejenigen als Kandidaten annehmen, die den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit anerkennen. Wer diesen Gegensatz anerkennt und sich auf Seiten der Arbeiter stellt, mühte dem L. R. C. willkommen sein. Aber diese Erkenntnis wird in England ungemein erschwert. Die Lehre vom Klassenkampf ist scheinbar roh und mechanisch, aber erst eine Loge, wie sie das L. R. C. bietet, zeigt ihre ganze Tragweite. Selbstredend begriffen unsere Genossen von der S. D. F., nur was es sich hier handle. Sie stellten im Jahre 1900 den Antrag, das L. R. C. solle sich auf den Boden des Socialismus stellen. Der Antrag wurde abgelehnt und die S. D. F. trennte sich vom L. R. C. Ueber diesen Austritt wurde hier viel diskutiert; die Mehrheit billigte ihn, da sie annahm, ein Socialdemokrat könne nicht die Wahl eines Liberalen fördern, auch wenn dieser ein Arbeiter ist. Die Minderheit der S. D. F. ist noch heute der Ansicht, daß eine socialistische Organisation die Pflicht habe, mit einer politischen Arbeiterorganisation zusammen-

zu gehen, so lange diese den proletarischen Interessen, auch wenn sie sich nur auf die Gegenwart beziehen, treu bleibt; schon die Thatsache, daß die Arbeiter die Reingung zeigen, politisch selbständig zu werden, mühte die Socialisten veranlassen, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Daß diese Reingung vorhanden sei, dafür spreche die Existenz des L. R. C. Die Aufgabe der Socialisten besteht eben darin, aus dieser Reingung ein bewußtes Prinzip zu machen. In diesem Sinne wirkt thätigst die S. D. F., obwohl sie sich dazu verstehen mühte, das Wort „Socialismus“ nicht zu gebrauchen. Die Hauptsache ist Unabhängigkeit der Arbeiterpolitik von den bürgerlichen Parteien. Ist die Unabhängigkeit gesichert, so muß das L. R. C. nach der socialistischen Richtung hin wirken. Dieser Ansicht gegenüber sagt die S. D. F., die Unabhängigkeit des L. R. C. würde in die Brüche gehen, da es sich nicht betruht zum Socialismus bekennen und sie weist auf Arbeiterabgeordnete des L. R. C. hin, die im Parlament nach wie vor im Banne der liberalen Partei stehen.

Genau, das Problem ist noch nicht gelöst. Einen Schritt zu dessen Lösung machte Genosse Pete Curran auf dem Kongreß des L. R. C. in Newcastle im Jahre 1903, indem er folgenden Antrag stellte:

„Der Kongreß hält es für absolut nötig, daß die Leiter des L. R. C., sowie die Beamten der ihm angehörenden Trades Unions sich nicht mit der liberalen oder konservativen Partei oder mit einem Teile derselben identifizieren noch deren Interessen fördern; ebenso dürfen sie gegen keinen Kandidaten, der vom L. R. C. anerkannt wurde, auftreten. Alle Kandidaten sollen sich verpflichten, unsere Satzungen anzuerkennen und unsere Beschlüsse auszuführen, oder zu resignieren; schließlich in ihren Wahlkreisen einzig und allein als Arbeiterkandidaten zu erscheinen.“

Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Er wurde aber nichtstimmig verworfen, besonders vom Sekretär der Eisenbahner und Abgeordneten A. Bell, der vor einigen Wochen den liberalen Kandidaten in Norwich gegen den Arbeiterkandidaten Roberts unterstützte. Bell ist der leitende Beamte derjenigen Gewerkschaft, die das erste Opfer des Toff-Vote-Entschlusses war.

Mit diesen Gegenfragen hatte sich der vierte Kongreß, der in der letzten Woche in Bradford tagte, zu beschäftigen. Es waren etwa 300 Delegierte anwesend, die beinahe eine Million Arbeiter vertraten. Den Vorsitz führte der Sekretär der Stahlhämmerer Genosse John Hodge, der die Notwendigkeit der Unabhängigkeit besonders betonte und die Delegierten eindringlich bat, sich von der bürgerlichen Presse nicht beeinflussen zu lassen. Ebenso warnte er sie vor der Jollagitation und meinte, weder Freihandel noch Schutzzoll könne die Armut beseitigen. Der Delegierte Genosse Snowden, Präsident der Unabhängigen Arbeiterpartei, schlug eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor, die mit folgendem Satze schloß: „Der Kongreß ist vielmehr der Ansicht, daß die Arbeiterpolitik darauf gerichtet sein müsse, die Arbeiter von den Grundherren und Kapitalisten vollständig zu befreien.“ Die Resolution wurde mit 965 000 gegen 27 000 Stimmen angenommen. Der Kongreß tadelt ferner das Verhalten des Abgeordneten Bell und forderte die Eisenbahner auf, ihren Sekretär zur Rechenschaft zu ziehen. Sollten sie dieser Aufforderung nicht folgen, so würden sie vom L. R. C. ausgeschlossen werden. Alle Anträge, die auf eine Abschwächung der Selbständigkeit des L. R. C. abzielten, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Inbes wurde die von Genossen Pete Curran in Newcastle (1903) eingebrachte Resolution insofern abgeschwächt, als jetzt der Kongreß einstimmig beschloß, die Worte „oder zu resignieren“ zu streichen, da das L. R. C. nicht die Macht hat, die Resignation zu erzwingen.

Das taktische Problem wurde auch auf diesem Kongreß nicht gelöst. Die einzige sichtbare Wirkung der Agitation des L. R. C. besteht vorläufig darin, daß die 14 Arbeitervertreter, die gegenwärtig im Parlamente sitzen, sich zu einer besonderen Fraktion zusammenschlossen. John Burns wurde zum Fraktionsführer ernannt. Ebenso wurde beschlossen, in die Adressdebatten einzugreifen und Genosse Keir Hardi beauftragt, die Arbeitslosenfrage zur Sprache zu bringen.

Im ganzen großen zeigt die Arbeiterbewegung einen politischen Fortschritt, wenn auch vorläufig einen sehr geringen. Der Gedanke der politischen Unabhängigkeit, die logische Folge der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Trades Unionismus, bricht sich langsam Bahn.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Neue japanische Flottenerfolge.

Nach dem glücklichen Torpedo-Angriff in der Nacht vom 8. zum 9. Februar ist die japanische Flotte am 9. Februar mittags 11 Uhr abermals zum Angriff übergegangen, indem sie, 15—16 Schiffe stark, auf drei Meilen an die russische Flotte herandampfte und alsdann mit dem schweren Geschütz ein heftiges Feuer auf die russischen Schiffe und die Forts eröffnete. Die russischen Schiffe sowie die Landbatterien von Port Arthur erwiderten das Feuer lebhaft, ohne jedoch, wie es scheint, den japanischen Schiffen auch nur den geringsten Schaden zuzufügen, da die russischen Geschosse ihr Ziel nicht erreichten. Das japanische Bombardement scheint dagegen sehr wirksam gewesen. Nach den Meldungen des russischen Oberstkommandierenden Algejev selbst wurden durch das Bombardement am Dienstagmittag „beschädigt“ das Linien-Schiff „Kulatawa“, ferner die Kreuzer 1. Klasse „Kowiel“, „Diana“ und „Kolob“. Die Beschädigungen sollen unter dem Wasserpiegel erfolgt sein, was ihren Charakter um so bedauerlicher erscheinen läßt. Den Menschenverlust dieses Gefechtes beziffert

Die russisch-offizielle Meldung auf 10 Tote und 56 Verwundete; die Japaner haben offenbar keinen Verlust gehabt.

Außer diesem Angriff auf Port Arthur, der das dortige russische Geschwader vollends jeder Angriffsfähigkeit beraubt hat, haben die Japaner bei Tschemulpo — der Hafenstadt der koreanischen Hauptstadt Seoul — zwei russische Kriegsschiffe genommen, den Kreuzer 1. Klasse „Warjag“ und das Kanonenboot „Koriej“. Nach der einen Meldung soll die Erbeutung der beiden Schiffe ohne jeden Kampf vor sich gegangen sein, nach einer andern Meldung seien die Schiffe furchtbar zusammengeschossen worden.

Ueber das Bombardement von Port Arthur

Petersburg, 10. Februar, 4 Uhr 46 Min. früh. Der Stabschef des Statthalters Admirals Alexejew Pflug telegraphiert aus Port Arthur vom 9. Februar: Heute gegen 11 Uhr morgens näherte sich ein aus fünfzehn Panzerschiffen und Kreuzern bestehendes japanisches Geschwader Port Arthur und eröffnete das Feuer. Der Feind wurde mit Schüssen von den Küstenbatterien, der Festung und dem Feuer unseres Geschwaders, welches sich an dem Kampfe beteiligte, empfangen. Gegen Mittag stellte das japanische Geschwader das Feuer ein und dampfte nach Süden. Auf unserer Seite wurden zwei Marineoffiziere und 51 Marineoldaten verwundet und neun getötet; auf den Küstenbatterien wurde ein Mann getötet und drei verwundet. Das Panzerschiff „Poltawa“ und der Kreuzer „Nowik“ erlitten je eine Beschädigung des unter der Wasserlinie befindlichen Teils. Die Beschädigungen der Festung sind unbedeutend.

Petersburg, 10. Februar. (Ausführlichere Meldung.) Der Statthalter Alexejew hat dem Kaiser folgendes Telegramm zu gehen lassen: In Ergänzung meines ersten Telegramms melde ich, daß alle drei bei Port Arthur beschädigten Schiffe (gemeint sind hier nur die durch den nächtlichen Torpedo-Angriff außer Gefecht gesetzten Schiffe) sich auf dem Wasser halten. Die Kessel und Maschinen sind nicht beschädigt, der „Besarowitsch“ ist am Steuer beschädigt, der „Retwisan“ in der Abteilung unter der Wasserlinie, wo sich die Pumpen befinden, und der Kreuzer „Pallada“ in der Mitte des Schiffes unweit der Maschine. Nach der Explosion eilten sofort die du jour habenden Kreuzer zur Hilfe und trotz der Dunkelheit der Nacht wurden Maßnahmen getroffen, um die beschädigten Schiffe in die innere See zu bringen. An Offizieren hatten die Schiffe keine Verluste, dagegen wurden zwei Unteroffiziere getötet, fünf sind ertrunken und acht verwundet. Die feindlichen Torpedoboote wurden rechtzeitig mit starkem Feuer von den Schiffen empfangen. Nach Beendigung des Angriffs wurden zwei Torpedos gefunden, die nicht kreierte waren.

Wie aus weiteren Telegrammen des Statthalters an den Kaiser hervorgeht, stellte das aus 15 Schiffen bestehende Geschwader die gestern um 11 Uhr vormittags begonnene Beschichtung Port Arthurs nach einseitigem Feuer ein und dampfte nach Süden ab. Außer dem Panzerschiff „Poltawa“ und dem Kreuzer „Nowik“ erhielten auch die Kreuzer „Diana“ und „Mosold“ Beschädigungen unter der Wasserlinie.

Einzelheiten über die Gefechte bei Port Arthur

liegen in folgenden nichtofficiellen Meldungen vor:

New York, 9. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ueber den Kampf bei Port Arthur wird aus Tschifu gemeldet: Der japanische Vice-Admiral Togo befehligte eine Flotte, bestehend aus den Panzerkreuzern „Tschitose“, „Kajagi“, „Tasafago“ und „Toschimo“; diese nahmen im Kreise außerhalb der See Stellung und zogen das Feuer der Russen auf sich. Dann stießen sie zur japanischen Hauptflotte und darauf dampften alle japanischen Schiffe an die russischen Panzerkreuzer heran. Die japanische Hauptflotte bestand aus zwei Divisionen; es waren dabei das Flaggschiff „Mikasa“, die Linienfahrer „Washi“, „Judschi“, „Schitshima“ und „Tatfule“, ferner die Schiffe „Onaschima“ und „Tabuma“. Die zweite Division, welche Admiral Kamimura an Bord des Panzerkreuzers „Dzumo“ befehligte, bestand außerdem aus den Panzerkreuzern „Salumo“, „Asama“ und „Iwate“.

London, 9. Februar. Dem „Reuterschen Bureau“ ist über Rein Fort folgendes Telegramm aus Tschifu von heute zugegangen: Der Dampfer „Columbia“, der von Port Arthur in Tschifu eingetroffen ist, befand sich zur Zeit des japanischen Torpedo-Angriffes auf der See von Port Arthur. Am Montagabend 11 Uhr wurde der erste Knall einer Torpedo-Explosion verpört. Die Russen brachten sofort ihre Scheinwerfer in Thätigkeit und eröffneten das Feuer. Der Angriff dauerte indessen in Zwischenräumen die ganze Nacht fort und am 9. bei Tagesanbruch sah man, daß zwei russische Schlachtschiffe und ein russischer Panzerkreuzer erster Klasse manövrierunfähig gemacht und an der Einfahrt in den Hafen auf den Strand gesetzt waren. Der Kreuzer lag stark auf der Seite. Keines der Schiffe hatte Beschädigungen oberhalb der Wasserlinie. Die russischen Forts feuerten am Morgen auf die etwa drei Meilen entfernt liegende japanische Flotte, welche das Feuer erwiderte. Darauf lichteten andere russische Schiffe die Anker und kreuzten um die See herum. Die Japaner kamen bis auf drei Meilen heran und die Seeschlacht begann. Die Japaner feuerten auf die Schiffe und die Forts, welche das Feuer erwiderten. Die japanischen Geschosse trafen die russischen Schiffe nur unbedeutend, das Feuer der Russen erreichte die gegnerischen Schiffe nicht. Während der Kampf im Gange war, fuhr die „Columbia“ davon, sie sah, aber später noch, wie die japanische Flotte aufschien und in beständiger Richtung nach Dalny abfuhr, obwohl die Offiziere der „Columbia“ sagen, die Zahl der angreifenden Schiffe habe siebzehn betragen und man habe später nur sechzehn Schiffe gesehen. Der Dampfer „Rutschau“ aus Dalny, welcher am 9. Februar durch die japanische Flotte hindurchgefahren ist, berichtet, daß sie aus sechs Schlachtschiffen, vier Kreuzern erster Klasse und sechs andern Schiffen bestanden habe und sich 18 Meilen von Port Arthur in südöstlicher Richtung bewegte. Drei japanische Kreuzer fuhrten am Dienstag um 10 Uhr vormittags an Port Arthur in Schweite der russischen Flotte vorbei. Die letztere lichtete die Anker und brach zur Verfolgung auf, lehrte aber eine halbe Stunde später zurück.

Nach einem weiteren Telegramm aus Tschifu wären die außer Gefecht gesetzten russischen Schiffe die Schlachtschiffe „Poltawa“ und „Besarowitsch“ und der Kreuzer „Wojarin“. Die auf dem Strande liegenden Schiffe blockieren, wie gemeldet wird, die Hafeneinfahrt, sie machen den Kanonenbooten die Ausfahrt unmöglich und hindern die Schlachtschiffe und Kreuzer, zur Kohleneinnahme in den Hafen einzufahren.

Ueber das Gefecht bei Tschemulpo

liegen folgende Meldungen vor:

New York, 10. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ein Telegramm aus Tschifu meldet: Japan nahm die beiden russischen Kreuzer „Warjag“ und „Koriej“ weg. Dieselben sind in Tschemulpo eingebracht worden.

London, 10. Februar. Der gestrige Zusammenstoß bei Tschemulpo war nach neueren Meldungen eine förmliche Seeschlacht. Dem

„Reuterschen Bureau“ wird darüber aus Tokio unter dem heutigen Datum telegraphiert: Der Kampf dauerte von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Die Japaner besiegten zwei russische Kriegsschiffe, wie man glaubt, das Hochsee-Kanonenboot „Koriej“ und den Kreuzer erster Klasse „Warjag“. Das Kanonenboot wurde zum Sinken gebracht, der „Warjag“ in Brand geschossen und kampfunfähig gemacht. Ein Teil der Mannschaft, der landete, wurde gefangen genommen. Die japanischen Schiffe sind leicht beschädigt.

London, 10. Februar. Die hiesige japanische Gesandtschaft hat folgendes Telegramm aus Tokio erhalten: Ein japanisches Geschwader, das Transportschiffe begleitete, traf am 8. Februar auf dem Wege nach Tschemulpo das Hochsee-Kanonenboot „Koriej“, das aus dem Hafen ausfuhr. Der „Koriej“ nahm gegen die japanischen Schiffe eine offensive Haltung ein und feuerte dann auf die japanischen Torpedoboote. Letztere schossen zwei Torpedos ab, die jedoch fehlgingen. Der „Koriej“ lehrte darauf zu seiner Ankerstelle zurück. Früh am Morgen des 9. Februar forderte Admiral Uru, der Kommandant des japanischen Geschwaders, formell die russischen Kriegsschiffe auf, den Hafen von Tschemulpo vor Mittag zu verlassen. Der Admiral fügte hinzu, wenn seiner Forderung nicht nachgegeben würde, so sei er gezwungen, die russischen Schiffe im Hafen anzugreifen. Zwei russische Kriegsschiffe verließen 11¹/₂ Uhr vormittags den Hafen und es entspann sich außerhalb der archipelartigen Inseln ein Kampf. Nach einem Geschützschuß, der über eine Stunde währte, zog sich ein russisches Schlachtschiff zwischen die Inseln zurück. Gegen Abend sank ein russischer Kreuzer und gegen vier Uhr morgens des 10. Februar wurde gemeldet, daß das Hochsee-Kanonenboot „Koriej“ gleichfalls gesunken ist, nachdem eine Explosion stattgefunden hatte. Die Offiziere und Mannschaften der beiden gesunkenen Schiffe flüchteten sich auf den französischen Kreuzer „Pascal“. Auf japanischer Seite sind keine Unfälle eingetreten.

Die japanische Gesandtschaft erhielt ferner ein Telegramm, welches meldet, daß vier japanische Bataillone in Tschemulpo gelandet sind.

Ueber den Erfolg des japanischen Torpedo-Angriffs

ist noch folgende Nachricht eingegangen:

Paris, 10. Februar. Ueber die Angriffe, welche die Japaner in der Nacht vom 8. zum 9. Februar und am folgenden Tage auf das russische Geschwader bei Port Arthur unternahmen, meldet ein der „Agence Havas“ aus Petersburg zugegangenes Telegramm folgendes: Das russische Schlachtschiff „Jasarewitsch“ wurde von einem Torpedo am Heck getroffen. Die am Steuer liegenden Schotten wurden led und die Steuerborrichtungen konnten nicht mehr benutzt werden. Indessen konnte der „Jasarewitsch“ den Kurs zum Hafen nehmen und dort einlaufen. Das Schlachtschiff „Retwisan“ erhielt einen Torpedoschuß in das Vorderdeck und begab sich ebenfalls in den Hafen. Ein Kessel des Kreuzers „Pallada“ lag in der Luft, da ein Torpedo im Feuertraume explodierte. Auch dieses Schiff konnte trotz seiner Beschädigungen den Hafen aufsuchen. Man hofft, daß es in kurzer Zeit wieder in See gehen können. (7)

Zweitausend Russen gefangen genommen?

London, 10. Februar. Die Abendblätter bringen ein Telegramm aus Tokio, wonach zwei Transportschiffe der Russischen Freiwilligen-Flotte mit 2000 Mann Soldaten an Bord von den Japanern weggenommen sein sollen.

Japanische Truppenlandungen.

„Daily Mail“ meldet aus Tientsin: Am Sonntag erschien eine starke japanische Torpedodivision in Begleitung von Kreuzern, welche Truppentransportschiffe eskortierten, plötzlich vor dem Hafen von Tschemulpo. Auf Aufforderung des japanischen Kommandanten ergaben sich die im Hafen liegenden russischen Kreuzer „Warjag“ und „Koriej“, ohne einen Schuß abzugeben. Die Landung der japanischen Truppen ging alldann schleunigst vor sich. 8000 Mann wurden schnell an Land gebracht, die übrigen folgten. Die japanischen Truppen begannen den Vormarsch auf Seoul, um die Hauptstadt zu besetzen. Außer in Tschemulpo sind in allen Hauptorten im südlichen und westlichen Korea japanische Truppen gelandet worden. Eine Division japanischer Garden hält Busan und Malampo, wo sie ausgeschifft waren, besetzt. Die russischen Kriegsschiffe in Wladiwostok scheinen durch Eis im Hafen eingeschlossen zu sein.

Der Aufmarsch der russischen Landstreitkräfte.

Aus Port Arthur wird gemeldet:

General Krastinski geht morgen von Liauhang nach dem Halbinsel an der Spitze der dritten Artilleriebrigade ab, welche 24 Geschütze und drei Regimenter Infanterie umfaßt. Die dritte, vierte und fünfte Brigade haben sich längs der Eisenbahn in einer Entfernung von 40 Meilen von Haitscheng verschanzt; drei Batterien der fünften Brigade befinden sich in Sintshau. Insgesamt stehen 86 sibirische Regimenter in der Mandchurie. Vier Regimenter haben sich seit Donnerstag nach Wladiwostok in Bewegung gesetzt.

Nach einem weiteren Telegramm haben russische Truppen bereits die koreanische Grenze überschritten!

Das Kriegsmanifest Vätershaus

wurde am Mittwoch publiziert. Es lautet:

Wir thun allen unsern treuen Unterthanen folgendes kund: In der Sorge, den unsern Herzen teuren Frieden zu wahren, haben wir alle Bemühungen zur Festigung der Ruhe im fernem Osten angewandt. Zu dem friedliebenden Zwecke haben wir unsere Zustimmung gegeben zu der von der japanischen Regierung vorgeschlagenen Revision der zwischen den beiden Reichen bestehenden Abmachungen bezüglich der koreanischen Angelegenheiten. Die über diesen Gegenstand angeregten Verhandlungen wurden jedoch nicht zu Ende geführt und Japan benachrichtigt uns, ohne auch nur den Eingang der in der letzten Antwort gemachten Vorschläge unserer Regierung abzuwarten, von dem Abbruch der Verhandlungen und der diplomatischen Beziehungen zu Russland. Ohne uns vorher davon in Kenntnis zu setzen, daß der Abbruch solcher Beziehungen die Eröffnung einer kriegerischen Aktion bedeutet, gab die japanische Regierung ihren Torpedoboote Befehl, unser Geschwader auf der äußeren See der Festung Port Arthur plötzlich anzugreifen. Nach Empfang des Berichts unseres Statthalters hierüber befahlen wir sofort, die Herausforderung Japans mit den Waffen zu beantworten. Indem wir diese unsere Entschlieung kundthun, flehen wir in unserm erschütterlichem Vertrauen auf die Hilfe des Allerhöchsten und in der festen Zuversicht auf die einmütige Bereitwilligkeit aller unserer treuen Unterthanen, zusammen mit uns das Vaterland zu verteidigen, den Segen Gottes herab auf unsre ruhmreichen Truppen der Armee und der Flotte.

An der brutalen Raubpolitik Russlands gemessen ist der Erguß reichlich weinerlich. Die „treuen Unterthanen“ werden ganz andre Empfindungen hegen!

Die Haltung Amerikas.

Das Kabinet in Washington hat am Dienstag beschlossen, bei dem russisch-japanischen Kampfe absolute Neu-

traalität zu bewahren. Die Vorschläge des Staatssekretärs Hay an die Mächte waren ursprünglich auf die Aufrechterhaltung der offenen Thür in der Mandchurie gerichtet; diese Absicht erweiterte sich späterhin zu dem Vorschlage der Aufrechterhaltung der Integrität Chinas, und jetzt ist die Beschränkung der Feindseligkeiten auf ein möglichst kleines Gebiet ins Auge gefaßt. Es heißt, daß die Vorschläge Hays betreffend die Beschränkung des räumlichen Gebietes der Operationen die Form von Noten an die russische und japanische Regierung angenommen haben, während die neutralen Mächte zugleich ersucht wurden, sich an die Kriegführenden im gleichen Sinne zu wenden. Dieser Vorschlag soll bereits günstige Aufnahme gefunden haben. Die Note Hays an die Mächte soll, wie versichert wird, in sich schließen, daß weder Russland noch Japan gestattet werden soll, einen Einfall in das eigentliche China zu machen.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Washington weiter telegraphiert: Zu der an die Mächte gerichteten Note des Staatssekretärs Hay, die die Sicherung der Neutralität Chinas und die Beschränkung des Krieges auf Japan und Russland bezweckt, liegen bereits genügend viele Aeuerungen der verschiedenen Regierungen, darunter auch der englischen vor, um den Erfolg der Bemühungen Hays gesichert erscheinen zu lassen. Japan hat die Aktion der Vereinigten Staaten willkommen geheißen; Russland hat noch nicht geantwortet, das Staatsdepartement vertraut aber darauf, daß auch Russland sie günstig aufnehmen werde.

Französische Allianz-Kongre.

Paris, 9. Februar. (Sig. Ver.) Der Druck zwischen Japan und Russland hat die französische Öffentlichkeit mit Angst und Sorge erfüllt. Wie weit gehen die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber seinem Alliierten in Bezug auf Ostasien? Wird Frankreich eventuell nicht den Krieg gegen Japan mitmachen müssen, und wenn ja, in welcher bestimmten Eventualität? ... Das bleibt ein sakrosanktes diplomatisch-patriotisches Geheimnis. Eine französische Gemeinde darf ohne Einwilligung des Parlaments nicht die geringste Anleihe zum Bau einer Straßenbahn aufnehmen. Das ganze Land kann aber durch geheime diplomatische Abmachungen in einen Krieg verflochten werden, ungeachtet der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments. Das neueste Beispiel dafür ist die Teilnahme Frankreichs am China-Krieg.

Was man offiziell über die ostasiatischen Verpflichtungen Frankreichs weiß, beschränkt sich auf die ebenso orakelhafte wie kauschulartige „franko-russische Erklärung“ von 1902, die dem anglo-japanischen Bündnisvertrag vom 30. Januar 1902 auf dem Fuße folgte. Der entscheidende Postus jener Erklärung, die mit den üblichen heuchlerischen Phrasen über den „allgemeinen Frieden im äußersten Osten“ und die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit von China und Korea“ beginnt, lautet: „Verpflichtet jedoch, auch ihrerseits den Fall zu erwägen, wo sei es die aggressive Aktion dritter Mächte, sei es neue Unruhen in China die Integrität und die freie Entwicklung dieser Macht in Frage stellen und so ihre eigenen Interessen bedrohen würden, behalten sich die beiden verbündeten Mächte vor, eventuell für ein Mittel zu sorgen, um den Schutz ihrer Interessen zu sichern.“ — Am 26. März 1902 wurde Delcassé in der Deputiertenkammer über die Tragweite der „franko-russischen Erklärung“ befragt. Aus seiner geordneten Antwort ist zu ersehen, daß die Abmachung sich auch auf Korea bezieht, wo Frankreich nur geringe Interessen besitzt: „Ist er (der Fragesteller, Abgeordneter Denis Cochin) denn so sicher, daß eine im Norden entstehende Bedrohung sich nicht auf den Süden ausdehnen könnte?“

Kann ist Japan gewiß eine „dritte Macht“ und Russland hat es verstanden, äußerlich seinen Gegner in die „aggressive“ Position zu drängen. Wird also im Kriegsfall die Abmachung von 1902 nicht in Anwendung kommen müssen? Derselbe Heraklomonarchistische Abgeordnete Denis Cochin beabsichtigte, hierüber den Minister des Aeußern zu befragen. Es kam aber dazu nicht. Auf Delcassés Wunsch begnügte sich der Abgeordnete mit einer privaten Aussprache unter vier Augen und dann wurde zu einem zweiten Konventikel noch Ribot, der Chef der Opposition, hinzugezogen. Ferner hat neben andern ministeriellen Deputierten der diplomatisch sachkundige jaureßistische Abgeordnete Frejensé mit dem Minister Rücksprache genommen. Die privaten Erklärungen Delcassés gehen dahin, daß er nichts andres zu sagen hätte als was er im März 1902 in der Kammer gesagt habe. ... Schweigen ist des Patrioten erste Pflicht, sobald die russische Allianz im Spiele ist.

Uebrigens ist es ersichtlich, daß die Presse einen Wink im Sinne optimistischer Stimmungsmache bekommen hat. Abg. Frejensé aber ist misstrauisch. Er sagte in einem Interview: „Ich bedauere diese ganze Geheimnerei. Eine große Debatte scheint mir unentbehrlich. Wer weiß, ob wir nicht später vor eine vollendete Thatsache gestellt werden?“

Daß die Aussicht, in einen ostasiatischen Krieg verwickelt zu werden, keinen halbwegs vernünftigen Franzosen lodd, ist selbstverständlich. Das hyper-russische Gebahren der chauvinistischen Zeitungs-schreiber von der „Patrie“, die einen „Verrat“ Frankreichs an Russland befürchten, ist selbst für die nationalitätlichen Kreise nicht mahnend. Hat doch sogar Drouoté in einer Depesche an dieselbe „Patrie“ gegen die Beteiligung Frankreichs an einem russisch-japanischen Krieg Stellung genommen — natürlich unter dem obligaten Hinweis auf die Revision.

Die sicherste Bürgschaft aber für eine neutrale Haltung Frankreichs bleibt der englisch-japanische Vertrag, der im Falle der französischen Einmischung England auf den Plan rufen würde, wie umgekehrt die englische Einmischung Frankreich in den Krieg treiben müßte. Die unermeßlichen Gefahren eines Zusammenstoßes zwischen den beiden großen Kulturvölkern sind allen zurechnungsfähigen französischen Politikern gegenwärtig. Und sie werden der Basallengeßinnung der französischen Diplomatie gegenüber dem Jarenreich einen noch etwas kräftigeren Dämpfer aufsetzen, als das jüngste „herzliche Uebereinkommen“ zwischen Frankreich und England.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Der Reichstag

führte am Mittwoch die weitwichtigen Debatten, die sich beim Reichs-Gesundheitsamt entspannen, zu Ende. Eine große Rolle in der Debatte spielte noch das Fleischbeschau-Gesetz und die scharfe Kritik, die Genosse Scheidemann an dem agrarischen Charakter dieses ursprünglich rein hygienischen Gesetzes geübt hatte. Scheidemann erwies sich als vortrefflicher Debatter und rechnete mit seinen Gegnern, den Herren Dröcher und Grafen Reventlow, gründlich ab. Wie sehr er die beiden geärgert hatte, zeigten ihre persönlichen Bemerkungen, bei denen Graf Reventlow sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zunug. So wertvoll diese Debatten vom agitatorischen Standpunkt aus sind — Scheidemann hatte unter andern mit Recht darauf hingewiesen, daß der ökonomische Interessengegensatz zwischen den Kleinbäuer-

lichen Viehzüchtern und den Großgrundbesitzern die Einheit der agrarischen Partei schließlich sprengen werde — ein praktisches Resultat werden sie zunächst nicht haben, da Graf Posa dowsky erklärte, daß für die Regierung noch zu wenig Erfahrungen vorliegen, um sie zu einer Aenderung des Fleischbeschau-Gesetzes zu veranlassen.

Im übrigen berührten die Verhandlungen eine Reihe der verschiedensten Materien. Genosse Horn brachte die Kinder- ausbeutung in der Glasindustrie zur Sprache, Genosse H u s fragte, wann endlich die langausgedehnte amtliche Unter- suchung der Ursache für die Typhus-Epidemie in Gelsenkirchen zum Abschluß kommen würde. Das dortige im Privatbesitz befindliche Wasserwerk soll nämlich in unverantwortlichster Weise das Schmutzwasser der Ruhr direkt in die Wasser- leitung durch ein Rohr zugeführt haben, und die Entscheidung der Schuldfrage ist von größter Bedeutung für die durch die Epidemie schwer geschädigten Arbeiterfamilien. Der Prä- sident des Reichs-Gesundheitsamtes, Dr. Köhler, er- widerte, daß die Untersuchung noch immer nicht abgeschlossen sei und daß sich die Akten darüber in den Händen der preußi- schen Behörden befänden. Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in der Glasindustrie suchte Graf Posa dowsky in Abrede zu stellen. Er behauptete, daß höchstens nicht mehr schulpflichtige Kinder unter 14 Jahren beim Verpachten Ver- wendung fänden.

Herr v. Seyl unternahm wieder einmal den Versuch, einen Widerspruch innerhalb unserer Partei in der Frage der Verunreinigung öffentlicher Flußläufe festzustellen. Genosse Dreesbach ist einmal gelegentlich dafür eingetreten, daß die Stadt Mannheim ihre Abwässer direkt in den Main leiten dürfe, und die Untersuchungen des Reichs-Gesundheitsamtes haben auch ergeben, daß dies bei bestimmten Kautelen ohne Gefahr geschehen könne. Dreesbach hat zudem, wie S i n g e r feststellte, ausdrücklich erklärt, daß er in diesem Falle nur seine persönliche Anschauung als geheimer Stadtrat und nicht die Anschauung der Partei vortrage. Als Zwischenruf zu der Frage darauf aufmerksam machte, daß es nicht ganz redlich sei, diesen Umstand mit Schweigen zu übergehen, greinte er wie ein Schulknabe und flehte den Präsidenten um Hilfe gegen die Zwischenrufer an.

Ein kleines Malheur erlebten noch die Freisinnigen. In Kaiserslautern ist der Bündlerführer Köhler von einem Kompromißkandidaten, dem Weinhändler Sartorius, aus dem Felde gedrängt worden. Herr Sartorius hat sich der Freisinnigen Volkspartei angeschlossen, es scheint aber, als wenn im Wahlkampfe sein Gegner etwas auf ihn abgefärbt hätte. Er entpuppte sich heute nämlich als Anhänger hoher Bälle für frische Trauben aus dem Auslande und äußerte auch sonst über das Weingeßel Ansichten, die sich mit dem frei- händlerischen Standpunkt seiner Partei nicht gut vertrugen. Herr Dr. Hermes war infolgedessen gezwungen, seinen Parteifreund zu desavouieren. Sonst wurde noch debattiert über Kunsthonig, Corned beef, Apothekenwesen, Pestleichen, Feuerbestattung und konzentrierte Essigsäure.

Am Donnerstag geht die Beratung der Vorlage über die Schuldentilgung der Fortsetzung der Etatsberatung voran.

Befragung des Kontraktbruchs für ländliche Arbeiter.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch den zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung gestellten An- trag auf Befragung des Kontraktbruchs gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien angenommen. Seit Jahren ist die agrarische Mehrheit des Hauses bekanntlich bestrebt, die wozigen Rechte der Landarbeiter noch weiter einzuschränken, als es schon jetzt der Fall ist. In bekannter Heuchelei thun die Herren so, als ob es ihnen nur darauf ankommt, den Kontraktbruch der Arbeit- geber und seine Begünstigung durch Stellenvermittler kriminell zu ahnden, in Wirklichkeit aber lassen die Debatten der letzten Jahre keinen Zweifel darüber, daß die Landtagsmehrheit von dem Streben befeuert ist, die mittelalterliche Hörigkeit wieder einzuführen.

Der von sämtlichen Konservativen unterzeichnete Antrag fordert die Regierung auf, dem Landtage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. auch derjenige Arbeitgeber bestraft wird, welcher Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem andern Arbeitgeber verpflichtet sind, in Dienst nimmt oder während der Dauer dieser Verpflichtung in Dienst behält, sofern nicht vier Wochen seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses verstrichen sind, 2. derjenige bestraft wird, der die Arbeitsvermittlung für solche Arbeiter oder Gesinde übernimmt, 3. endlich derjenige bestraft wird, der Gesinde oder einen landwirtschaftlichen Arbeiter verleitet, widerrechtlich einen Dienst nicht anzunehmen, vorzeitig zu verlassen oder die vertragmäßige Arbeit niederzulegen.

In dieser letzten Bestimmung liegt der Schwerpunkt des Antrags. Wird sie Gesetz, so ist derjenige Arbeiter strafbar, der einen Kollegen auffordert, vorzeitig den Dienst zu verlassen. Mag der „gnädige Herr“ dem Landarbeiter gegenüber auch noch so unerschämmt auf- treten, ja mag er sogar erwachsenen Männern gegenüber ein an- gemessenes Züchtigungsrecht ausüben, so ist der Arbeiter doch nicht berechtigt, wenigstens nicht nach Ansicht der herrschenden Klassen, den Dienst zu verlassen. Thut er es dennoch, so macht er sich schon heute strafbar, und in Zukunft wird sich auch derjenige strafbar machen, der etwa die Landarbeiter über ihre Lage aufklärt, das Gefühl der Menschen- würde in ihnen erweckt und sie, wenn auch nur indirekt, verleitet, sich dort Arbeit zu suchen, wo einigermaßen erträgliche Verhältnisse herrschen. Socialdemokratischen Agitatoren will man — das ist die Absicht des Antrages — die Agitation auf dem Lande durch Straf- androhungen erschweren. Gelingen wird das nicht, unsere Genossen werden sich durch solche gillandenen Bestimmungen nicht abhalten lassen, ihr Aufklärungswerk zu vollenden.

Die Debatte brachte keinerlei Ueberraschungen. Die Redner der beiden konservativen Parteien und des Centrums bekräftigten den Antrag mit den bekannten Phrasen, daß es sich um allgemeine Staatsinteressen handle, daß man nur „Radaubröder“ und „Zugvögel“, nicht aber ordentliche Arbeiter treffen wolle, daß nicht Macht vor Recht gehen dürfe, daß geschlossene Verträge heilig sein müßten, und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Der konser- vative Führer, Abg. Dr. v. Geyhebrand, befahl dabei die Dreifügigkeit zu erklären, daß seine Freunde das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter nicht einschränken wollten. Obwohl Herr v. Geyhebrand selbst Mitglied des Reichstags ist, scheint er den Ver- handlungen dieses Parlaments kein Interesse entgegenzubringen, sonst würde er wissen, wie eifrig seine Parteigenossen für die Zucht- hausvorlage eingetreten sind und wie warm sie auch jetzt wieder gelegentlich der Etatsberatungen fortwährend den Ruf nach einer Einschränkung des Koalitionsrechts erschallen lassen. Auch der Redner des Centrums, der Abg. Herold steht, ebenso wie die Konservativen, auf dem Standpunkt, daß die ländlichen Arbeiter grundsätzlich kein Koalitionsrecht haben dürfen, zumal da sie gar nicht das Bedürfnis hätten, ihre Lage zu verbessern. Den Land- arbeiter geht es nach Ansicht des Herrn Herold, des eifrigen Ver- teidigers aller Rechtsbrüche im Kampfe um den Wuchertarif, so gut,

wie sie es sich nur wünschen könnte. Daß auch Landarbeiter sich als Menschen fühlen möchten, und daß es gerade im Interesse des Kulturfortschritts liegt, sie zu höheren Bedürfnissen zu erziehen, daß will natürlich dem frommen Centrumsagrarien, dem Feind jedes kulturellen Fortschritts, nicht in den Sinn.

Eine eigenartige Haltung beobachteten die Rational- liberalen, in deren Namen Abg. Hofmann erklärte, das seine Freunde zwar mit der Tendenz des Antrages ein- verstanden seien, da sie anerkennen, daß für das landwirtschaft- liche Gewerbe besondere Bestimmungen getroffen werden müssen, daß sie aber nicht die Arbeiter unter Strafe stellen wollen, die andre auffordern, die Arbeit niederzulegen. Das ist es aber gerade, worauf es den Antragstellern in der Hauptsache ankommt.

Gegen den Antrag erklärten sich nur die Abg. Goldschmidt (frs. Sp.) und Brömel (frs. Sp.).

Den Schluß der Beratung bildete eine Rede des Ministers v. Podbielski, durch die er den Beweis erbrachte, daß das zer- schnittene Fischgut zwischen ihm und dem Bund der Landwirte wieder zusammengeführt ist. Agrarischer wird auch im Circus Wuch in der nächsten Woche laun gesprochen werden können. Der Minister, nach dessen Ansicht der Arbeiter auf dem Lande mit dem Arbeitgeber noch immer „am Tische in erstem, tiefem, socialem Frieden zusammen- sitzt“, will diesen ersten, socialem Frieden erhalten und ist deshalb bereit, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf im Sinne des Antrages vorzulegen. Daß hervorragende Staatsrechtslehrer und selbst frühere preussische Landwirtschaftsminister ein solches Gesetz für verfassungswidrig erklärt haben, da diese Materie reichsgesetzlicher Regelung unterliegt, kümmert Herrn v. Podbielski nicht. Ueber solche Kleinigkeiten setzt er sich spielend hinweg.

Nach Annahme des Antrages beriet das Haus den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung weiter. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um das schlesische Hochwassergesetz.

Donnerstag: Fortsetzung der Etatsberatung.

Deutsches Reich.

Geheime Reichsschuld.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Mittwoch über die Art der Beschaffung von Kasernenbauten für das Meer diskutiert. Bei der Beschaffung von Kasernenbauten sind bisher zwei Wege beschritten worden: entweder wurden die Gebäude für den Rechnung des Militärfiskus erbaut oder sie wurden von den Garnisongemeinden hergestellt und dann vom Fiskus den Gemein- den abgemietet. In den letzten zehn Jahren sind die Beträge für solche Kasernenbauten beständig gestiegen und auch in diesem Jahre wird ein erheblicher Mehrbetrag gefordert. Bei Berechnung des vom Reiche zu zahlenden Mietbetrages wurde in der Regel so verfahren, daß der Preis des Grund und Bodens mit 4 Proz., der der Gebäude mit 5 Proz. im Jahre verzinst wurde. Der Korreferent, Abg. Speel wies darauf hin, daß bei diesem System eine genaue Prüfung der Verhältnisse durch den Reichstag fast ausgeschlossen sei; auch seien sicherlich Kasernen von Gemeinden gebaut worden, deren Bau für den Fiskus vom Reichstag abgelehnt worden wäre. Auf diese Weise wäre eine indirekte Reichsschuld geschaffen, die jetzt schon die Höhe von 94 Millionen Mark erreicht habe. Der Reichstag habe es lediglich mit der Verzinsung dieser Schuld zu thun, auf ihre Kon- trahierung aber eigentlich keinen Einfluß. Die Verzinsung der von den Kommunen gebauten Kasernen sei überdies viel zu hoch: das Reich könne Geld zu 3 $\frac{1}{2}$ Proz. auf Anleihe haben, zahle aber 7 $\frac{1}{2}$ Proz. mehr an die Städte. Ferner lämen kolossale Ueberschreitungen der Vauboranschläge vor, da sich die Städte im Vertrauen auf sichere Verzinsung nicht an die Voranschläge hielten. Eine Anzahl von Kasernenbauten und besonders von Offizierskasinos hätte die Kommission sicher gestrichen. Die Einrichtung der Offizierskasinos reize geradezu zum Luxus an. Manche Kasinos hätten bis zu 200 000 Mark gekostet; bei einer Verzinsung von 6 Proz. mache das für jeden unverschuldeten Offizier 1000 Mark Zinsen jährlich. Durch das System der Mietbauten werde das Etatsrecht des Reichstags nicht gewahrt; daher stellt Abg. Speel einen Antrag, durch den dieser Uebelstand beseitigt werden soll. Die neuverordneten Summen für die künftige Verzinsung neuer Kasernenbauten durch Gemeinden beantragt der Korreferent ab- zuziehen, bis genaue Pläne und Kostenvorschläge vorgelegt worden sind.

General Gallwitz sagt, daß, entgegen der landläufigen An- sicht, die Städte teurer bauen als der Staat. In den letzten 14 Jahren seien entfallen auf den Kopf der Unterbringungsstärke bei einem Bataillon Infanterie bei Staatsbauten 1254 M., bei städtischen Bauten 1805 M.; bei einer Abteilung fahrender Artillerie stellen sich die Beträge auf 2454 gegen 3001 M. Die Kommunen würden nur herangezogen, wenn die Verwaltung selbst etwas nicht habe leisten können; das sei besonders in der Zeit der großen Reu- formationen geschehen. Die Kommunen seien gehalten, die allgemeinen Bedingungen der Militär-Verwaltung einzuhalten; aber die Ueberwachung sei aus verschiedenen Gründen schwierig. Was die Verzinsung anlangt, so sei die Verwaltung immer bemüht, die Zinsenlast zu verringern; das sei aber nur selten gelungen und wegen der kurzen Vertragsdauer könne man den Gemeinden nicht zumuten, sich mit einer Amortisationsquote von 1 Proz. zufrieden zu geben. Die Verwaltung brauche für die Zwecke der Instandhaltung und Verbesserung der Kasernenbauten etwa 18 Millionen jährlich; da ihr zuletzt nur 5 Millionen zur Verfügung gestanden hätten, so sei sie zu dem Ausnahmestittel gezwungen gewesen.

Abg. Müller-Julda meinte, die Militärverwaltung habe auf diese Weise sich der Kontrolle des Reichstags zu entziehen gesucht. Die indirekte Schuldenlast, die man dem Reiche auf diese Weise auf- gehäuft habe, betrage schon 125—130 Millionen Mark. Bei sehr vielen Bauten lägen immer noch keine definitiven Abrechnungen vor; die Städte bauten lustig darauf los, da in den Gemeinde- körperchaften die Interessenten (Baumeister, Lieferanten u.) häufig die Mehrheit hätten. Es sei deshalb besser, alle Kasernenbauten wieder in den ordentlichen Etat einzustellen.

General Gallwitz verspricht, daß bei den auten jetzt die Vor- anschläge sorgfältiger innegehalten werden sollen; Offizierskasinos würden in der Regel für jedes Regiment und für detachierte Bataillone gebaut. Hier seien sie nötig. Der Kriegsminister erklärt, er habe nichts dagegen einzuwenden, wenn der Reichstag seine Mietbauten mehr bewilligen wolle. Durch Kasinos würde das Leben der Offiziere billiger gestaltet. Abg. Graf Oriola regt an, die Amortisation bei Mietbauten so zu gestalten, daß die Gebäude nach einer gewissen Zeit in das Eigentum des Reiches übergehen. Staatssekretär v. Stengel legte dar, auf welche Weise man zu der Reiche der Mietbauten gelangt sei. Wollte man Kasernen- bauten in größerem Umfange auf Anleihegeldern übernehmen, dann müßte auch die Frage der Anleiheentilgung geregelt werden. Bei Ersatzbauten dürfe man überhaupt nicht an Uebernahme auf Anleihe denken. Bei der jetzigen ungünstigen Finanzlage sei an eine Aenderung des Systems nicht zu denken. Abg. Speel zog nach den Ausführungen durch die Militärverwaltung seinen Antrag zurück und beantragte dafür nur, die neuen Fode- rungen für Lissa, Schweidnitz, Saarbrücken und Zabern abzusetzen und erst in den nächsten Etat einzustellen. Gegen diesen Vorschlag wendeten sich die Vertreter der Kriegsverwaltung. Die Abstimmung wurde vertagt.

Offiziers-Zulagen für Lehrer.

Die Ankündigungen, die jüngst Graf v. Wilow im Abgeordneten- hause über die Bekämpfung der polnischen Agitation in Ober- schlesien machte, werden jetzt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung offiziös ein wenig erläutert. Nach zwei Richtungen soll die Staatsmacht eingreifen, um „das Deutschtum“ in Oberschlesien gegen die „Polengefahr“ zu schützen. Einmal sollen die deutschen

Genossenschaften zur Pflege des Personalkredits unterstützt werden, damit den polnischen Volksbanken Abbruch geschehe, die von den Polen „zu einem sehr wirksamen socialpolitischen und national- polnischen Kampfmittel“ gemacht seien. Ferner soll für Vermehrung der Schulen und der Lehranstalten gesorgt werden; zur Sicherung des Lehrereinfaches solle neue Seminaristen errichtet werden. Welchen Sinn diese scheinbar kulturelle Maßnahme der Lehrervermehrung hat, zeigt die weitere Ankündigung, daß die staatlichen Fonds veräußert werden sollen, aus denen besondere Zulagen für Lehrer zu entnehmen sind.

So soll die heranwachsende polnische Jugend „zu loyale n Staatsbürgern“ erzogen und „vor landesverrätherischen Ein- flüssen“ bewahrt werden!

In Wahrheit korumpiert man die preussischen Lehrer und fördert die polnische Bewegung.

Den silbernen Kauford für die Herren Offiziere. In der Kabinettsorder gegen die litterarische Beschäftigung der Offiziere schreibt die „Dresdener Zeitung“, die Kabinettsorder konstatiere mit Miß- fallen, daß Offiziere des Aktivstandes sowohl wie Offiziere z. D. in Veröffentlichungen über die Armeeverhältnisse und die Heeres- organisation sich des öfteren so ausgesprochen haben, wie es Angehörigen des Offizierstandes nicht zukomme. Es wird darum an die geltenden Bestimmungen über die Veröffentlichung litterarischer Arbeiten erinnert, die als weiter maßgebend anzusehen seien. Bezüglich der Offiziere a. D. wird in der Kabinettsorder gesagt, daß nach wie vor ihrem Talentsfeld die litterarische oder publizistische Behandlung militärischer Angelegenheiten überlassen bleibe.

Die Herren Militärs, welche sich erlauben, in Heeresfragen Meinungen zu haben und zu äußern, mögen nur genau die Grenzen der ihnen „zukommenden“ Kritik erforschen.

Zur Befähigung russischer Studenten durch Patentspiegel wird von der „Breslauer Morgenzeitung“ noch gemeldet: Ein Russe, in dessen hiesiger Wohnung sich ab und zu mehrere Kollegen ver- sammeln, um gemeinschaftlich zu lesen, wurde vor der Fortsetzung dieses staatsgefährlichen Unternehmens gewarnt. Falls noch einmal mehr als drei Personen in seiner Wohnung sich versammeln, habe er Hausjuchung zu gewärtigen. — Ob die Spitzel auch hier eine Hausjuchung auf eigne Faust planen? —

Königsberg, 9. Februar. (Fig. Ver.) Ein Verfahren gegen Unbekannt ist aus Anlaß der Reichstagsreden eingeleitet, die Genosse Haase über die russische Polizeispitzelerei gehalten hat. Er wurde als Zeuge vor den Untersuchungsrichter geladen, um zu bekunden, welcher Briefbote das Briefgeheimnis verletzt und wer den Genossen Kowagrogki zur Ausstellung falscher Papiere zu be- stimmen versucht habe. Genosse Haase lehnte es ab, sich darüber auszulassen.

Wollen die Behörden Abhilfe schaffen, so mögen sie uns von der russischen Spitzelwirtschaft, die deutlich genug bezeichnet ist, be- freien. Wenn sie auch nur einen Teil der Energie, welche sie gegen deutsche Staatsangehörige, die dem Jureismus unangenehm sind, entwickeln, darauf verwenden wollten, das Spitzelunwesen zu er- forschern, so brauchen sie gegen Unbekannt ein Verfahren nicht erst einzuleiten.

Jollkräuber-Moral. Als die Kämpfe um die Wucherzölle vor mehr denn Jahresfrist am heftigsten tobten, warf man bekanntlich den betrogenen Wählern die Aufhebung der städtischen Octrois auf Lebensmittel als Köder hin. Die Centrumpartei hatte den Wucher- sägenzahn ausgehecht und die Jollmehrheit griff gierig danach, weil sie so eine glattere Sicherung ihres Raubes erhoffte. Nun ist in § 13 des Jolltarif-Gesetzes diese Aufhebung für 1910 festgelegt, der Jolltarif ist unter Dach und Fach und nun beginnt auch schon das sicher von Anfang an geplante Spiel.

Bei der Debatte über das Ministerium des Innern im badischen Landtage regte der nationalliberale Oberbürgermeister von Heidel- berg, Willens, die Beseitigung des Octroi-Paragraphe aus dem Jolltarif-Gesetz an und der Minister erklärte: Baden sei im Bundesrat schon dagegen gewesen und werde seine Hand nicht bieten, eine Aenderung in der gewünschten Richtung einzutreten zu lassen. Selbst der Führer der Centrumsfraktion be- saunte sich als einen Gegner der Octroi-Beseitigung, er begreifelte nur, daß sich ein Weg finden lasse, auf dem der nationalliberale Wunsch erfüllt werden könne.

Schamloser ist die Wählerchaft noch nicht betrogen worden; bei den Reichstagswahlen hat man noch die Beseitigung der städtischen Octrois als eine besondere Großthat gerietten und jetzt sitzen die Jollner noch nicht richtig fest im Reichstag, da wird auf Umwegen die Entziehung des Köders schon vorbereitet. In der That, echte Jollkräuber-Moral.

Der Entwurf des bayerischen Landtags-Wahlgesetzes soll, wie uns aus München gemeldet wird, Mitte der nächsten Woche im Plenum der Abgeordnetenkammer zur Beratung kommen.

Husland.

Frankreich.

Die „Jacquerie“ vor der Kammer.

Paris, 7. Februar. (Fig. Ver.) Die „Jacquerie“ — so werden von der reaktionären Presse die Landarbeiterstreiks in Südfrankreich benannt. Das Erwachen der ländlichen Proletarier, ihr bisher nicht dagewesener organisierter Massenkampf um bessere Lohnbedingungen mag den Ordnungspolitikern zum Teil einen aufrichtigen Schreden eingejagt haben, der ihnen eine ruhige Beurteilung der Vorgänge unmöglich macht. Unzweifelhaft aber suchten sie auch abschätzlich die Wingerbewegung in schauerhaftem Lichte darzustellen, um einen weiteren „Beweis“ für die im Lande angeblich herrschende Anarchie beizubringen. In der Anarchie aber trägt natürlich das Kabinett Combes die Schuld.

Der nationalliberal-konpartistische Demagoge, Abg. Lafies, hat sich in der Kammer zum Sprachrohr der Ordnungshüter ge- macht mit der ihm eignen Kunst, seine wahre Gesinnung unter einer arbeiterfreundlichen Maske zu verbergen. Die Antwort des Minister- präsidenten hat die reaktionäre Legende zerplatzt.

Aus Combes' Rede ist folgendes zu entnehmen. Die Arbeiter kämpften überall um eine bescheidene Lohnerhöhung. In früheren Jahren, als die südfranzösischen Weinbauern eine Vorzugsstellung einnahmen, da sie von der andernwärts alles zerstörenden Rebflau verschont waren, betrug die Löhne 8, 3 $\frac{1}{2}$ und selbst 5 Fr. täglich. Seit der Ueberwindung der Rebflau-Krankheit sind die Löhne auf 2, 1 $\frac{1}{2}$ und selbst 1 $\frac{1}{2}$ Fr. gesunken. Unter Verlicksichtigung der arbeitslosen Tage ist so das Jahresverdienst der Tagelöhner auf 300 bis höchstens 600 Fr. gefallen. Gleichzeitig aber erzielten die Eigentümer infolge der gestiegenen Weinpreise hohe Gewinne. Die Arbeiter verlangten nun nicht etwa die Wiederherstellung der früheren Löhne, sondern bloß eine kleine Erhöhung auf 2 $\frac{1}{2}$ Fr. für sechs Stunden Arbeit. — Wegen ihres friedlichen Verlaufs stellte Combes die Bewegung geradezu als „Muster für kommende Streiks“ hin. In den meisten Gemeinden dauerte übrigens der Streik nur 1 oder 2 Tage, um erfolgreich zu enden. Sonst haben die Arbeiter freiwillig auf den Landwegen Streikposten auf- gestellt, aber das erkannte der Ministerpräsident als ihr Recht an. Er „tabelte“ nur die ausnahmsweise von den Streikposten befolgte Taktik, von den Passanten einen gewerkschaftlichen Passierschein zu verlangen. Jedes hätten die Streikposten vorkommendenfalls entweder von selbst oder auf Einmischung der Behörden hin freien Durchgang gewährt.

Die Ordnungspresse hatte ganz besonders mit einer Alarm- depesche Turrels, eines ehemaligen Ministers im Kabinett Melme, geklopft. Dieser Herr trauigen Angedenkens, der nach den Wahlen 1898 vor der Wahlprüfungs-Kommission einen als falsch nach-

gewiesenen Schwur „auf den Kopf seiner Mutter“ geleistet hat, um sein angefochtenes Deputiertenmandat zu retten, hatte in einer Depesche an Combes von Alarmglocken und roten Fahnen, von Anarchie, Terrorismus und Nordverfälschung geredet. Zur Widerlegung der Fälscherei verlas Combes u. a. unter großer Beifall eine Depesche des betreffenden Ortschulzen: „Vollkommene Ruhe, Unordnung herrscht nur im Gehirn des Herrn Turrel.“

Ein in Nordverfälschung hat es allerdings gegeben: er wurde befangen von einem harten Betrüger, der provokatorisch auf friedliche Streikende zwei Revolvergeschosse abgegeben hat. Zum Glück wurden die zwei angeschossenen Arbeiter nur leicht verwundet. Jetzt schwebt gegen ihn eine gerichtliche Untersuchung, ebenso freilich wie gegen den Arbeiter, der nach den Revolvergeschossen sich auf den Wälderich gestürzt hat. An Ort und Stelle wurde nur der Arbeiter — auf kurze Zeit — verhaftet.

Alles in allem scheinen die Behörden im Landarbeiterstreik sich so verständlich und so demokratisch benommen zu haben, wie sie in größeren industriellen Streiks sich brutal und herausfordernd zu benehmen pflegen. Südfrankreich ist eben die wichtigste Domäne der demokratischen Parteien, die in stetem Kampfe gegen die dortigen Merkantil-monarchistischen Grundbesitzer liegen. Sie haben deshalb naturgemäß für die Landarbeiter Partei ergriffen. Um so mehr, als die Gemeindevorstände herandrängen. Andererseits dürfte Combes vielleicht das Bedürfnis empfunden haben, die neuesten Unthaten seiner Polizei gegenüber streikenden Arbeitern vergessen zu machen.

Die Vertrauensformel wurde mit der ungewöhnlich starken Mehrheit von 844 gegen 104 Stimmen votiert. Auch die revolutionär-socialistische Kammerfraktion stimmte geschlossen für das Ministerium. Rudor hatte sie eine eigne Resolution beantragt, worin die ländlichen Streiks begrüßt werden als das Erwachen des proletarischen und socialistischen Bewusstseins auf dem Lande. —

Italien.

Das Urteil im Prozeß Ferri-Bettolo

ist, wie uns ein Privattelegramm aus Rom meldet, heute mittag um drei Uhr verkündet worden, nach einer 51-tägigen Verhandlung. Es lautete gegen Ferri wegen fortgesetzter Verleumdung auf 14 Monate Gefängnis und 1518 Lire Buße. Die Höhe der Gerichtskosten und des Schadenersatzes soll noch festgestellt werden. Gegen Saluzzi wurde wegen Weisheit auf das gleiche Strafmaß erkannt. Eine ungeheure Menschenmenge bereitete den Beurteilten Ovationen.

Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts, einem relativ milden Urteil, da der § 393 des Strafgesetzbuchs, auf Grund dessen die Verurteilung gefordert wurde, ein Straf-Minimum von 12 Monaten und ein Maximum von 6 Jahren vorsteht. Dieser Paragraph handelt sogar nur von einfacher Verleumdung, während dem „Avanti“ fortgesetzte Verleumdung zur Last gelegt wurde.

Wir werden auf das Urteil eingehend zurückkommen. —

Gewerkschaftliches.

Wysifikationen.

Jeder große Kampf im wirtschaftlichen Leben findet heute seinen Wiederhall in den Parlamenten. Wer sich aus dem Wirrwahl der Zeitungsstimmen eine eigne Meinung nicht zu bilden wagt, weil er den Geschäftsleuten, die in den Blättern öffentliche Meinung machen, nicht weiter traut als sonst sprichwörtlich der Teufel dem Apotheker, der glaubte wenigstens bisher, in den Parlamenten sitzen ernsthafte Männer, die jedes gesprochene Wort auf die Goldwaage legen und alle Thatsachen auf ihre Wichtigkeit prüfen, ehe sie dieselben der Öffentlichkeit übergeben. Der Crimmitschauer Streik mag auch hier manchen Optimismus zerstört haben.

Das Schicksal jenes sächsischen Landtags-Abgeordneten, der unvorsichtigerweise die Lohnsummen, welche die „Arbeitsgeber-Zeitung“ den Crimmitschauer Webern in die Tasche schwindelte, für bare Münze nahm und nachher keine Andrede wußte, als ihm ein Weber um Angabe einer solchen Stelle bat, berührt ja mehr humoristisch. Kein Mensch in der ganzen Welt hat an die Wirklichkeit solcher Löhne geglaubt und der Meingefallene ist in diesem Falle wirklich nur der Abgeordnete, der sich zur Verbreitung dieser gewollten aber nicht erreichten Wysifikation hergab.

Schlimmer ist es schon, wenn auch amtliche Denkschriften, die für die Parlamente bestimmt sind, Stellen enthalten, die leicht zur Fälschung der öffentlichen Meinung dienen können. So sagt der sächsische Geheimrat Dr. Roscher in seiner Denkschrift über Crimmitschau an einer Stelle:

„Von den Mitteln, die seitens der Socialdemokratie in Crimmitschau angewendet würden, um Arbeiter, die sich der socialdemokratischen Arbeiterorganisation und deren Unternehmungen nicht anschließen wollten, dazu zu nötigen, habe ich in Crimmitschau durch Einzelgespräche mit verschiedenen Arbeitswilligen mancherlei Bedauerliches erfahren. Solchen Nötigungsversuchen, die stetig und von verschiedenen fortgesetzt werden, auf die Dauer zu widerstehen, erfordert seitens der damit Bedrängten eine große Festigkeit des Charakters.“

Der Vorstand des socialdemokratischen Vereins für Crimmitschau schickt nun an Herrn Geheimrat Roscher einen offenen Brief, in dem er ganz berechtigter Weise fordert, daß der Herr Geheimrat sich über das „Mancherlei Bedauerliche“ auslasse und Einzelfälle anführe, damit man der Sache zu Leibe gehen könne.

Solche Einzelfälle vorzuführen, ist allerdings gefährlicher, als wenn man sich in allgemeinen Redensarten ergeht. — Der Abgeordnete Pöhlig äußerte in der Sitzung des Reichstags vom 6. Februar, nach dem siegreichen Weberstreik in Meerane sei ein Arbeitswilliger von den siegenden Webern so drangsalirt worden, daß er sich erhängt habe. Diese Behauptung hat in den Meeraner Arbeiterkreisen große Verwunderung erregt. Dort ist, wie uns der Bevollmächtigte des Textilarbeiter-Verbandes für Deutschland mitteilt, von einem solchen Vorkommnis nicht das geringste bekannt.

Herr Pöhlig wird nicht unruhig können, in diesem Falle seine Quelle preiszugeben; damit man erfährt, woher alle diese Wysifikationen stammen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Kartonfabrik von Stande u. Polonski Beschäftigte am Dienstag eine öffentliche Kartonnarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die im Englischen Garten tagte. Es handelt sich bei diesem Streik, wie der Referent Riese ausführte, um die Abwehr von Lohnherabsetzungen. Die Prinzipale wollten die Wochenlöhne von 17 M. auf 15,50 M., die von 15,50 auf 14 M. und die von 10 M. auf 9 M. herabsetzen, und außerdem alle Arbeiten in Accord ausführen lassen mit der sonderbaren Bestimmung, daß, wenn eine Arbeiterin mehr als ihren festgesetzten Lohn verdient, sie doch nicht mehr als diesen Lohn erhalten sollte. Verhandlungen mit den Prinzipalen führten kein Resultat herbei, so daß kein andres Mittel zur Abwehr der Verschlechterungen übrig blieb als die Arbeitsniederlegung, die vor nunmehr 14 Tagen erfolgte.

Vorher die Firma jene Lohnherabsetzungen einzuführen suchte, hatte sie den Zuschneider Karl Richter beauftragt, vierzehn Tage lang über die Leistungen der einzelnen Arbeiterinnen Buch zu führen und zwar im geheimen. Dieser Zuschneider Richter, der gewerkschaftlich und politisch organisiert ist, legte die Arbeit auch mit nieder, verlangte jedoch vom Buchbinder-Verband, daß ihm sein ganzer Lohn von 30 M. als Streikunterstützung aus-

gesahlt werde, was selbstverständlich abgelehnt wurde. Er kehrte dann in den Betrieb zurück und sucht jetzt Streikbrecher anzuwerben, was ihm aber bei der musterhaften Solidarität, mit der die Streikenden zusammenhalten, nicht gelingen will. Kürzlich erhielten vier der streikenden Arbeiterinnen einen Brief von der Firma, worin ihnen mitgeteilt wurde, daß sie vorläufig zu den alten Bedingungen wieder anfangen könnten; später sollte dann im Einverständnis mit den Arbeiterinnen ein Accordtarif eingeführt werden. — Die Firma erhielt darauf vom Buchbinderverband die Antwort: Die Arbeit solle zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden, wenn sämtliche Arbeiterinnen wieder eingestellt würden; es könne, wenn Mangel an Arbeit vorhanden sei, bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden. Außerdem wurde die Anerkennung der Organisation verlangt. Auf dieses Angebot ist die Firma bis jetzt noch nicht eingegangen. Auch ein streikendes Lehrling wurde kürzlich per Postkarte erlucht, die Arbeit wieder aufzunehmen oder ihre Papiere zu holen; aber auch dieses Lehrling wollte sich nicht zu Streikbrecherdiensten hergeben. — Es wurde die Meinung geäußert, daß der Streik schon längst zu Gunsten der Arbeiterinnen beendet wäre, wenn nicht der Zusatzen Richter, der übrigens früher für den Streik gesprochen haben soll, indem er erklärte, er hätte alle Lehrlinge in Sachen schon bessere Preise erhalten, als sie hier jetzt geboten würden, den Streikenden in den Rücken gefallen wäre. — Die Versammlung beschloß einstimmig, den Streik, der günstig steht, da sich außer Richter nicht ein einziger Arbeitswilliger gefunden hat, aufrecht zu erhalten, bis der Arbeitgeber gezwungen ist nachzugeben.

Bauanschläger-Bewegung. In einer Branchenversammlung im Gewerkschaftshausen erläuterte am Sonntag Cohen Bericht über die vom Verband eingeleiteten Schritte zur Tarifrage. Demnach sei die Janung der Schlossermeister bereit, zur Festlegung eines einheitlichen Tarifs mit der Kommission der Bauanschläger zu verhandeln. Die Agitationskommission wurde daher aufgefordert, sofort einen Tarif auszuarbeiten, der nächsten Versammlung vorzulegen und dann sofort die Verhandlungen einzuleiten. Um die Frage des Arbeitsnachweises zu regeln, ist es durchaus notwendig, daß jeder arbeitslose Bauanschläger sich am Verbandsbureau des Metallarbeiter-Verbandes, Engel-Arter 15, meldet, wobei eine Arbeitslosenliste angefertigt wird. Es soll auf diese Weise zugleich eine Arbeitslosen-Statistik aufgenommen werden.

Ausland.

Ein Meisterstreik ist in Wien ausgebrochen, und zwar sind es die Meister der Holzerei-Brache, welche von den Firmen, für die sie liefern, höhere Preise fordern. Die streikenden Meister kontrollieren fleißig, suchen arbeitswillige Meister zu bewegen, die Arbeit ebenfalls ruhen zu lassen, kurz, sie thun alles, was sie sonst an streikenden Arbeitern zu tadeln pflegen. Ohne sich vorher mit der Gehilfenorganisation, auf die sie angewiesen sind, zu verständigen, erklärten sie den Streik und setzten ihre Arbeiter aufs Pflaster. Diese waren aber vernünftiger als ihre Meister und beschloßen in einer Versammlung, die Streikenden zu unterstützen, werden aber ihrerseits an ihren Erwerbsgeschäften festhalten.

Die Differenzen in der Diamantindustrie.

Die Antwerpener Juwelierevereinigung hat in ihrer außerordentlichen Versammlung am Montag folgenden Beschluß gefaßt, der dem Verbandsvorstand der Diamantarbeiter überantwortet wurde mit der Bemerkung, daß in einem weiteren Schreiben die Gründe für den Beschluß auseinandergesetzt werden sollen:

„Erwägend, daß die Vorschläge der Verbandsversammlung des A. J. B. und der anderen Arbeiterorganisationen, zusammengefaßt in der Resolution vom 30. Januar d. J., nicht als Gegenmaßnahmen auf die der A. J. B. angehen werden können, und daß eine Auflösung der Frage nur auf der Basis der Vorschläge der A. J. B. möglich ist, erklärt die Versammlung der A. J. B. diese Vorschläge zu handhaben; beschließt jedoch, erwägend, daß der Einwand der Arbeiter, es könne Mißbrauch mit der Zulassung einer unbegrenzten Zahl von Arbeitgeber-Begehungen getrieben werden, nicht unbegründet erscheint, den Arbeitgeberorganisationen die nötigen Garantien zu bieten, um eventuellen Mißbrauch unmöglich zu machen. — Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, diese Resolution zur Kenntnis der Arbeiterorganisationen zu bringen und bei Verwerfung der Vorschläge der A. J. B. alle die Maßnahmen zu ergreifen, die der Vorstand für nötig erachtet.“

Wie verlautet, wurde in der Juweliere-Versammlung von mehreren Seiten darauf gedrungen, einen direkten Angriff gegen die Arbeiterorganisation zu richten. Erst nach langer Verhandlung soll es gelungen sein, die Resolution des Vorstandes durchzubringen.

In bürgerlichen Blättern wird berichtet, daß noch Schluß der Versammlung den Vertretern der Presse vom Vorstand offiziell mitgeteilt wurde: weder aus Antwerpen noch aus Antwerpen sei an das Rohdiamant-Syndikat zu London das Ersuchen gestellt worden, den Verkauf einzustellen. Nichts sei in dieser Richtung unternommen worden. — In direktem Widerspruch hierzu steht folgende Meldung der belgischen Zeitung „L'Etoile Belge“ vom 5. Februar aus dem Bericht der Versammlung der Antwerpener Juwelierevereinigung:

„Darauf machte der Vorsitzende Van der Bosch bekannt, daß der Vorstand an das Diamant-Syndikat zu London geschrieben habe, um das Syndikat zu ersuchen, im Fall ein Streik in der Diamantindustrie ausbrechen sollte, den Verkauf von Rohstoffen einzustellen. Der Redner sagte hinzu, daß die Antwerpener Arbeitgeber ein ebensolches Gesuch eingeschickt hätten. Diese Mitteilung wurde mit Freuden begrüßt.“

Der holländischen Zeitung „Telegraaf“ wird aus Antwerpen gemeldet, daß dort die Diamantarbeiter die Arbeit allgemein eingestellt haben.

Gegen die Heimarbeit im Schneidergewerbe Stockholm. Die Stockholmer Abteilung des Schwedischen Schneiderei-Verbandes hat sich wiederholt an die Organisation der Schneiderei-Verbandes, um eine Regelung der Werkstattfrage herbeizuführen. Da das jedoch erfolglos blieb und die Meister nicht einmal darüber verhandeln wollten, haben die Gehilfen nun den bisher geltenden Tarifvertrag auf den 1. März gekündigt. Die Arbeiter verlangen freie, zeitgemäße und obligatorische Werkstätten. Zur Zeit liegen die Verhältnisse so, daß die meisten Schneidergesellen die Arbeit entweder in ihrer eignen Wohnung oder in einem von anderen abgemieteten Räume herstellen müssen; diejenigen Meister, die den Gehilfen einen Platz in der Werkstatt zur Verfügung stellen, lassen sich dafür von jedem ihrer eignen Arbeiter 1 Kr., 1,50 Kronen oder gar 2 Kronen Miet pro Woche bezahlen, ein Zustand, der in keinem andern Gewerbe als in der Schneiderei besteht. Dabei fehlt es in diesen Werkstätten häufig an Tageslicht, und nicht selten herrschen auch in anderer Hinsicht Zustände, die allen sanitären Anforderungen Hohn sprechen. Wenn es mit den Arbeitsplätzen in den Wohnungen der Arbeiter nicht besser bestellt ist, so ist das bei den außerordentlich hohen Wohnmieten in der schwedischen Hauptstadt leicht erklärlich. Da die Arbeiter sich diese Zustände nun nicht mehr gefallen lassen wollen, die Arbeitgeber sich aber fortwährend weigern zu verhandeln, wird es vielleicht zu einem ernstlichen Konflikt kommen.

Die Lohnbewegung der dänischen Buchbinder. Obgleich die bisher geltenden Tarifverträge für das Buchbindergewerbe in Kopenhagen und in den Provinzialstädten am 1. Februar abgelaufen sind, ist es bis jetzt noch zu keinen neuen Verträgen gekommen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind resultatlos verlaufen. Die Arbeiter haben nun beschloßen, so lange keine neuen Tarifverträge vorliegen, unter allen Umständen die alten Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten; wer unter dem arbeitet, soll als Streikbrecher angesehen werden.

Petersburg, 10. Februar. Heute nachmittag besuchte der Kaiser, in Admiralsuniform, das Marine-Kadettencorps, und wandte sich an die Kadetten mit folgender Rede: es ist euch bekannt, daß vorgefesselt und der Krieg erklärt worden ist und daß ein bläulicher Feind in dunkler Nacht unsere Feste und unsere Flotte ohne jegliche Herausforderung unferrets überfallen hat. Jetzt braucht Aufricht so wohl seine Flotte als seine Armees und ich bin heute gekommen, um euch zu sehen und euch zu sagen, daß ich euch zu Offizieren befördere. Indem ich euch 3 1/2 Monate vor dem Termin befördere, bin ich überzeugt, daß ihr alles daran setzen werdet, um euer Wissen zu bereichern, und daß ihr dienen werdet, wie eure Großväter und Großväter, die Admirale Tschischagow, Pasarew, Rachimow, Kornilow, Stomin gedient haben zum Ruhm und Ruhm des teuren Vaterlandes. Ich bin überzeugt, daß ihr alle Kräfte unserer Flotte widmen werdet, aber der die Flagge mit dem Andreaskreuz weht. Hurra!

Russische Stimmungsmacherei.

Petersburg, 10. Februar. Die durch die gestern umlaufenden Gerüchte über die Vorgänge im fernem Osten erregte Stimmung erhielt durch die heute veröffentlichten Depeschen des Statthalters Aljejeff und durch das Manifest des Kaisers eine andre Richtung. Seit früher Morgenlunde drängt sich die Bevölkerung vor den an allen Straßenenden angehefteten Sonderausgaben des Regierungsboten mit den Depeschen des Statthalters Aljejeff. Ueberall werden die Sonderausgaben des Manifestes von den Gruppen gelesen. Das große Publikum scheint allmählich den Ernst der Lage zu erkennen. Auch in den politischen Kreisen herrscht sehr ernste Stimmung vor. Die Blätter sind bemüht, den Patriotismus anzufachen, sowie das Vertrauen auf Gott und die eigne Kraft zu stärken. — Die „Kotwoje Wremja“ weist darauf hin, daß die erlittenen Verluste nichts entscheiden und der Kampf zu Lande entschieden werden wird. Mit ihrem numerischen Uebergewicht in Korea würden die Japaner wohl in der ersten Zeit die Russen zwingen, sich auf den Verteidigungskrieg zu beschränken, sobald aber die russischen Streitkräfte in Korea und im Süden der Mandchurei zusammengezogen seien, beginne erst die Lösung. Schwer würden die Japaner für ihren verätherischen Ueberfall, der völlig dem asiatischen Charakter entsprache, büßen müssen. — Die Blätter zweifeln nicht, daß der russische Patriotismus nunmehr hell aufkommen werde. In der That gelangt bereits in der Provinz der patriotische Aufschwung zu voller Geltung. In Moskau haben der Adel, die Landchaft, die städtische und die Kommunalverwaltung ihre Gefühle und Opferfreudigkeit zum Ausdruck gebracht; aus allen russischen Centren kommen Meldungen über eine patriotische Bewegung, welche geeignet scheint, den radikalen Elementen, wenn sie etwa Wien machen sollten, die Situation für ihre Zwecke auszunutzen, Enttäuschungen zu bereiten. Der wechselnde Gang der bevorstehenden Kriegereignisse wird zweifellos die Petersburger öffentliche Meinung hin und her schwanzen lassen; in der Provinz, Moskau voran, sieht dagegen ein anhaltender Aufschwung zu erwarten.

Japanische Flottenbewegung.

Rom, 10. Februar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus London: Sechs japanische Kriegsschiffe und sechs japanische Torpedoboote sind, Transportschiffe mit Landungstruppen geleitend, in Athenwulpo eingetroffen.

Die „Agenzia Stefani“ meldet weiter, daß von italienischen Schiffen sich „Vittorio Pisani“, „Ussa“ und „Piemonte“ im äußersten Osten befinden und daß diese Schiffe so verteilt sind, daß sie die Ereignisse wohl zu verfolgen mögen.

Englands Verhalten gegenüber den kriegsführenden Parteien.

London, 10. Februar. Im Unterhause stellt Gibson Bowles folgende Anfrage: Hat die Regierung den Behörden in den britischen Häfen Anweisungen für ihr Verhalten gegenüber den Schiffen der kriegsführenden Parteien erteilt? Werden solche Schiffe nur mit so viel Kohle versehen, als ausreicht, um sie nach dem nächstgelegenen Hafen ihres eignen Landes zu bringen? Wird ihnen verwehrt werden, vor Ablauf von drei Monaten vom Tage der ersten Kohlenübernahme an nochmals in irgend einem andern britischen Hafen Kohlen zu nehmen? Wird ihr Aufenthalt im Hafen auf 24 Stunden beschränkt sein, wenn nicht ein Zwang durch Unwetter oder die Kollage, notwendige Reparaturen vorzunehmen, vorliegt? Wird ihnen verwehrt werden, geladene Schiffe nach britischen Häfen zu bringen? Auf diese Anfrage erwiderte der Minister des Innern Mr. St. Douglas: Die notwendigen Instruktionen werden an die Behörden aller britischen Häfen sofort erlassen werden. Derselben werden den bei früheren Anlässen gegebenen Vorschriften gleichen. In der Anfrage Bowles sind letztere richtig wiedergegeben worden. Der Minister setzte hinzu: Morgen wird ein Kabinettrat abgehalten, in welchem die Verhängung der Neutralität Englands bei dem russisch-japanischen Kampfe beschloßen werden wird; auch wird morgen eine Sonderausgabe der amtlichen „London Gazette“ erscheinen.

Beschlagnahme russischer Schiffe.

Japan hat die russischen Schiffe, welche sich zur Reparatur in Nagasaki befinden, mit Beschlag belegt.

Russlands Mobilisierung.

Petersburg, 10. Februar. Der Statthalter Aljejeff telegraphierte vorgestern dem Kriegsminister aus Port Arthur, daß in Ausführung des kaiserlichen Befehls die Festungen Port Arthur und Wladiwostok und das längs der ostchinesischen Bahn enteignete Land vom 10. d. M. ab als im Kriegszustand befindlich erklärt werden. Für vier Regimenter und zwei Batterien der Transbaikaltruppen ist eine Versuchsmobilisierung angeordnet worden. Blagowischtschensk, 2. Februar. Die gestern eingetroffene Mobilisierungsbefehle wurde sofort bekannt gegeben und gleichzeitig der Ausschank von Branntwein verboten. Die Lebensmittelpreise steigen reichlich. Die Mehrzahl der hier anwesenden Japaner ist in der Stadt geblieben. Der Militärgouverneur forderte durch eine Bekanntmachung auf, jede Unordnung zu vermeiden, falschen Gerüchten entgegenzutreten und gegen Japaner, Chinesen und Koreaner keine Gewaltthatigkeiten zuzulassen. In der Stadt herrscht ruhige Stimmung und Zuversicht auf den Erfolg der russischen Waffen.

Shanghai, 10. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Das in hiesigen Hafen liegende russische Kanonenboot „Manchur“ hat heute die Kriegsflagge gehißt, Munition und Schornstein schwarz gemalt und liegt jetzt zum sofortigen Auslaufen bereit.

Dänemarks Neutralitäts-Erklärung.

Kopenhagen, 10. Februar. Der König hat heute beschloßen, die strenge Neutralität Dänemarks bei dem russisch-japanischen Konflikt auszusprechen. Den kriegsführenden Mächten wird dieser Beschluß notifiziert werden. Später wird die Regierung eine Bekanntmachung erlassen, welche Verwaltungsmaßnahmen für dänische Unterthanen enthält, um eine Uebertretung der Neutralitätsregeln zu verhüten.

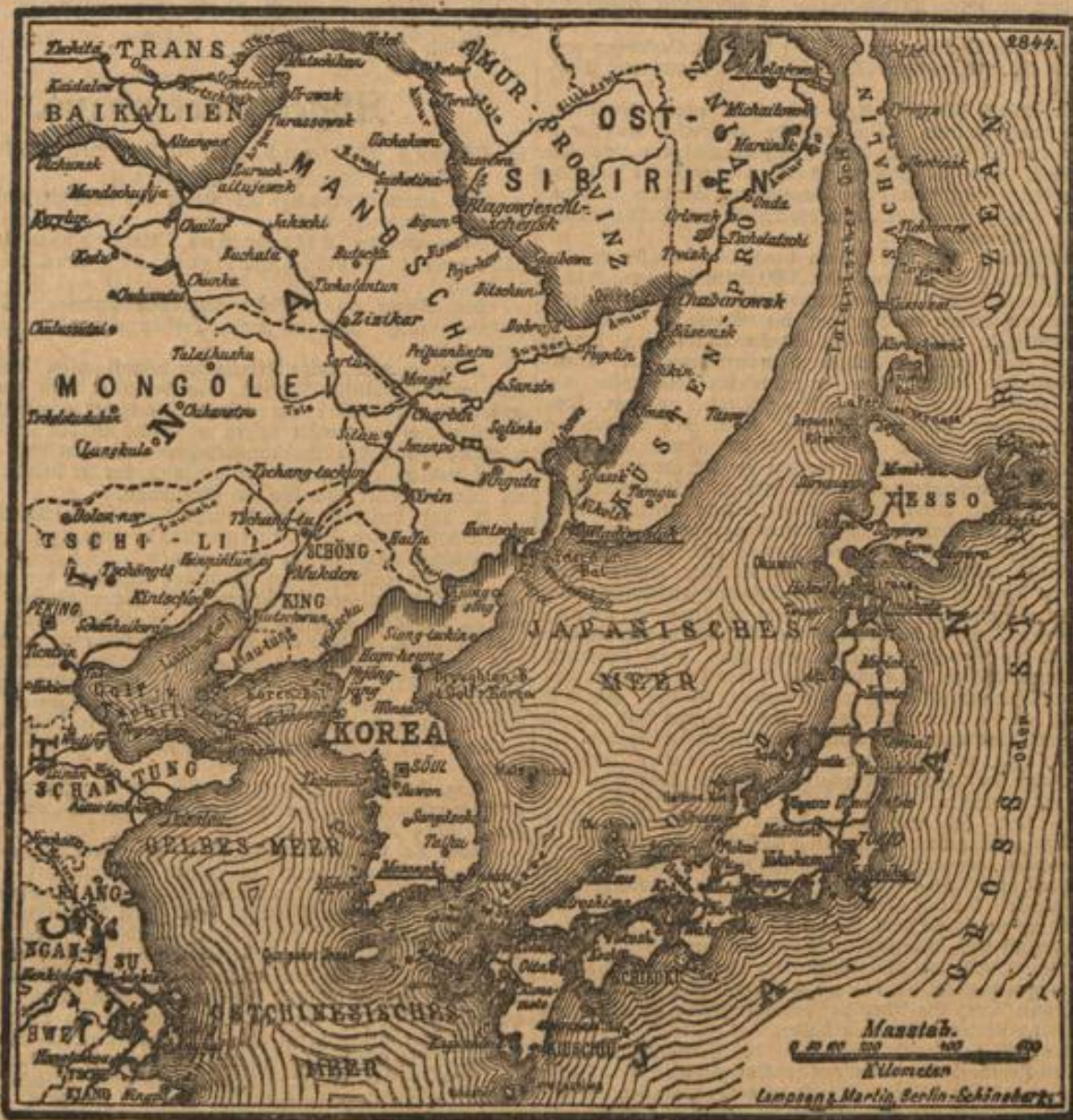
Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englisch.

Lüdinghausen, 10. Februar. (W. Z. B.) Antsch wird gemeldet: Heute mittag 12 1/2 Uhr sind in Lüdinghausen 1. B. von dem Fernenortzug von Dänien bei der Einfahrt durch Nachtstamm des Weichensteilers vier Personenwagen und Packwagen entgleist. Hierbei wurden acht Fahrgäste und zwei Fahrbeamtete leicht verletzt. Der Personenverkehr wurde von 3 Uhr ab wieder durchgeföhrt. Materialschaden gering. Der ganze Verkehr wird um 6 Uhr wieder frei sein.

Pretervia, 10. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Verordnung über die Einföhrenng nicht-europäischer Arbeiter ist endgültig beschloßen worden.

Der ostasiatische Kriegsschauplatz.



Reichstag.

29. Sitzung. Mittwoch, den 10. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski.

Vor Eintritt in die Tagesordnung liest

Abg. Frohme (Soc.) folgende Erklärung ab: Abg. Gröber hat gestern vorgetragen, ich hätte das Stenogramm meiner Rede vom 4. Februar in einigen Punkten so verändert, daß dadurch seine Erwiderung auf meine Rede unverständlich geworden sei. Meine Forderung des Stenogramms beschränkt sich auf die Beseitigung eines etwas ungenauen Ausdrucks, sie entspricht durchaus dem klar erkennbaren Sinn meiner Ausführungen, insbesondere auch der Bezugnahme auf von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte und von mir selbst vertretene Anträge. Die Korrektur bezieht sich vollständig mit dem Inhalt meiner zweiten Rede, in der es wörtlich heißt: „Abg. Gröber hat mich gewiß mißverstanden bezüglich der Hofpflicht der Beamten. Es ist mir gar nicht eingefallen, zu fordern, daß ein Beamter, Staatsanwalt, Richter, Polizeibeamter auch dann haftbar sein sollte, wenn er in entschuldigbarer Weise irrtümlich jemandem Schaden zufügt. Soweit sich mir nie gegangen, soweit sind wir auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch nicht gegangen.“

Abg. Sartorius (fr. Bg.): Im Vorjahre wurde das Weingesetz als wertlos hingestellt. Aber wir, die wir mitten in der Profession stehen, müssen doch sagen, daß sich jetzt nach längerer Zeit erfreuliche Früchte gezeigt haben. Einstimmig wurde aber stets hervorgehoben, daß es einheitlich und gleichmäßig angewandt werden müsse. Das Verbot dieser Forderung hat der Staatssekretär schon voriges Jahr anerkannt. Ein gewisser Fortschritt ist ja jetzt schon erreicht. Aber einige Nebelstände können bei dem Vorhandensein des geeigneten Aufsichtspersonals schon jetzt abgestellt werden. So dürften z. B. Brennweine mit von den Brennern selbst hergestellt werden. Die Steuerbehörden greifen ja jetzt erst bei der Brennerei selbst ein, aber der ganze vorherige Produktionsprozeß bleibt unbeaufsichtigt. Wie die anderen Rationen sollte man auch diese überwachen. Bei gleichzeitigen Betrieb von Weinhandel und Brennweinebrennerei müßten die Betriebe getrennt sein, sonst ist Unterstellen Thor und Thür geöffnet. Auch der Verkehr mit Weingehältnissen muß überwacht werden, da nach dem Vermitteln ihre chemische Feststellung im Wein unendlich erschwert ist. Es werden sich auch Ueberwachungsstellen finden lassen, die den legalen Verkehr nicht allzu sehr belästigen. Die Zölle für ausländische extraktreiche Weine stehen nur auf dem Papier; denn die Vergünstigungen für Verschnittweine werden in kontrollierbarer Weise ausgenutzt. Auch der niedrige Zoll für frische ausländische Trauben muß wegfallen. Wir Produzenten, die wir sie ja brauchen, sind im Interesse der Durchführung des Weingesetzes bereit, den höheren Zoll zu tragen. Bei den bevorstehenden Handelsverträgen muß eine Klausel die Zulässigkeit der Verkehrsbeschränkungen für inländische Weine auch für die ausländischen feststellen. — Die Weinkontrolle greift aber andererseits auch über ihre Grenzen. In einer norddeutschen Industriestadt kontrolliert man sogar die Entkeimung ganz legal hergestellter Schnittweine. Das erschwert die Konkurrenz gegenüber dem Ausland. Den Verschnitt herzustellen ist Sache des Handels. Die Produzenten können es nicht, da sie den Wein möglichst jung verkaufen dürfen. Leider wird von vielen Winzervereinen, die ich sonst in jeder Beziehung hochschätze, versucht, den Handel auszufüllen; und die Regierungen unterstützen dies Streben. Das muß auf ablässige Bahn führen. Auf weitere Einzelheiten will ich bei der Geschäftsloge des Hauses nicht eingehen. Da wir hier über die Gesundheit von Tausenden unserer Mitbürger reden, so hoffe ich, daß wir ihnen den Götter als ein beförmliches Opfer mit nach Hause bringen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes Dr. Köhler:

Bei der Fülle der Anregungen, die der Redner gab, kann ich nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Ich will ihm nur den Dank für seine Anerkennung aussprechen, daß das Weingesetz wohlthätig gewirkt hat. Den Winzervereinen dürfen wir ebensoviele wie etwa den Rollereigenenenschaften den Selbstvertrieb verbieten. Die

Kunstwein-Fabrikation ist so zurückgetreten, daß sie nicht mehr als wesentlicher Faktor anerkannt werden kann. Zahlreiche Verurteilungen zu empfindlichen Strafen, zeigen unseren festen Willen, jeder Weinpanserei entgegenzutreten. Die Kontrolle der Brennweine müßte in der That bei der Herstellung vorgenommen werden. Von der Heimregierung des Redners ist deshalb angeregt worden, diese Kontrolle mit der beim Brennweinsteuergesetz zu vereinigen. Die deutschen Weine erfreuen sich einer solchen Ueberwachung, daß deutsche Weine nur in bester Qualität ins Ausland kommen. (Bravo!)

Abg. Dr. Bärmstel (natl.): Es ist im vorigen Jahre dem Reichstage eine Denkschrift zugegangen über den Verkehr mit Honig. Es wird darin mit vollem Recht auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Bienenzucht hingewiesen. Die Jäger verlangen, daß das Wort „Honig“ nur für Naturhonig angewandt werden solle, nicht aber für Kunsthonig oder Mischungen von Natur- und Kunsthonig.

Abg. v. Pfetten (C.): Die Wirkung des Fleischbeschau-Gesetzes ist lediglich eine sanitäre. Deshalb haben meine Freunde dafür gestimmt. Für ein rein agrarisches Gesetz hätten besonders wir in Süddeutschland nie gestimmt. Als agrarischen Vorteil des Gesetzes kann man höchstens gelten lassen, daß früher das ausländische Fleisch besser behandelt wurde als das inländische, und daß dieser Zustand sich jetzt zu Gunsten der inländischen Produktion geändert hat. Aber dieser kleine Vorteil steht in keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten, die das Gesetz mit sich bringt. Wir wünschen besonders eine Änderung des Fleischbeschau-Gesetzes insoweit, als die Kosten für die Ausbildung der Fleischbeschauer auf die Staatskasse übernommen werden.

Abg. Scheidemann sprach davon, daß die inländische Fleischproduktion den Bedarf nicht decke. Aber schon heute ist Vieh, und insbesondere Schweine, kaum verlässlich. — Zum Schluß verlangt Redner das Verbot des freihändigen Verkaufs von Essigessenz.

Abg. Scheidemann (Soc.):

Ich war darauf gefaßt, daß meine Rede auf agrarischer Seite heftigen Widerspruch begegnen würde, daß Sie (nach rechts) Ihre besten Kämpfer gegen meine Ausführungen ins Feld schicken würden. Aber ich konnte nicht darauf gefaßt sein, daß alle Herren, die gesprochen haben, in der Hauptsache nur meine Behauptungen bestätigen würden. (Dro! rechts.) Alle Redner haben den Saug der Landwirtschaft, speziell der deutschen Viehzucht, in allerersten Zusammenhang mit dem Fleischbeschau-Gesetz gebracht. Das aber war der Kernpunkt meiner Rede. Ich habe nachgewiesen, daß Sie aus dem ursprünglichen rein hygienischen Gesetz ein solches gemacht haben, das in erster Linie die Interessen des Viehzüchters wahrnehmen soll, und erst in letzter Linie die Volksgesundheit schützen. Von allen Rednern hat Abg. Graf Kanitz am schärfsten gesprochen. Er hat mich, ohne außerhalb der Sache liegende Ansätze, als Gentleman bekämpft. Dr. Ballau aber warf uns und speziell mir, angebliche Schwärzerei für das Ausland vor. Er sagte, kein Engel sei für uns so rein, wie das ausländische Schwein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber Sie (nach rechts) und zu den Nationalliberalen stellen das inländische Schwein als das einzig anständige hin und suchen uns das ausländische Schwein als eine Sau im wahren Sinne des Wortes zu vereteln. (Heiterkeit.) Herr Ballau sprach auch von unserer Sympathie für ausländische Minister, aber das Wort über Millerand: „Ja, wenn wir den hätten!“ stammt von ganz anderer Seite als von unsrer. (Zuruf bei den Nationalliberalen: „Die Minister in der Schweiz.“) Auf die haben wir alle Ursache stolz zu sein!

Abg. Dr. Dröschler that so, als sei alles, was er selbst vorbringe, wissenschaftlich, alles, was ich gesagt hätte, oberflächlich. Ich werde Ihnen aus seiner eignen Rede nachweisen, auf wessen Seite eine geradezu phänomenale Oberflächlichkeit herrscht. Dr. Dröschler erklärte zunächst die Ausdehnung der Fleischbeschau auf Haus- und Schlachtungen für unnötig und sagte wenige Minuten später, das Fleischbeschau-Gesetz sei notwendig zur wirksamen Kontrolle unserer Lebensmittel! Dr. Dröschler behauptete auch, die Sozialdemokratie würde schlechte Geschäfte machen, wenn sie den Bauern die finanzielle Belastung durch die Kontrolle der Haus- und Schlachtungen aufbürden wolle. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, daß wir bereit seien, diese Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Ferner gab Abgeordneter

Dr. Dröschler zu, daß das Fleischbeschau-Gesetz keineswegs unangenehme wirtschaftliche „Nebenwirkungen“ gereizigt habe. Diese „Nebenwirkungen“ sind für Sie die Hauptsache gewesen. Weiter hat Herr Dröschler hingewiesen auf den erfreulichen Aufschwung der deutschen Viehzucht und daß die Versorgung Deutschlands mit deutschem Vieh mit allen Mitteln angestrebt werden müßte. Aber nicht mit dem Mittel, daß dem arbeitenden Volke die Lebensmittel in unerschöpflicher Weise verweigert werden! Es kommen wirklich nur 8 Proz. unseres Fleischkonsums aus dem Auslande. Als er das festgestellt, rief ich ihm mit großem Recht zu, daß wir uns auf eine Konsumsteigerung einrichten müßten. Jeder, der es mit dem Volke gut meint, sollte wünschen, daß die große Masse des in der Industrie arbeitenden Volkes und der Landbevölkerung mehr Fleisch konsumieren könnte. Der Fleischkonsum pro Tag und Kopf beträgt in Königsberg 92 Gramm, in Berlin 134, in Lyon aber zum Beispiel 200 Gramm. In London ist der Durchschnittskonsum dreifach höher als in Königsberg. Die Steigerung unserer Viehproduktion, die die Verminderung der Einfuhr in 1902 herbeigeführt haben soll, ist in Wirklichkeit nur bei den Schweinen vorhanden. An drei Stellen hat Herr Dr. Dröschler die Gründe der Einfuhrverminderung erörtert. Einmal sagte er, sie sei zurückgegangen wegen der wirtschaftlichen Krise und wegen der schlechten Lebensverhältnisse der Bevölkerung, wenige Zeilen weiter bezeichnet er meine Behauptung, daß die schlechte Lebenslage der Arbeiterklasse auf dem Rückgang der Einfuhr schuld sei, in ihrer Allgemeinheit und Oberflächlichkeit als falsch, und wiederum nach ein paar Minuten erklärte er die Kaufkraft des fleischessenden Publikums als maßgebend für die Zu- und Abnahme des Fleischkonsums und seit 1900 habe infolge des Niederganges der Industrie die Kaufkraft der Bevölkerung abgenommen. Mit der Feststellung so tiefer Wissenschaftlichkeit und so großer Gewissenhaftigkeit kann ich Herrn Dröschler verlassen. — Mit der gleichen Berechnung, wie er auf meine Reduktion als Entenpuß ansah, könnte ich die Schulstaben, in denen er früher unterrichtete, als Schweinehälften oder sein statistisches Bureau als Entenstall bezeichnen. Was er mit seiner angenehmen Autorität hier erklärt hat, waren jedenfalls Enten. (Große Heiterkeit links, große Unruhe rechts.) Daß seine Heimat im Lande des Ochsenkopfes liegt, ist allein doch kein Beweis für die Autorität auf dem Gebiete der Viehzucht. (Große Heiterkeit links, wachsende Unruhe rechts.) Ich habe den Kavallerie-Offizieren keineswegs geistige Inferiorität vorgeworfen, ich habe nur die Unke dieses Hauses durch einen Vergleich mit diesen Herren gegen den Vorwurf mangelnder Sachkenntnis verteidigen wollen.

Ja habe bei all den Dingen, die ich nicht aus eigener Wissenschaft habe, die genaue Quelle angegeben; als ich aber bei den Schauer- geschichten des Grafen Reventlow aus Amerika in einem Zwischenruf nach seinen Quellen fragte, da hat er geschwiegen.

Graf Reventlow hat wieder die Fleischnot geäußert, es sei nur eine Fleischsteuer gewesen. Das alte Märchen von den bösen Dieberrn! Wenn Graf Reventlow sagte, man solle am besten die Schweine tötschlagen und sie an die Seifenfabriken verkaufen, so erinnere ich mich an die frivole freventliche Keuherung von Landwirten, man solle bei guter Getreide-Ernte die Hälfte davon verbrennen, um die Preise hochzuhalten. Das ist das traurige Zeichen unserer ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß man sich über den Heberfluh der Natur nicht freut, sondern im Hinblick auf den eignen Geldbeutel als Produzent ärgert. Ich will Ihnen nicht lange statistische Zahlenreihen über den Viehbestand in Deutschland vorlesen, aber mein Freund David hat sich in seinem trefflichen Werke die Mühe gemacht, den Viehbestand auf je hundert deutsche Einwohner zu berechnen. Er betrug im Jahre 1873: 84,4 Rinder, 17,4 Schweine, 60,6 Schafe; 1883: 84,5 Rinder, 20,1 Schweine, 42,2 Schafe; 1893: 84,5 Rinder, 20,1 Schweine, 27,8 Schafe; 1897: 85,4 Rinder, 27,8 Schweine, 27,8 Schafe; 1900: 83,7 Rinder, 29,6 Schweine, 17,2 Schafe. Das ist abgesehen von dem enormen Fortschritt in der Schweinezucht, von dem ich schon in meiner ersten Rede sprach, ein ganz bedeutender Rückschritt. Noch übersichtlicher wird die Rechnung, wenn man das ganze Vieh in Großvieh umrechnet, ein Rind gleich vier Schweine gleich sechzehn Schafe setzt. Dann ergibt sich wiederum nach den Berechnungen meines Freundes David für das Jahr 1873: 48,8; 1883: 43,7; 1893: 44,4; 1897: 44,3; 1900: 42,8. Für die Jahre 1900—1902 ist im preussischen Landesökonomik-Kollegium ausdrücklich von autoritativer Seite ein weiterer Rückgang festgestellt worden.

In zwei Punkten bedenkten sich die Behauptungen der beiden Redner der Rechten vollkommen: bei den Haus- und Schlachtungen passen die Dienstboten auf, das amerikanische Füllfleisch taugt nichts. Glauben Sie wirklich, daß die Dienstboten eher die Möglichkeit haben, die Trichinen festzustellen, als die Tierärzte die Milte eingeführten Füllfleisch zu prüfen? Von Stadthagen ist mir auch mitgeteilt worden, daß ein Urteil vorliegt, nach dem die Dienstboten, die wegen verdorbener Fleischverehrung ihre Stelle verlassen hatten, in den Dienst wieder zurückkehren mußten. (Große Unruhe rechts.) Unserm Viehbedarf können wir jetzt nur hinsichtlich des Schweinefleisches decken; die Schweine haben in den letzten Jahren um 77 000 Stück zugenommen. Im übrigen sind wir auf die Einfuhr angewiesen.

Die Vorwürfe, die Sie gegen mich erhoben haben, treffen auch den Grafen Posadowski. Ich bin Manns genug, mich auf mich selbst zu berufen, aber ich möchte Ihnen diesmal doch die A u s s a g e n des Grafen Posadowski vorlesen. Bei der Beratung des Fleischbeschau-Gesetzes sagte er am 29. März 1900: es seien in dieses Gesetz, das auf hygienischen Gesichtspunkten beruhe, bei der Beratung im Reichstage fortwährend wirtschaftliche Momente hineingezogen. Für die Versorgung Deutschlands mit deutschem Fleisch sei doch dieses Gesetz nicht sodas materiao. Am 21. Mai 1900 sagte er wiederum: die eigentliche Absicht des Gesetzes sei gewesen, dem Volke ein Hauptnahrungsmittel in geheimer, zweifelloser Form darzureichen. Ueberdies war davon nicht mehr die Rede, sondern allerlei Nebeninteressen traten hervor. Auch gestern ist die Volksgesundheit gegenüber der Ausdehnung der ausländischen Konkurrenz wieder in den Hintergrund getreten. Das Tausende von Stück Vieh jetzt ununterbrochen geschlachtet werden, gefährdet doch unter allen Umständen die Volksgesundheit, wenn es sich auch „nur“ im Dienstboten handelt, weit schlimmer als das Füllfleisch. Welche Gefahr in der Verbreitung der Haus- und Schlachtungen von der Kontrolle liegt, beweist eine Mitteilung des Professors Studner, wonach 1885 in Hadersleben durch ein einziges Schwein 337 Erkrankungen und 101 Todesfälle herbeigeführt worden sind, in den 70er Jahren in Linden durch ein Schwein 407 Erkrankungen und 65 Todesfälle. Herr Dr. Dröschler aber wird den Vorwurf der Oberflächlichkeit hoffentlich einschränken, nachdem ich ihm nachgewiesen habe, daß dieser Vorwurf nicht nur mich, sondern auch den Grafen Posadowski treffen müßte. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. — Herr Stauffer meinte, wir wollten die Kleinbäuerliche Bevölkerung des Südens gegen den Großgrundbesitz des Nordens erregen. Das werden Sie (nach rechts) schon selbst befohlen. Die Kleinbauern werden einsehen, daß ihre Interessen keineswegs schädlich sind mit denen des Großgrundbesitzes. Die Kleinbäuerlichen Viehzüchter brauchen billige Futtermittel, der Großgrundbesitz verlangt hohe Preise auf Futtermittel. Eines Tages muß dieser Zwiespalt der agrarischen Kultur zum Durchbruch kommen.

Wir wollen die hygienischen Bestimmungen des Fleischbeschau-Gesetzes aufrechterhalten, die Bestimmungen aber, die nichts taugen, so schnell wie möglich beseitigt wissen. Wäge der Bundesrat dazu alsbald die Initiative ergreifen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Göttsch (fr. Bg.): Meine politischen Freunde sind stets mit der Sperrung der Grenzen gegen ausländische Vieheinfuhr einbe-

standen gewesen, wo wirklich Seuchen im Auslande bestanden. Aber wir haben uns stets dagegen erklärt, daß man unter dem Vorwande, einen Schutz gegen ausländische Seuchen nötig zu haben, nichts weiter bezweckt als eine Knappheit des inländischen Viehbestandes und damit eine Steigerung der Fleischpreise. Ganz unzulässig ist Kontingentierung der Schweine-Einfuhr nach Oberschlesien. Diese Kontingentierung hat in Verbindung mit einem Schlägterung die Schweinefleischpreise ganz außerordentlich verteuert. Ganz ähnlich ist man ja verfahren bei der Erschwerung der Einfuhr von dänischem Rindvieh wegen angeblicher Tuberkulose. In Deutschland darf auch tuberkulöses Vieh unter Ausschließung der infizierten Teile ruhig zu Schlachtzwecken verwendet werden! Wir haben nichts gegen einen Schutz des Konsumenten vor ungesundem Fleisch, aber viel mehr wird seine Gesundheit noch gefährdet, wenn man ihm möglichst wenig Fleischgenuss ermöglicht. (Sehr richtig! links.) Ueber das Büchsenfleisch habe ich gerade jetzt ein interessantes Material. Im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für 1903 teilt Prof. Lehmann-Göttingen mit, daß von 96 deutschen Büchsenfleisch-Proben, die auf der vorjährigen landwirtschaftlichen Ausstellung in Hannover ausgestellt waren, sich 20 als vollständig verdorben erweisen haben! Kein einziges deutsches Büchsenfleisch habe sich als gut genug erwiesen, das amerikanische Corned beef zu ersetzen. Infolge dessen hätten die Ehrenpreise des Reichs-Marineamts nicht verliehen werden können. (Hört! hört! links.) Das Streben müsse auf die Erzeugung eines deutschen Büchsenfleisches, von den Eigenschaften des amerikanischen gerichtet sein. (Hört! hört! links.) Das ist ein sehr wertvolles Zugeständnis. Verbilligen Sie (nach rechts) die Fleischproduktion, schaffen Sie die hohen Einfuhrzölle ab und sorgen Sie dafür, daß auch die ärmere Bevölkerung ausgiebig am Fleischgenuss teilnehmen kann! (Beifall links.)

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.): Ich habe zunächst zu erklären, daß die Anschauungen, die Abg. Sartorius vorhin vorgetragen hat, nicht überall den Ansichten meiner Freunde entsprechen und daher nur als persönliche Ansichten angesehen werden können. — Redner wünscht, daß die wissenschaftlichen Forderungen des Reichs-Gesundheitsamtes sich erfüllen mögen auf Protozoen und einzellige Blutparasiten, die Wechselfieber, Typhus, Malaria und Dysenterie hervorrufen.

Abg. Dr. Leonhardt (fr. Sp.): Dadurch, daß das amerikanische Büchsenfleisch nicht mehr eingeführt werden darf, wird unsere Marine schwer geschädigt. Gerade durch die Ernährung mit amerikanischen Konserven gelang es früher, den Skorbut unter den Marinemannschaften zu beseitigen. Das Fleischbeschau-Gesetz wird es verschulden, daß diese Krankheit jetzt wieder um sich greift. — Eine Regelung des Apothekenwesens wird sich nicht umgehen lassen. Eine Verstaatlichung freilich wünsche ich nicht. Büchsenfleisch wäre dagegen eine Ablösung der enorm gestiegenen Apothekenwerte durch amortisierbare Renten seitens des Staates. Wir haben in den letzten Jahren wiederholt Fälle von Pest gehabt, noch kürzlich ist in Hamburg durch Ratten eingeschleppte Pest konstatiert worden. Am besten wird der Pest ja entgegengewirkt durch Verbrennung der Pestleichen. Dies führt mich zur Frage der Feuerbestattung. Wir wissen ja, daß hier große Wälder, die nicht auf hygienischem Gebiet liegen, zu überwinden sind (Sehr wahr! links), aber wir sollten doch dem Beispiel anderer Länder, wie Frankreich und England, folgen, die längst die fakultative Feuerbestattung eingeführt haben.

Abg. Horn-Sachsen (Soz.): Ich habe mich gestern sehr gefreut, aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs zu erfahren, daß er bereit ist, Untersuchungen über die Ansteckungsgefahr in den Glashütten anstellen zu lassen. Graf Kanitz wies darauf hin, daß bereits vielfach mechanische Glasbläseerzeugnisse und meinte, dadurch würde die Gefahr der Ansteckung beseitigt. Wenn ich so verfahren wollte, wie meine Freunde meinen, Scheidemann gegenüber, so würde ich sagen, er versteht nichts von der Glasbläseerei. Ich sage aber nur, daß er sich in dieser Annahme irrt. Graf Kanitz meinte auch, er glaube nicht, daß noch jetzt Kinder unter 14 Jahren in Glashütten beschäftigt würden. Ich glaube nicht, daß Herr Graf Kanitz sich die Statistik der Gewerbe-Inspektoren angesehen hat, die neulich erschienen ist. Danach sind in 22 deutschen Glashütten zusammen 79 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darunter 49 Mädchen. Uebrigens ist vor den Inspektoren nur ein kleiner Prozentsatz der Glashütten überhaupt kontrolliert worden, so daß die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren wahrlich eine weit höhere ist. Eine Industrie, die sich so auf die Kinderarbeit stützt, hat nach unserer Meinung keinen Anspruch auf Schutz durch Zölle. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Es sind gestern die Maßregeln der preussischen Regierung gegen die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche angegriffen worden. Will man die Seuche sorgsam bekämpfen, so muß man mit nachdrücklicher Strenge vorgehen. Die preussische Regierung hat in der Bekämpfung der Seuche auch durchaus Erfolg gehabt. Wenn ein Tierarzt in der That so vorgegangen ist, wie Herr Raasche erzählte, daß er, ohne sehr Schutzwerk zu wechseln, von einem versuchten Stall in einen anderen gegangen ist, so wäre das allerdings eine starke Pflichtverletzung. Es ist die Frage des Honigs berührt worden. Auch nur ist bekannt, daß sehr viel Kunsthonig verkauft wird. Die Gastwirte selbst behaupten nicht, daß sie nur Naturhonig verkaufen. Ich entinne mich, daß im Bundesrat einmal Proben von Natur- und Kunsthonig vorlagen. Es war aber nicht möglich, sie zu unterscheiden. Um den zu betrogen, der Kunsthonig als Naturhonig verkauft, brauchen wir kein besonderes Gesetz, das wäre schon heute möglich, aber es gibt noch keine sichere chemische Analyse für Honig. Um das Fleischbeschau-Gesetz abzuändern, legen noch nicht genügende Erfahrungen vor. Wichtig ist, daß die Einfuhr von gewissen Fleischsorten zurückgegangen ist. Aber es wäre gewagt, daraus schon einen Schluß zu ziehen auf die Wirksamkeit des Fleischbeschau-Gesetzes. Es kann dies auch mit Wägen in Amerika zusammenhängen. Todesfälle an Pest haben wir leider Gottes noch zu verzeichnen. Die Leichen werden aber nicht verbrannt, sondern chemisch vernichtet. Aus den einzelnen Pestfällen aber eine Berechtigung für die fakultative Feuerbestattung herzuleiten, halte ich nicht für richtig. Das würde einen zu großen Widerstand in den Gefühlen der Bevölkerung erregen. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): Ich will keineswegs leugnen, daß manches für die Beaufsichtigung der Hauschlachtungen spricht; andererseits aber belassen sie den kleinen Landwirt, den ländlichen Gewerbetreibenden und Industrie-Arbeiter. Da ist eine prinzipielle Entscheidung, ein Reichsgesetz notwendig. Wir in Hessen-Kassel verlangen ein Privileg, nur Gleichberechtigung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich möchte nur eine Bemerkung des Redner's richtigstellen. Durch das Fleischbeschau-Gesetz ist nichts Neues in Bezug auf die Hauschlachtungen eingeführt worden. Es ist den Landesregierungen nicht das Recht gegeben, sondern nur gelassen worden, den Beschauzwang einzuführen, was einige Regierungen seitdem schon getan haben — und da, wo er bestand, ist er auch recht erhalten worden. (Abg. Dr. Lucas ruft: Aber die Gebühren!) Das kann die Landesregierung machen, wie sie will. Sie kann jederzeit auf sie verzichten. Aber der preussische Finanzminister wird dazu schwerlich geneigt sein. (Weiterkeit.)

Dem Abg. Horn möchte ich erwidern, daß meines Wissens durch Polizeiverordnungen Kinder unter 14 Jahren von der Arbeit in Glashütten, soweit sie gefährlich ist, ausgeschlossen sind. Ihre Beschäftigung beschränkt sich heute vorzugsweise auf Verpacken. Wenn aber überhaupt Kinder unter 14 Jahren beschäftigt werden, so jedenfalls nicht schulpflichtige. Die dürfen überhaupt nicht beschäftigt werden.

Abg. Frey. Hehl zu Herrnsheim (natl.) weist auf die Verunreinigung des Rheins durch Fäkalien hin. Dadurch wird insbesondere die Gefahr der Verbreitung von Typhus und Cholera-Vazillen vermehrt. Leider hat sich der sozialdemokratische Abgeordnete für Mannheim, Dreesbach, seiner Zeit dafür ausgesprochen, daß Mannheim seine Fäkalien in den Rhein abführen dürfe. Auf seine

Autorität hin scheint die Reichsregierung die Genehmigung dazu erteilt zu haben.

Staatssekretär Graf Posadowski: Eine Genehmigung ist der Stadt Mannheim seitens des Reichs nicht erteilt worden, sondern das Reichs-Gesundheitsamt hat nach eingehenden Untersuchungen ein Gutachten dahin abgegeben, daß die Abfuhr der Mannheimer Abwässer in den Rhein unter Beobachtung einer großen Anzahl von Vorsichtsmaßnahmen zu sanitären Bedenken keinen Anlaß biete. Das Rieselfeld-System, das an sich natürlich vorzuziehen ist, ist bei Mannheim unmöglich, weil die Mannheimer bei ihrem Trinkwasser auf Grundwasser angewiesen sind.

Abg. Schweichardt (fr. Sp.) schließt sich dem Verlangen nach einem Verbot des freihändigen Verkaufs von konzentrierter Essigsäure an.

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.) polemisiert gegen die Abg. Scheidemann und Gothein. Die deutsche Viehzucht muß ausreichend vor der Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande geschützt werden. Das Fleischbeschau-Gesetz muß in dieser Richtung verschärft werden. Gegenüber dem Abgeordneten Sartorius möchte ich bemerken, daß es das gute Recht der Wingergenossenschaften ist, Weinhandel zu betreiben.

Abg. Gué (Soz.): Vor 2 1/2 Jahren brach in Selsenkirchen eine Typhus-Epidemie aus, die über 3000 Erkrankungen und über 300 Todesfälle verursachte. Es sind damals von der Staatsregierung alle Maßnahmen getroffen worden, um die Seuche so schnell als möglich zu beseitigen. Als Grund der Seuche wurde nach langen Untersuchungen eine geradezu frivole Verunreinigung des Trinkwassers festgestellt. Bei einer unerwarteten Kontrolle der Wasserwerke mußten die Leiter dieser Werke zugeben, daß von einem Brunnen auf der rechten Seite der Ruhr von altersher ein Rohr direkt in die Ruhr führte und daß dies Rohr erst ganz kürzlich beseitigt worden ist. Die Herren mußten eingestehen, daß sie in geradezu unverantwortlicher Weise das Schmutzwasser aus der Ruhr direkt in die Wasserleitung geleitet hatten. Eine Untersuchung wegen dieser Ungeheuerlichkeit ist eingeleitet worden. Von Monat zu Monat warten die durch die Seuche geschädigten Bürger und Arbeiter auf die Entscheidung, wer denn in letzter Linie die Epidemie verschuldet habe. Es liegt die Gefahr vor, daß bei einem weiteren Hinrutschleppen der Entscheidung die Entschädigungsansprüche verzähren und die Gerichte erklären, man habe keine Ansprüche früher vorbringen müssen, weil man habe voraussehen können, daß die Wasserwerke für erpflanzlich erklärt werden würden. Ich bitte um Auskunft, ob die Untersuchungen zu Ende geführt sind und ob das Untersuchungsergebnis der Staatsanwaltschaft übergeben ist. Der Oberbürgermeister von Selsenkirchen verurteilte im vorigen Jahre auf dem Provinziallandtag von Westfalen, das Wasserwerk reinzuwaschen. Er selbst ist im Auftritte dieses Jahres aber zur Ermüdung gehen, ob derartige Aufsichtsratsstellungen von Kommunalbeamten angezeigt sind. Das Wasserwerk hat aber sehr hohe Dividenden verteilt, wäre also in der Lage, die Entschädigungen zu leisten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes Dr. Köhler: Die Epidemie in Selsenkirchen ist vom Reichs-Gesundheitsamt mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ueber die Einzelheiten der Untersuchung kann ich keine Mitteilungen machen, da sie noch nicht abgeschlossen ist. Im übrigen liegen die Akten bei den preussischen Behörden, an die sich die Interessenten zu wenden hätten.

Abg. Gamp (Soz.): Die Entschädigung des Herrn Gothein, daß unsere Marineverwaltung den Mannschaften kein gleichwertiges Fleisch als Ertrag für das Corned beef zu geben in der Lage sei, ist unerbötlich. Ebenso falsch ist die Behauptung des Herrn Abg. Leonhardt, daß der Skorbut auf den Genuss deutschen Pöckelfleisches zurückzuführen sei.

Abg. Singer (Soz.): Herr Hehl zu Herrnsheim hat bei seiner Bemerkung über die Abstammung unseres Genossen Dreesbach unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Faktion seiner Zeit entgegen diesen Ausführungen für den Antrag Hehl gestimmt hat. Seine Ausführungen konnten den Verdacht erwecken, als wenn die sozialdemokratische Faktion sich eines Widerspruchs in dieser Beziehung schuldig gemacht hätte. Um dieser Möglichkeit vorzubeugen, stelle ich fest, daß Dreesbach damals mit den Worten seine Rede begonnen hat: „Ich muß zunächst erklären, daß ich weder im Namen noch im Auftrage meiner Faktion, sondern für mich allein namens der Stadt Mannheim spreche.“ Er hat dann ausgeführt, daß er seine Stellung gegen den Antrag Hehl wesentlich aus der Begründung dieses Antrages gefolgt habe. Unsere Stellung ist von Anfang an die gewesen, daß wir es für wünschenswert halten, daß die Verunreinigung der Flüsse durch Fäkalien vorgebeugt werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wallau (natl.): Gerade das haben ich und meine Parteigenossen im Gegensatz zum Abg. Gothein immer bedauert, daß das Seuchenabkommen mit Oesterreich-Ungarn uns nur dann zur Sperrung der Grenzen ermächtigt, wenn ein Fall der Einschleppung der Seuche festgestellt, d. h. also, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Im letzten Abzug dieses Seuchenabkommens ist bestimmt, daß es nur im Zusammenhang mit dem Abschluß neuer Handelsverträge geändert werden kann.

Abg. Gothein (fr. Sp.) bestritt, der Marineverwaltung den Vortritt gemacht zu haben, daß sie minderwertiges Fleisch für die Marinesoldaten einkaufe. Ich habe im Gegenteil ausgeführt, daß sie gezwungen ist, im Ausland gutes amerikanisches Corned beef zu kaufen. Wir können ja den Staatssekretär des Reichs-Marineamts darüber befragen. Aber dem Abg. Wallau gegenüber bemerke ich, daß es mir nur darauf angekommen ist, zu zeigen, daß mit den russischen Handelsverträgen eine solche Seuchen-Konvention nicht abgeschlossen ist.

Damit schließt die Beratung des Kapitels „Reichs-Gesundheitsamt“.

Persönlich bemerkt

Abg. Dröschler (L.): Herr Scheidemann hat mir Oberflächlichkeit und Mangel an Logik vorgeworfen, er hat zwei auf verschiedene Punkte bezügliche Sätze meiner Rede herausgegriffen und kombiniert. Ich habe in Wirklichkeit gesagt: „In dieser Allgemeinheit ist die Behauptung vom Niedergang des Fleischkonsums falsch“ und habe nachher von der Abnahme des Fleischkonsums in den Industrie-gegenden gesprochen.

Abg. Graf Reventlow (Antif.): Herr Scheidemann hat meinen gestrigen Ausführungen einen Sinn unterlegt, der an sich nicht darin gefunden werden konnte, getrennt dem von ihm aufgestellten Grundsatze, daß man in den Reden der Gegner zwischen den Zeilen lesen müßte. Er hat mir die Absicht unterstellt, das Vieh lieber zu töten als der Not damit abzuhelfen. Er hat auch die Wendung, „wenn es sich auch nur um Dienstboten handelt“, den Anschein erwecken wollen, als ob ich eine hygienische Frage anders behandle, wenn es sich um arme Leute handelt. Er hat sich ferner die Keuschheit erlaubt, „wenn Sie es ehrlich meinen“. Ich enthalte mich einer Charakterisierung aller dieser Keuschungen hier im Hause. Außerhalb dieser Häuser würde ich sagen, „es ist eine unehrliche Handlungsweise“.

Präsident Graf Ballestrem: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung, Herr Abgeordneter Graf Reventlow. (Große Heiterkeit.)

Abg. Gamp (Soz.): Ich bezweifle, daß der Abg. Gothein nur vom Kauf unwürdigen Pöckelfleisches im Auslande gesprochen hat. Nun, beim Marineamt sehen wir uns wieder. (Große Heiterkeit.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich kann nicht wissen, was Herr Dröschler hat sagen wollen. Ich habe wirklich nach dem, wie er mir gesagt hat, von ihm selbst herrührenden Bericht der „Kreuz-Ztg.“ zitiert. Gegenüber dem Grafen Reventlow halte ich vollkommen aufrecht, was ich über ihn gesagt habe. Seine Keuschung über das Verwenden der Schweine zur Seifenfabrikation war in der That höchst charakteristisch für die kapitalistische Weltordnung. In Bezug auf die unehrliche Handlungsweise

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Das habe ich gerügt, darüber dürfen Sie jetzt nicht mehr sprechen.

Abg. Scheidemann (Soz.) fortfahrend: Ich will Ihnen nicht ins Handwerk pfeifen, ich will nur sagen, außerhalb des Hauses würde ich es ablehnen, mit dem Grafen Reventlow zu diskutieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Reventlow (Antif.): Herr Scheidemann will ich nur mit der kurzen Bemerkung antworten, daß ich mir heute keinen zweiten Ordnungsruf ziehen möchte. (Große Heiterkeit.) Danach verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Erste und zweite Lesung der Reichsschulden-Ordnung, Fortsetzung der Etatsberatung.) Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung, Mittwoch, den 10. Februar 1904, 11 Uhr. Am Ministertische: v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt.

Beim Kapitel Allgemeine Ausgaben werden zu „Landwirtschaftlich-polizeilichen Zwecken“ 350 000 M. verlangt.

Abg. Runge (L.) empfiehlt folgenden Antrag: Die Staatsregierung möge noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorlegen dahin,

1. daß auch derjenige Arbeitgeber bestraft wird, welcher Gefinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem anderen Arbeitgeber verpflichtet sind, in Dienst nimmt und behält sofern nicht vier Wochen seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses verstrichen sind,

2. daß ferner derjenige bestraft wird, der die Arbeitsvermittlung für solche Arbeiter oder Gefinde übernimmt,

3. daß derjenige bestraft wird, der solche Arbeiter verleiht widerrechtlich einen Dienst nicht anzutreten, vorzeitig zu verlassen oder die vertragsmäßige Arbeit niederzulegen.

Dem Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter, der durch die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie immer häufiger wird, muß mit allen Mitteln begegnet werden. Der Antrag will die Arbeiter nicht schädigen, er will auch die Freizügigkeit nicht wegräumen. Er will nur die sogenannten Zugvögel, die Kabaubriser unter den ländlichen Arbeitern, welche ihre ruhigen Arbeitsgenossen zum Kontraktbruch verleiten und die gewissenlosen Agenten treffen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen und erwarte, daß die Regierung endlich die in Aussicht gestellte Vorlage einbringt. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Hofmann (natl.) spricht sich für den Antrag aus. Seine Ausführungen bleiben bei der herrschenden Unruhe im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Goldschmidt (fr. Sp.): Die grundsätzlich ablehnende Stellung meiner Freunde zu diesem Antrage hat mein Freund Dr. Max Hirsch am letzten Donnerstag bereits dargelegt. Die Verletzung des Vertragsverhältnisses gehört zum bürgerlichen Recht, nicht zum Strafrecht, das ist allgemeiner Grundsatz unseres Rechtssystems, der insbesondere auch im Arbeitsverhältnis bisher aufrechterhalten worden ist. Ich hoffe, daß meine Kollegen vom Centrum, die ja im Reichstage, wo es auf die Stimmen der Arbeiter für sie ankommt, immer so entschieden für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintreten, sich auch hier gegen diesen Antrag erklären werden. Würden sie ihm zustimmen, so würden sie dadurch den Zustand, der durch das Gesetz von 1854 für die ländlichen Arbeiter geschaffen ist, verewigen. Herr Runge hat die landwirtschaftlichen Arbeiter hingestellt, als wären sie nichts anderes als ganz gemeines Gefinde. (Widerspruch rechts.) Er hat gesagt: „Was machen sich die Leute daraus, wenn sie einmal eingesperrt werden, sie sitzen ganz gern, weil sie da zu essen bekommen, ohne zu arbeiten.“ (Hört! hört! links.) Ich muß dagegen protestieren, daß man die ländlichen Arbeiter so tief einschätzt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Reinecke (L.) spricht sich für den Antrag aus.

Abg. v. Heldbrandt und der Dasa (L.): Gegenüber Herrn Goldschmidt stelle ich fest, daß Herr Runge gesagt hat: „Die Mehrzahl unserer ländlichen Arbeiter und des Gefindes sieht Gott sei Dank noch durchaus auf dem Boden, daß bestehende Verträge hoch zu halten sind. Aber wir haben auch wohl noch junge Leute hier und da, die wie die Zugvögel von einem zum anderen Orte ziehen, und da kommen allerdings ausnahmsweise wohl bedauerliche Erscheinungen vor, die wir bekämpfen wollen.“ Das ist genau das Gegenteil von dem, was Herr Goldschmidt hier als Keuschung des Herrn Runge anführte, und ich muß ihn schon ermahnen, etwas vorsichtiger in solchen Angriffen zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Herr Hofmann will den Arbeiter nicht bestrafen, der einen anderen zum Kontraktbruch verleitet. Ich verstehe es nicht, warum Arbeiter besser gestellt sein sollen als alle andere Bürger. Jeder, der Treu und Glauben bricht, muß, ob er Arbeitgeber oder Arbeiter sei, bestraft werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Grundfehler des Herrn Goldschmidt ist, daß er die Verhältnisse der ländlichen und industriellen Arbeiter gleich stellt. Es handelt sich bei den ländlichen Arbeitern um die Ernährung unseres Volkes, deren Produktion sichergestellt werden muß. Da liegt ein allgemeines, ein öffentliches Interesse vor. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie (nach links) für die gewerblichen Arbeiter ebenfalls die Befreiung des Kontraktbruches verlangen, so werden wir die ersten sein, die Ihnen zustimmen. Wir wollen, daß die Vergütung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, die besonders da eintritt, wo Verträge mißachtet werden, aufhört. Die Heiligkeit der Verträge muß anerkannt werden. Nicht Recht soll vor Recht gehen. Noch leben wir in einem Rechtsstaat. Wer noch für Recht und Gesetz Sinn und Verständnis hat, den müßten wir bei unserem Vorgehen auf unserer Seite haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Herold (L.):

Wir messen unsere Entscheidung nicht nach dem Wahlrecht, sondern nach dem was wir für recht und billig halten, daher werden wir auch stets im Landtag dieselbe Stellung einnehmen wie im Reichstage. Die Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft sind wesentlich verschieden. Die Verträge der ländlichen Arbeiter werden auf lange Zeit abgeschlossen; daher ist ein Streit kaum möglich ohne Kontraktbruch und wenn dieser strafflos gelassen wird, so liegt darin ein direkter Anreiz zum Streit. Daß dieses Haus für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter zu haben ist, ist ausgeschlossen. Die Tendenz geht vielmehr nach einer Verschärfung des Gesetzes von 1854. Einer solchen Verschärfung werden wir und aber stets entgegenstellen, wenn auch eine Abschwächung jenes Gesetzes in diesem Hause nicht zu erreichen ist. Dem Grundgedanken des vorliegenden Antrages stimmen wir zu. Auf die Einzelheiten der Fassung, die zum Teil mangelhaft ist, einzugehen, hat keinen Zweck, da er ja nur eine Anregung an die Regierung bedeutet. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Klose (L.) (auf der Tribüne unverständlich) scheint sich ebenfalls für den Antrag auszusprechen.

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Je mehr Sie das System der strafrechtlichen Ahndung des Kontraktbruches verschärfen, desto mehr wird die Landflucht steigen, desto schärfer wird der Gegensatz zwischen ländlichen Arbeitern und Arbeitgebern werden. Für die gewerblichen Arbeiter werden Sie eine Befreiung des Kontraktbruches nie erreichen. Durch die gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der gewerblichen Arbeiter ist die soziale Lage dieser Arbeiter wesentlich gehoben, ebenso wie durch die privaten Vereinbarungen zwischen gewerblichen Arbeitern und Arbeitgebern der soziale Frieden gefördert ist. Wie anders liegen die Verhältnisse auf dem Lande. Eine ständige Verbitterung der Arbeiter und ein fortgesetztes Abziehen nach industriellen Gebieten. Eine Besserung kann nur eintreten, wenn auch die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter geregelt werden. Die Heiligkeit der Verträge wollen auch wir nicht antasten. Die Verträge werden aber viel besser gehandelt werden, wenn der jetzige Ausnahmezustand für die

Landlichen Arbeiter befreit wird. Wenn Herr v. Schreberndt gesagt: Recht bleibt Recht; so sage ich: Unrecht bleibt Unrecht. (Bravo links.)

Minister v. Pöblich:

Wünsche in der Richtung des vorliegenden Antrages sind seit einer Reihe von Jahren an die Regierung aus landwirtschaftlichen Kreisen gekommen. In der That haben sich infolge der Zunahme der Schwierigkeit, auf dem Lande Arbeiter zu beschaffen, unerträglich Zustände herausgebildet. Es handelt sich nicht um ein Gesetz gegen die landlichen Arbeiter, sondern um Befreiung von Missständen, die sich unter den Arbeitgebern herausgebildet haben. Es muß klar festgelegt werden, daß kontraktbrüchige Arbeiter nicht eingestellt werden dürfen. Für den Kontraktbruch kommen nicht die in Lohn stehenden Arbeiter, das Gesinde in Betracht, als vielmehr die Saisonarbeiter, die vielfach gar nicht preussische Unterthanen sind, sondern aus dem Auslande kommen und denen gegenüber die Durchführung irgend welcher Ansprüche unendlich schwierig ist. Einzelne Fälle, in denen Landwirte ihre Arbeiter nicht so behandeln wie es recht und billig ist, mögen ja vorkommen, das wird aber von uns allen durchaus verurteilt. Im allgemeinen herrscht jedoch auf dem Lande thatsächlich ein sozialer Friede. Wie früher der Kleinrentnerbetriebe mit seinem Gesinde an einem Tische saß und ein wahrhaft patriarchalischer Zustand herrschte, so ist es Gott sei Dank noch heute bei unsren Bauern. Kommen Sie hin, am Tische des Bauern sitzt sein Arbeiter mit ihm zusammen in tiefem sozialen Frieden. (Große Heiterkeit links.)

Ich kann auf den Antrag nur erklären, daß, nachdem die Konservativen, das Centrum und die Nationalliberalen einen Gesetzentwurf nach dieser Richtung für notwendig erachteten, ich versuchen werde, noch in diesem Jahre einen Entwurf auf Grund der hier niedergelegten Vorschläge dem hohen Hause zu unterbreiten, um den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft entgegenzukommen. (Bravo rechts.)

Ein Schlussantrag wird hierauf angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.), er habe sich aus dem Stenogramm überzeugt, daß er den Abg. Kunze mißverstanden habe. In der Abstimmung wird hierauf der konservative Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei und Vereinigung angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Schleimiger Antrag betr. die Einstellung eines Strafverfahrens. Fortsetzung der heutigen Beratung. Etat der Gefängnisverwaltung und der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.)

Schluss 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, zum Militär-Etat eine Resolution einzubringen, wonach allmonatlich die wegen Soldatenmishandlungen kriegsgerichtlich ausgesprochenen Verurteilungen den Offizieren und Mannschaften zur Kenntnis gebracht werden; ferner sollen bei dieser Gelegenheit die Mannschaften regelmäßig auf ihr Beschwerderecht hingewiesen werden, endlich sollen die wegen Mishandlung ihrer Untergebenen kriegsgerichtlich verurteilten Offiziere aus der Armee bezw. Marine entlassen werden.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition von Gerichtsvollziehern betreffend Aenderung der Civilprozess-Ordnung und der Gebührens-Ordnung für Gerichtsvollzieher und beschloß, die Petition, soweit sie die Aenderung der Civilprozess-Ordnung (§ 170) betrifft, dem Reichsanwalt als Material zu überweisen, soweit die übrigen Wünsche der Petenten in Frage kommen, zur Tagesordnung überzugehen.

Die Kreisynode Berlin II petitioniert um Erlaß wirksamer Vorschriften zur

Unterdrückung „schlechter“ Litteratur- und Kunstzeugnisse.

Der Regierungskommissar gab die Erklärung ab, daß für die verbündeten Regierungen bisher keine Veranlassung zu einer Verschärfung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches vorlag. Abg. Dr. Semler (nall.) wünscht eine Statistik über die Kasernierung der Prostitution. Abg. Dr. Marcour (C.) hält die Strafbestimmungen der lex Heinze für nicht weitgehend genug, da die Sittlichkeit der Bevölkerung durch Erzeugnisse immer mehr gefährdet werde. Abg. Erzberger ist der Ansicht, daß die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Sittlichkeit zu lag gebahnt werden, besonders soweit die Kolportage der Schmutzlitteratur in Frage komme. Abgeordneter Thiele (Soz.) befreit, daß seit Erlaß der lex Heinze die sittliche Gefahr sich erhöht habe. Die Statistik ergebe, daß die Strafbestimmungen genügend in Anwendung kommen, eine Verschärfung sei nicht nötig. Mehrere konservative Abgeordnete halten die Sittlichkeit für so arg bedroht, daß ein schärferes Eingreifen der Gesetzgebung dringend notwendig sei. Dr. Potthoff (fr.) erinnert an die widerlichen Szenen im Bürgerich zu Köln, die wohl schwerlich von „Simplicissimus“-Lefern herbeigeführt worden seien. Abg. Fischer-Sachsen (Soz.) ist der

Meinung, daß die Petition kein geeignetes Material zur Aenderung der Gesetzgebung enthalte. Man solle sich hüten, die Kunst mit dem Zufällertum zu verquiden. — Die Kommission beschloß mit 13 gegen 10 Stimmen, die Petition dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen.

Partei-Nachrichten.

Schippel in Chemnitz.

Am Dienstagabend sprach Genosse Schippel in Chemnitz in öffentlicher Parteiverammlung über Handelspolitik. Der Vortrag galt einer Rechtfertigung Schippels, die, wie eine Korrespondenz meldet, in der dem Vortrage folgenden Diskussion eine glänzende genannt wurde. Nach derselben Korrespondenz nahm die Versammlung schließlich gegen zwei Stimmen folgende Resolution an:

„Den Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises sind die theoretisch-sachverständigen Reaktionen ihres Abgeordneten Schippel seit langem bekannt und sie haben daran niemals Anstoß genommen, so wenig wie der Stuttgarter Parteitag 1898 anlässlich des Schippelschen Referats und die Masse der Parteigenossen anlässlich des Schippelschen Buches seit 1901 es that.“

Ein Vorwurf würde gegen den Genossen Schippel dann zu erheben sein, wenn er Mehrheitsbeschlüssen in Zollfragen zuwidergehandelt hätte, oder wenn er in ostentativer Weise die einheitliche Aktion der Partei zu durchkreuzen suchte. Davon kann jedoch angesichts der ganzen Haltung Schippels und nach näherer Kenntnisnahme der letzten Vorgänge im dritten Berliner Wahlkreise so wenig die Rede sein, daß eigentlich jedes weitere Wort in dieser Frage für die Öffentlichkeit überflüssig erscheint.

Die Parteigenossen des 16. Wahlkreises wehren sich deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen, daß fortgesetzt in der Partei neue Streitfälle künstlich geschaffen werden, die jedes parteigenössliche Zusammenwirken vereiteln und schließlich jede solidarische Parteiarbeit überhaupt unmöglich machen müssen.“

Wir müssen den ausführlichen Bericht der Chemnitzer „Volkstimme“ abwarten, möchten aber doch der Resolution gegenüber bemerken, daß Schippel 1898 in Stuttgart unter Berufung auf historische Beispiele nur dargelegt hat, daß wir nicht Freihändler aus Prinzip sein könnten, daß er aber, soweit er sich mit der Gegenwart und insbesondere mit Agrarrollen beschäftigt hat, sich ausdrücklich damit einverstanden erklärte, daß die Arbeiterklasse gegen jeden Lebensmittelzoll und gegen jeden agrarischen Zoll aufzutreten soll und daß wir auch gegen jede Erhöhung industrieller Zölle stimmen müssen.

Es lag also 1898 kein Grund zum „Anstoßnehmen“ vor.

Zum Tode des Genossen Rosenow geht uns folgende Sympathieumgebung zu:

Wien, den 10. Februar.

Anlässlich des Ablebens des auch von uns betrauernten Genossen Rosenow spricht der Verband der Handelsangestellten Oesterreichs der Parteiververtretung der deutschen Sozialdemokratie sein innigstes Beileid aus.

Eine Kuriosität stellt die „Leipziger Volkszeitung“ fest. Ihr verantwortlicher Redakteur Richard Wagner ist zur mündlichen Verhandlung über die von ihm gegen das Urteil der Disziplinarkammer zu Kassel eingelegte Berufung vor den Disziplinardhof des Reichsgerichts geladen worden. Nach der Verteilung des Vorgeladenen im Vorladungsschreiben des Ober-Reichsanwaltes wird Wagner noch als aktiver Reichsbeamter betrachtet. Es ist also das Kuriosum zu konstatieren, daß ein sozialdemokratisches Blatt von einem kaiserlichen Ober-Postinspektanten verantwortlich bezeichnet wird.

Zum Bericht von der Sitzung des internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel, den wir gestern gebracht haben, werden wir noch auf folgendes aufmerksam gemacht. Rosa Luxemburg war nicht als deutsche Delegierte anwesend, sondern sie vertrat eine der beiden polnischen Sektionen. Von der litauischen Organisation, die eine gesonderte neue Delegation als litauische Nationalität in Amsterdam beanspruchte, war von Rosa Luxemburg und Plechanow keineswegs behauptet, daß diese Organisation zur polnischen Sozialdemokratie gehöre, sondern nur darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht etwa um ein neues, bisher nicht vertretenes gewesenes Land handelt. Da die Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens“ auch in Litauen ihre Sektionen habe und wirle, so sind Sozialdemokraten Litauens in der polnischen Delegation bereits vertreten und die sich jetzt meldende litauische Gruppe dürfte deshalb nicht eine neue gesonderte Delegation als Vertreterin Litauens bilden, sondern gehöre in eine der bestehenden Delegationen. — Die gegen den russisch-japanischen Krieg und dessen Ausdehnung angenommene Resolution war nicht vom polnischen Delegierten, sondern von Vaillant vorgelegt, hingegen wurde die von dem polnischen Delegierten Walecki zu dieser Frage eingebrachte Resolution abgelehnt. Was die Kämpfe auf dem Balkan betrifft, so ist nicht eine Resolution von Vaillant zu Gunsten der Unabhängigkeitsbewegungen angenommen worden, sondern es ist auf Vaillants Vorschlag den macedonischen Opfern der türkischen Greuel die Sympathie ausgesprochen worden gemäß einer von den bulgarischen Sozialdemokraten eingebrachten Resolution, mit dem von Adler gemachten Vorbehalt, daß die inter-

nationale Sozialdemokratie nicht wünscht, daß die macedonischen Wirren sich zum Anlaß eines europäischen Krieges auswachsen.

Aus der Frauenbewegung.

Genossen, Genossinnen! Erscheint zahlreich in der Protestversammlung, welche Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstraße, tagen wird, und in der Genossin Klara Zellin über das Thema referiert: „Der Jar in Deutschland voran!“ Das Thema sagt auch, um was es sich handelt. Es ist die Pflicht jedes einzelnen von Euch, durch sein Erscheinen dazu beizutragen, daß die Versammlung sich zu einer imposanten Kundgebung gestaltet, welche nachdrücklich die schmachvolle Politik der Liebedeinerlei vor dem Despotismus brandmarkt, jene schmachvolle Politik, welche die kulturfeindliche Kautenherzhaftigkeit im Innern Russlands, wie die nicht minder kulturfeindlichen Eroberungs- und Raubgelüste in Asien unterstützt. Es gilt, flammenden Protest zu erheben gegen die Verfolgungen und Drangsalierungen russischer und deutscher Staatsangehöriger, gegen all jene Handlangerdienste, welche Deutschland in ein Vorzimmer der verächtlichsten Petersburger Geheimpolizei verwandelt, nicht minder aber auch gegen die unwürdige und thörichte Förderung der russischen Auslandspolitik, die soeben in Ostasien einen Krieg entfesselt hat, an dem sich ein Weltbrand entzünden kann. Die Vertreter des internationalen Proletariats haben gerade in diesen Tagen in Brüssel erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, gegen die Einbeziehung ihres Vaterlands in den ostasiatischen Krieg zu protestieren, sie haben einen Protest gegen die Russen-Verfolgungen in Deutschland beschloßen. Genossinnen, Genossen! Handelt im Sinne dieser Beschlüsse! Auf zum Protest!

Die Vertrauensperson.

Das Vereinsgesetz gegen die bürgerlichen Frauen.

Frau Minna Cauer war in der zweiten Instanz vom Landgericht Berlin wegen Nichtanmeldung einer anmeldepflichtigen Versammlung auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Es handelte sich um eine Versammlung von Mitgliedern der Vereine „Frauenwohl“, „Frauen-Föderation“, „Frauenstudium“ und „Frauen-Stimmrecht“, in welcher die Delegierten der Berliner bürgerlichen Frauen vom Brüsseler Kongreß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und vom Frankfurter Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels über die dortigen Verhandlungen Bericht erstatteten. Frau Cauer hatte die Einberufung der Zusammenkunft nach dem Hotel Saroma übernommen und besorgt. Sämtliche erschienenen Frauen waren schriftlich eingeladen worden. — Der Schöffe Collmann wurde gleichfalls auf Grund des Vereinsgesetzes verurteilt, weil er den Versammlungsraum hergegeben hatte.

Die Angeklagten legten Revision ein. Frau Cauer machte vor allem prinzipiell geltend, daß weder eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten beabsichtigt gewesen, noch erfolgt sei. Ein Referat über öffentliche Angelegenheiten (die Verhandlungen auf den beiden Kongressen) sei keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Und nur Referate seien gehalten worden.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision beider Angeklagten und führte aus: Es möge dahingestellt bleiben, ob ein Referat „Das ist damals so und so auf dem Kongreß besprochen worden“, eine „Erörterung“ im vereinstrecklichen Sinne sei. Denn das Landgericht habe thatsächlich festgestellt, daß die Angeklagte schon vorher wußte, wie es kommen würde. Gegen die thatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz könne das Kammergericht als Revisionsinstanz nichts machen. Nach diesen Feststellungen müsse aber angenommen werden, daß es sich um eine Versammlung handelte, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Damit sei die Voraussetzung des § 1 des Vereinsgesetzes gegeben und es rechtfertige sich die Verurteilung der Frau Cauer. — Aber auch der Schöffe Collmann sei mit Recht verurteilt worden. Es entbinde ihn nicht von der Verurteilung, daß er Frau Cauer fragte: „Nur die Versammlung angemeldet werden?“ und daß er ein Nein zur Antwort erhielt. Das genüge nicht, den Gastwirt zu schützen. Der Gastwirt solle vielmehr selber prüfen, ob eine Versammlung, für die kein Saal verlangt werde, eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezwecke und ob es ihm möglich sei, mangels einer Anmeldung sein Lokal herzugeben.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. N.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. N.
Swinemünde	738	SW	4	bedeckt	2	Dabrunn	754	SW	—	bedeckt	-21
Hamburg	733	SW	3	knäufig	4	Berensburg	750	NO	1	Schnee	-12
Berlin	738	SW	3	knäufig	4	Coel	735	SW	—	bedeckt	3
Frankfurt a. M.	742	SW	5	bedeckt	6	Werdern	—	—	—	—	—
München	746	SW	7	knäufig	4	Paris	744	SW	4	wolkig	5
Wien	745	SW	1	knäufig	2	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Februar 1904.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden; Temperatur wenig veränderlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 11. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Königl. Opern-Theater. Laubhäuser und der Sängerkrieg auf Habsburg. Schauspielhaus. König Heinrich der Fünfte. Deutsches. Novella d'Andrea. Berliner. Maria Theresia. Festung. Japanstreich. Westen. Die schöne Helena. Neues. Minna von Barnhelm. Residenz. Der kausche Casimir. Vorher: Die Empfehlung. Central. Das Schwalbennest. Belle Alliance. Guido Zheffer als Hochtourist. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) König Lear. Schiller N. (Friedrich-Bühnenstadt.) Die Kinder der Exzellenz. Suisen. Der Weihenreifer. Thalia. Casspiel Nadora Duncan. Altes. Elektra. Trianon. Madame I. Carl Weis. Der Alte kommt. Nachmittags 4 Uhr: Wilhelm Tell. Metropol. Durchlaucht Radieschen. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Casino. Die einst im Pal. Bedauern. Reichshallen. Stettiner Sängerk. Wehr. Herrnseld. Nur eine Nacht. Vossage-Theater. Lo-Lo. Fred. Glant. Specialitäten. Anf. 5 Uhr. Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten. Winter-Garten. Cleo de Mérode. Specialitäten.

Irania, Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens. Im Hörsaal: Dr. B. Schwahn: Wirkungen des Basses und des Windes. 8 Uhr. Jubiläumstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Der Erdball als Träger des Lebens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Wirkungen des Wassers und des Windes. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. Ein Naturwunder: Die bildschönen Herkules-Brüder. Der Indianer-Riese Mianko Karoo.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Grosse Extra-Vorstellung. Graf Essex. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball. Freitag: Kas oder: Genie und Leidenschaft.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Der Weihenreifer. Freitag: Opern-Casspiel: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Die relegierten Studenten. Sonntagnachmittag: Die Waife aus Lothwood. Abends zum erstenmal: Minna von Barnhelm. Montag: Der Weihenreifer.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Frühlingsluft mit dem Blütenhochzeit. 9 1/2-11 Uhr: Das glänzende Februar-Programm. Robert Steidl mit neuem Repertoire. Joscarys, Akrobaten. Drei Zagas, Luftakt. Morris Cronin, Jongleur-Akt. Martin Kattner, Humorist. Legays, französische Tänzer. Messiers Kosmograph. Neue Bilder. Nordini???. Sonntagnachm. 3 Uhr ermässigte Preise: Lysistrata.

Residenz-Theater

Direktion S. Landenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Die Empfehlung. Abends 8 Uhr: Der kausche Casimir.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Schwester Beatrix. Der Schlachtenlenker.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Elektra. Anfang 8 Uhr. Morgen: Nachtasyll.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Köpfnickerstrasse 67. Zum Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30 Min. GASTSPIEL. Ad. Philipp. Ueberr grossen. TEICH. Male.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße. Madame F. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: „Biscotte.“

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sont. 7 1/2. Das Brill neue Februar-Programm. Dazu nur noch einige Tage: Badekuren. — Wie einst im Mai. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest. Operette in 3 Akten v. R. Ordonneau. Nacht von Henry Oberlin. Sonntagabendnachm. 4 Uhr: Halbe Preise. Jeder Erwachsene ein Kind mit einem Extraplatz frei: Der gestiefelte Kater.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen! Ausstattungsspaß mit Gesang und Tanz. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Sonntagabend, den 13. Februar cr.: Zum 100. Male: Durchlaucht Radieschen.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nur zwei Aufführungen. Hse Römer.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Gastspiel der Freien Vereinigung für Litteratur und Kunst. Gespenster. Familiendrama in 3 Akten. Nach der Vorstellung: Freitanz. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

K. Berliner Saison. Cirkus Busch.

Gala-Abend. Nur noch einige Mal: Die offene Schleife des Konstantin Satan aus Paris. 8 Meter Sprung. Nur noch kurze Zeit! Wunder-Dressur des Hr. Richard Sawado mit seinen wilden Königstigern. Die 16 Hengste des Hr. Busch. Eine Hirschjagd, ger. von 20 Hölz- und Halbblutpferden. Hr. Martha Mohnke, Schulleiterin. Hr. G. Holstein, Schulleiterin. Herr Burkhard-Football auf Neapolitano Soja. Zum Schluss zum 51. Male: Aus den Alpen. Bemerkenswert: Der Automobilsturz.

Steidl-Theater

Linienstrasse 132. Oranienburger Thor. Kiefernrosen! Das teure Vaterhaus. Dramolet von Rich Steidl. Vollständig neues Programm.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße. Täglich: Franz Sobanski. Die neuen Specialitäten mit Hedwig Böring. Der Polack. Nach der Vorstellung: Mittwochs, Sonntagabend u. Sonntags: Tanz.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4410.
Direktion Jean Kren
Heute Donnerstag:
Gastspiel Isadora Duncan.
Freitag und folgende Tage:
Guido Thielscher als Hochtourist.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
und Alfred Schönfeld.
Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Guido Thielscher als Hochtourist.
Freitag und folgende Tage:
Götterweiber.

Cirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Nur kurzes Gastspiel.
Einzig und allein bestehendes größtes
Naturwunder der Jetztzeit.

Der Chimpanse gen. Consul.
Die größte Sehenswürdigkeit.
25 Löwen
wunderbar dressiert von Herrn Julius Seeth.
BABEL. Große Ausstattungs-Pantomime.
Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 14. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater | Lessing-Theater
3./4. Abteilung: | 8./9. Abteilung:
Medea. | **Der Meinelshauer.**
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne.
Die Februar-Vorstellungen finden für alle fünf Abteilungen im
Neuen Theater statt. Zur Aufführung gelangt:
Rosmersholm
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Einige Mitglieder zur V. Abteilung können noch aufgenommen
werden. Das Einschreibegeld beträgt 1 Mk., der monatliche Vorstellungs-
beitrag 80 Pf.
Sonabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Theatercafé
der Königlichen Hochschule für Musik, Jannitschstr. 1, Portal V:
fritz Reuter-Abend.
Vorlesung aus Fritz Reuters Werken von Herrn August Junkermann,
Igl. württemberg. Hofkapellmeister a. D.
Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung im Schiller-Theater O.:
Der Compagnon.
Lustspiel in 4 Akten von H. P. Arronge.
Eintrittskarten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 90 Pf. sind
in den Kassenstellen zu haben. 150/3
Der Vorstand. Z. N.: Heinrich Nott, Veteranenstr. 6.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 11. Februar:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Mit Verquägen.
Schwan in 4 Akten v. Moser u. Strind.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntag, den 14. Februar: **Der
Wolpertuis.**

Max Kliems Etablissement
Hasenheide 13.
Donnerstag, den 11. Februar:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten
von Friedrich v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Palast-Theater
Burgstraße 22. (früher Feen-Palast).
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
Das Millionennädel.
Am Spezialitäten-Teil:
Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen
Giganten.
Lilli Erison, Kostüm-Soubrette.
Osamondo und Anni, Luft-Kraftall.
Mr. C. Jergensen, Wandler.
Les Raffalls, Duo-Landschaftsmaler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Freitagabend 8 Uhr: **Elite-Vor-
stellung: Wilhelm Tell.** Schau-
spiel in 5 Aufzügen v. Fr. v. Schiller.
Gastspiel bedeutender Bühnenkünstler.
Vollständig neue Ausstattung. Große
Kassenpreise.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss neu:
**Die Berliner bei
den Hereros.**
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

**Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.** Sonntag
8 Uhr.
Die anerkannt erfolgreichste Novität
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Romäne von A. und O. Herrnfeld
mit den Prachtfiguren
Will Waldheim . . . Donat Herrnfeld.
Tuschek Anton Herrnfeld.
Dambitsch Ferd. Grünecker.
Ferner: Das neue **Februar-
Künstler-Programm.**
Lyrico-Quartett, Mathematisches Operen-
ensemble, 5 Schwastern Longoneils
in ihren Orig.-Gefängen u. Längen.
Marka Freya. — Wida Stadthagen.
Neu!

**Bendix
als „Monna Vanna“.**
Sonderverkauf 11—2 Uhr.

WINTERGARTEN
„Pas de Deux“ getanzt von Sign.
Piorantini u. Sgr. Corutti.
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.
Sisters Moulter Reckturnerinnen.
Brothers Danm Excentric Akrobaten.
Paul Batty Dressierte Hären.
O'Neil und Terp Excentrics.
Dora Keplinger Sängerin vom k. k.
priv. Theater s. d. Wien.
Costantino Bernardi
In einer Komödie mit 9 Personen
v. Bernardi allein dargestellt.
Georg Hartmann Zauberkünstler.
Athleta & Brada Kraftproduktion.
Cleó de Mérode
Biograph.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Staf. der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.**
Nach der Soiree: **Tanz.**
Dienstag:
Theaterabend.
Bodentags:
Vorzugskarten gültig.

Adolf Letzel
Kommandantenstraße Nr. 14, Laden,
sind wieder die schönsten und billigsten
Masken - Kostüme zu haben.
Vorzeiger dieser Annonce 15 Proz. extra.

Genossinnen! Genossen!
Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen,
Koppenstraße 29:
Protest-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** (Stuttgart): **Der Zar in
Deutschland voran.** 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
Da die zum Donnerstag, den 11. Februar, bei Wendi, Königsgraben 14a, von der Freien
Bereinigung einberufene Versammlung den Zweck hat, gegen unsere letzte Versammlung zu protestieren,
so ersuche ich alle Fliesenleger, die mit den Abmachungen, die mit diesem Verein und den drei Firmen
getroffen, nicht einverstanden sind, sämtlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Z. N.: Der Vertrauensmann der Fliesenleger Deutschlands,
Franz Wegner.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wechontags 5 Uhr.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die neue Sensation Berlins:
To To, der mysteriöse
Musiker.
Fred Edlawi,
d. beste Verwandlungskünstler,
schneller als der Blitz.
Madge u. Nelly Perry,
die reizend. Amerikanerinnen.
14 erstklassige Nummern.

Mit kleiner Anzahlung
sind in herrlichem Vorort einige Land-
parzellen sehr preiswert verkäuflich.
Offerten sub **G. B. 343** an
**Rudolf Mosse, Berlin W.,
Leipzigerstr. 103.** 60/5*

Ungewöhnlich
viel Geld sparen kann, wer
Herren-Stoffe
für Anzüge und Paletots etc.
direkt in der
42322*

Tuchfabrik-Niederlage kauft.
Reste enorm billig!
Koch & Seeland,
Berlin C., Ross-Strasse 2.
Masken-Garderobe
von 32412*
Carl Ernst,
Königsstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Dr. Simmel, Prizien-
Spezialarzt für **Haut- und
Harnleiden.** 70/13*
10—2, 5—7. Sonntag 10—12 2—4.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für **Haut-, Horn- und
Nervenleiden.** Seydelstr. 9.
1/2, 12—1/2, 3, 1/2, 6—1/2, 8, 9-11

Streng reell!!
Neues Parzellierungsterrain!
2 1/2 Meilen v. Centrum Berlins,
Mark pro □ Rate!!
5
Straßenland gratis, feinstes
Gartenboden, herrliche, gesunde
Lage, verl. Schulz, Higdori,
Renastr. 12, Barkhardt, Ober-
Schönebeide, Siemensstr. 9.*
Vom 22. Februar ab Preis-
erhöhung!

Im Verlage von **G. Birk & Co.,
München,** erschien und durch alle
Buchhandlungen und Kolportage
ist zu beziehen:
Die Opfer der Kaserne
von **Rudolf Kraft**
fr. bayr. Oberleutnant a. D.
96 S. Brosch. 50 Pf.
Die Schrift des bekannten Militär-
Schriftstellers enthält eine Fülle von
Material gegen den Militarismus und
über die Soldatenmishandlungen.
Denkmäht erscheint:
**Julius Vahlteich:
Ferd. Lassalle**
und die Anfänge der deutschen
Arbeiterbewegung.
Preis 1 Mk. 40882*

Neu! Eröffnung 20. Februar. Neu!
Kleiderstoffe
Meter 1,65
J. COHN
Neue Ross-Str.
19-20.
Nur ein Preis
Enorm preiswert
Meter 1,65
J. COHN
Neue Ross-Str.
19-20.

Dem Genossen **Paul Gust**
zu seinem 40. Geburtstag ein
diesmaliges Gedächtnisbuch.
Die Genossen des Bezirks 189 d.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
einzige innigstgeliebte Tochter,
Schwiegertochter, Schwester, Nichte,
Enkelin und Frau
Anna Mathes geb. Rott
am 9. d. M., früh 8 Uhr, nach
kurzer aber schwerem Kranken-
lager im Alter von 18 1/2 Jahren
sanft entschlafen ist. 17036
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 12. d. Mts., nachmittags
2 1/2 Uhr vom Trauerhause Schulze-
straße 37, Pankow, nach dem Kirch-
hof am Kommunisationsweg statt.
Dieses zeigen tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Z. N.: **Karl Rott** nebst Frau
und Kindern, Straßmannstr. 29.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse
der Zimmerer Deutschlands.**
(Eingeschr. Hilfskasse No. 2.)
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 8. d. Mts.,
verstarb unser Mitglied, der
Zimmerer
Emil Pollex
im Alter von 38 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
Gezlerstraße 2, aus nach dem
neuen Nord-Süd-Kirchhof in der See-
straße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
250/3 **Der Vorstand.**

**Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.**
Todes-Anzeige.
Am 8. Februar verstarb unser
langjähriges Mitglied, der Kammerad
Emil Pollex.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 12. Februar, nachmittags
3 1/2 Uhr, vom Trauerhause,
Gezlerstraße 2, aus nach dem
Nord-Süd-Kirchhof, Seestraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Central-Verband der Dachdecker. Filiale
Berlin.
Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, bei Koller, Koppenstr. 29, großer Saal:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1903. 2. Diskussion über den
Rechenheftbericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Gewerkschaftliches.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. 105/17
Der Vorstand.

Central-Verband der Dachdecker. Filiale
Berlin.
Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß die Protokolle vom nächsten
Verbandsstag in den Jubiläen in Empfang genommen werden können.
Preis desselben 15 Pfennig. 54/2
Die Ortsverwaltung. Z. N.: H. Höpner, Vorsitzender.

Achtung! Kleber. Achtung!
Donnerstag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstr. 75:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Die Situation in unserem Beruf und wie verbessern wir dieselbe“.
2. Diskussion.
Die Kollegen der Werkstätten Martin Otto, Steger, Hausenreiter,
Delm, Bölligle, Haase, Cohn, Schulz Sohn, Röder, Witt, Nimuth, Schlen,
Gronau, Schwarzer, Ralmbach, Siebert, Wülles, Seifert, Pürchenau,
Randoz u. Rosch, Winterfeld und Knauer sind ganz besonders eingeladen.
Erscheinen in der Versammlung ist Ehrensache eines jeden Mitglieds!
101/2 **Der Einberufer.**

**Das Grossartigste für
jedermann!!!**
Wenn nicht
gefällt,
Geld sofort
retour.
**Taschen-
Kaiser-Panorama.**
Grösste Neuheit! Gesetzlich geschützt!
Dieser kleine handliche Apparat, bequem in der Tasche mitzuführen,
gibt Bilder wieder, wie solche in den Panoramen gesehen. Die Bilder
führen in fremde Länder, in welche man nie kommt, man lernt Gegenden,
Städte, berühmte Personen kennen, welche in voller Plastik vor einem
stehen und erweitert so den Gesichtskreis und bildet den Geist.
Erregt überall die grösste Bewunderung!
Eine Fülle lehrreicher angenehmer Unterhaltung! mit 30 Etüde
hochinteressanten Bildern. Verpackung gegen Einzahlung von 1,00 Mark
(auch Briefmarken) frei ins Haus.

**Soweit Vorrat reicht:
Inventur-
Ausnahmepreis!
Reichgestickte
abge-
passte Portieren**

Die komplette Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehang)
in **Plüsch** 9⁹⁵ (Wert
16,00)
in **schwarzer Wollserge** 6²⁵ (Wert
10,50)
in **Victoriatuch** 8²⁵ (Wert
13,50)
Eine **Partie Woll-
portieren**, 3 Meter lang, mit
allerliebster Blumenkante per
Shawl 2 Mk. 4255L*

**Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre,**
Berlin Oranienstr. 158.
Nachauswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste } gratis
u. Katalog mit ca. 600 } und
Illustration. } franco.
Reine seit 1848 bestehende, gut
gehende **Schlosserei** ist wegen Todes-
alles sofort od. 1. April zu verpachten.
Herr **Neugebauer**, Kollberg (Berl.).

Wenn das zutrifft, wird da das Wenige und Buzige, was Privatwohlfahrt zu leisten vermag, einen nennenswerten Einfluss auf die Berliner Kindererziehbarkeit ausüben können?

Unterzeichnet ist der Aufsatz von einer bunt zusammengesetzten Gesellschaft, von Pastoren und Lehrern, von Ärzten und Rechtsanwälten, von Vertretern des Unterrichts. Auch ein paar freisinnige Stadtverordnete stehen mit darunter. Wo waren die Herren, als in der Stadtverordneten-Versammlung über das Kinder-Krankenhaus verhandelt wurde, und auf welcher Seite standen sie, als der eine Beschlussumgebung fordernde socialdemokratische Antrag niedergestimmt wurde?

Bezüglich der Eingemeindung der Hasenheide (Südseite) haben die Berliner Stadtverordneten bekanntlich beschlossen, nochmals mit den zuständigen Behörden in Verhandlung zu treten, wobei auch die Frage der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes an Berlin angehängt werden soll. Wie erinnerlich, hatte der Magistrat auf eine Anfrage des Ober-Präsidenten erklärt, die Stadt Berlin habe an der Eingemeindung des südlichen Teils der Hasenheide kein Interesse mehr. Daraufhin haben die Ortsherrschaften Tempelhof und Nixdorf einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem der „Gutbezirk Hasenheide“ an Nixdorf gegen Zahlung von 100 000 M. und Abtretung eines Terrains (der sogenannten „Kotenmarken“) fallen soll. Diesen Vertrag haben die zuständigen Behörden sanktioniert und es fehlt nur noch die formelle Genehmigung des Kreisaußenbüros bezw. Landtags. Die Ablosungssumme von 100 000 M. ist übrigens schon in den neuen Etat der Stadt Nixdorf als Ausgabe aufgenommen.

Die Benutzung der hiesigen Leichenhäuser zur Beisetzung von Verstorbenen bis zu deren Beerdigung kann im Interesse des Gesundheitszustandes der Einwohner, namentlich bei der hier vorhandenen großen Zahl beschränkter Wohnungen dringend empfohlen werden. Für die Benutzung der Leichenhäuser ist folgendes zu beachten:

Wird die Einstellung einer Leiche in ein Leichenhaus von den Hinterbliebenen beabsichtigt, so muß dem Küster derjenigen Parodie, auf deren Begräbnisplatz die Beerdigung stattfinden soll, unter Vorlegung des vom Arzte ausgefertigten polizeilichen Totenscheins hierdurch möglichst zeitig Anzeige gemacht werden. Besitzt diese Parodie kein Leichenhaus, so muß die Anzeige an den Küster derjenigen Parodie gemacht werden, auf deren Kirchhof ein Leichenhaus vorhanden ist, welches zur Einstellung der Leiche benutzt werden soll. Der Küster fertigt dann einen Schein an den Totengräber aus, nach welchem die Aufnahme in das Leichenhaus gestattet wird.

Der Transport der Leiche nach dem Leichenhause kann durch Leichenwagen, oder auf jede andere, den Hinterbliebenen passend erscheinende Weise bewirkt werden. Die Benutzung der Leichenhäuser zur Auffstellung der Leichen erfolgt teils (namentlich für Kermere fast überall) wettgeltlich, teils nach den für die verschiedenen Kirchen festgestellten und in den Amtszimmern der Küster und Totengräber zu jedermanns Einsicht ausgehängten Gebührentaxen.

In arge Ansehensverluste sind durch einen von der Staatsanwaltschaft benutzten Vertrauensbruch eine große Anzahl Personen geraten. Bei einer Lotteriefirma in Neubrandenburg wurde vor einem Vierteljahr ein Angestellter plötzlich entlassen; kurz vor seinem Abgange erhielt der Mann Kenntnis davon, daß die Firma an ihre hiesige Filiale das Verzeichnis derjenigen in Berlin wohnenden Personen abgeben hatte, an welche von ihr Lose verbolten Lotterien gesandt worden waren. Der Angestellte setzte die Staatsanwaltschaft von der Absendung dieses Verzeichnisses in Kenntnis und diese ließ die Postsendung bei der Ankunft beschlagnahmen. Jetzt läßt die Polizei an jede der im Verzeichnis aufgeführte Person eine Vorladung ergehen, und in einem Protokoll wird dann das Verbrechen des Spielens in einer auswärtigen Lotterie festzustellen versucht. Die Sache hat allerdings auch für die Behörde ein Ader, das von den Insulpaten in der ersten Verwirrung vielfach nicht beachtet wird. Es ist eine bekannte Sache, daß solche Lotteriefirmen, die nach preussischer Fiktion ausländische sind, auf gut Glück an unbekannte Personen Lotterielose senden, ohne daß diese Personen überhaupt Neigung haben, in einer auswärtigen Lotterie zu spielen. Der Umstand, daß man in der von der Staatsanwaltschaft konfiszierten Liste verzeichnet steht, bringt mithin noch durchaus nicht die Gewißheit, daß man in der verbotenen Lotterie auch wirklich gespielt habe.

Ein verkehrspolitischer Fastnachtsscherz auf Kosten der Stadt Berlin scheint sich die Große Berliner nach Ansicht des Stadtverordneten Preuß mit ihrem Einpruch gegen die Fortführung der Untergrundbahn machen zu wollen. In öffentlicher Versammlung warf vorgestern der gut unterrichtete Stadtverordnete Privatdozent Dr. Preuß die Frage auf: In wessen Gunsten der Berliner Magistrat die Feststellungsgelände gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in Sachen des Baues der Untergrundbahn Potsdamer Platz-Spittelmarkt, aus Anlaß des Einspruchs dieser Gesellschaft gegen den Bahnbau erhoben habe. Es würde ihn nicht überraschen, wenn nach der Beendigung der Feststellungsgelände oder auch später eine Fusion der Großen Berliner Straßenbahn mit der Hoch- und Untergrundbahn (Siemens u. Halske) stattfände und die Anlage gegenstandslos werde.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis hat im Anschluß an die Abteilung für jugendliche Arbeiter eine besondere Abteilung für Lehrlingsvermittlung eröffnet. Die Vermittlung findet statt im Central-Arbeitsnachweishaus, Gormannstr. 13, eine Treppe. Von den Arbeitgebern werden keine Gebühren erhoben. Die Lehrlinge haben 20 Pf. Einschreibegeld zu entrichten. Die Eltern der aus der Schule zur Entlassung gelangenden Söhne, ebenso die Meister, welche Lehrlinge benötigen, werden hiermit auf diese Einrichtung hingewiesen.

Dem Berliner Krankenhaus-Erdb. Zum zweitenmal überfällt ist in dem laufenden Winter die Entbindungsanstalt der Charité. Aufnahmen können daher nicht bloß gegenwärtig nicht, sondern wegen der vielen Vorkerkungen dorthin überhaupt nicht stattfinden.

Reichsgläubiger Gehlens Prozeß, der für gestern 9^{1/2} Uhr vor der II. Strafkammer am Landgericht II zur Verhandlung anstand, wurde, wie schon erwähnt, vom Gericht aufgehoben und zwar auf Grund § 191 des Strafgesetzbuchs, der besagt, daß mit dem Verfahren wegen Verleumdung so lange einzubehalten sei, bis wegen der strafbaren Handlung, welche die Unterlage zur tatsächlichen Verleumdung bildet, ein rechtskräftiger Bescheid über die Einstellung des Strafverfahrens oder eine rechtskräftige Verurteilung des angeblich Verleumdeten vorliegt. Gegen den beleidigten Weinbändler Felle schwacht nun seit 18 Monaten noch ein Meinungsverfahren und bis dies abgeschlossen, müßte die Aussetzung des Verfahrens gegen Gehlen erfolgen. Die Zeugen wurden telegraphisch abbestellt, einige der Zeugen hatte jedoch die betreffende Nachricht nicht mehr erreicht und es fanden sich dem zwei am Mittwoch früh aus Köln hier ein, die natürlich die weite Reise vergeblich haben machen müssen.

Die Schultheiß Brunner's Aktien-Gesellschaft wird vom 1. März ds. J. ab ihr Centralbureau von dem Hause Bohnstraße 26, das zunächst der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn zum Opfer fällt und bereits in allerhöchster Zeit abgerissen wird, nach dem von ihr käuflich erworbenen Grundstück Koonstraße 6, Ecke Königsplatz verlegen. Eine in verschiedene Zeitungen übergegangene Notiz, daß die Centralverwaltung der genannten Brunner's nach der Alsenstraße übersiedle und ein diesbezüglicher Gebäude-Austausch mit der Firma A. Wertheim stattgefunden habe, ist unrichtig.

Mag- und Gewichtserweisungen. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der von den Herren Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe erlassenen Bestimmungen über die Ausführungen der periodisch zu wiederholenden polizeilichen Mag- und Gewichtserweisungen bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die unter Zuziehung eines Eichmeisters stattfindenden technischen Revisionen am hiesigen Orte im laufenden Jahre mit dem 11. April beginnen. Zur Vermeidung von Bestrafungen aus § 10 der Mag- und Gewichtordnung und § 200 R. 2 des Strafgesetzbuchs werden die Gewerbetreibenden hierdurch aufgefordert, ihre Waage etc. soweit deren fortdauernde Richtigkeit zweifelhaft erscheint, zuvor eichamtlich prüfen zu lassen.

Ein Schwindeltrifolium. In dem Restaurant von Schimmel-steinig in der Rosenstraße erschienen gestern drei fremde Gäste und bestellten sich drei Glas Bier, die sie sofort austranken. Beim Bezahlen legte der eine 80 Pfennig auf den Tischtisch, während der andere drei Cigarren forderte und sich zu diesem Zweck ein Zehnmarkstück wechselte. Dabei bewidete der Dritte die Wirtin, die im Gespräch allein war, in ein Gespräch. Diese Gelegenheit benutzte der zweite Gast, das gewechselte Geld und das Zehnmarkstück einzuflecken, worauf alle drei sofort das Lokal verließen. Als kurze Zeit darauf die Wirtin diesen Betrag merkte, eilte sie den Schwindlern nach und traf sie in dem in der Spandauerstraße belegenen Lokal von Blank. Hier hatten sie aber eben auch schon daselbe Manöver ausgeführt. Wohl oder übel mußten die Schwindler das Geld zurückgeben, die sich nunmehr schleunigst entfernten und im Straßengebüsch leider ungehindert entkamen.

Die Verhaftung eines verliebten Greises bildet im hohen Norden Berlins das Tagesgespräch. Der 82 Jahre alte frühere Eisenbahnbeamte Fritz H. hatte in einer Maschinenfabrik in der Dudenardstraße eine Pförtnerin inne. Seine Wude, zu der ein kleiner Garten gehört, liegt an einem unbebauten Gelände. Hier versammelte der Alte, der acht Kinder und vierzehn Enkelkinder besitzt, kleine Mädchen im Alter von elf bis dreizehn Jahren um sich und erzeute sie mit den Erzeugnissen seines Gartens: Blumen, Kürbissen usw. Die Mädchen, die zum Teil körperlich stark entwickelt sind, saßen Zutrauen zu dem Alten und besuchten ihn in seiner Wude. Dabei kam es zu geschlechtlich unerlaubten Handlungen, die sich derart häuften, daß die Mädchen darüber mit einander sprachen. Eine Frau hörte das und verständigte einen Schutzmann. Bei den Vernehmungen der Kinder wurden zahlreiche Fälle festgestellt, bei denen neun Mädchen aus der Hemmingsdorferstraße beteiligt sind. Die letzteren haben die Vorgänge sehr frei auf der Wache dargelegt. Auf Grund der Aussagen wurde H. aus der Pförtnerwude heraus verhaftet.

Wegen Bettelerei sind in Berlin im Jahre 1903 21 576 Personen von der Polizei aufgegriffen worden. Nachdem die Zahl der aufgegriffenen Bettler von 1899 bis 1902 von 16 556 auf 23 582 gestiegen war, ist jetzt zum erstenmal wieder ein Rückgang eingetreten. Im übrigen bietet aber die Bettelstatistik des Jahres 1903 ein ganz ähnliches Bild wie die der vorhergehenden Jahre. Wieder zeigt sich die Erscheinung, daß die monatliche Zahl der wegen Bettelerei aufgegriffenen Personen bis in den Hochsommer bezw. Herbst hinein abnimmt und darauf gegen den Winter hin von neuem steigt, diesmal mit 2748 im Januar bis 1293 im September und dann bis auf 1943 im Dezember. Wieder sind unter den Aufgegriffenen die Männer mit einem ganz außerordentlich hohen Anteil vertreten, diesmal mit 20 106, während nur 1180 Frauen und außerdem 290 Kinder aufgegriffen wurden. In Haft behalten werden gewöhnlich nur etwa die Hälfte der auf den Polizeiwachen eingelieferten Bettler. Im letzten Jahre wurden 10 904 Personen in Haft gehalten, 6020 wurden angezeigt, aber auf freiem Fuß gelassen, 4082 wurden nur verwahrt und dann entlassen.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 54-jährige Zimmermann Friedrich Zimmer aus der Heidenfeldstraße 7, der seit 10 Jahren auf dem Centralviehhof arbeitete und, wie berichtet wurde, zusammen mit dem 41-jährigen Zimmermann Albert Werner in der Kinderhalle von einem zusammengebrochenen Gerüst abstürzte. Das Gerüst hatten beide selbst für Fensterrahmen angebracht. Zimmer wurde mit zahlreichen Verletzungen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er starb. Werner, der auch schwer verletzt wurde, lebt noch. Die Leiche Zimmers wurde beschlagnahmt zur Erörterung der Schuldfrage.

Eines Raubes gerührt hat sich in Magdeburg ein Mann, der in einem dortigen Wirtshaus einem andern mitteilte, daß er in Berlin in Gemeinschaft mit einem Komplizen einen frechen räuberischen Überfall mit Erfolg durchgeführt habe. Der Dergang soll sich in folgender Weise abgepielt haben. Durch ein Fenster des Cafés Bauer bemerkten die beiden Räuber, daß ein im Innern sitzender Herr über einen größeren Geldbetrag verfügte. Als dieser später den Weg nach Hause antrat, folgten sie ihm, machten ihn durch einen Schlag auf den Kopf wehrlos, während er die Handtasche aufschloß, raubten ihm 304 M. und die Uhr und entliefen damit. Die Magdeburger Polizei hat den Mann eingesperrt und sich mit einer Anfrage an die Berliner Kriminalpolizei gewandt. Hier sind aber keine Vorgänge bekannt. Nun soll festgestellt werden, ob es sich um einen wirklichen Vorgang oder um bloße Räubergerüchte handelt. Daher ist von Erheblichkeit, daß der etwa überfallene sich meldet oder daß andere Personen den Thatbestand mitteilen.

Theater. Im Thalia-Theater tritt heute Miss Duncan nochmals in ihren Griechentänzen auf; von morgen Freitag ab geht wieder „Der Hochtourist“ mit Guido Thielscher in Scene. — „Götterweiber“ die neue erfolgreiche Aufführungsschöpfung des Belle-Alliance-Theaters, bleibt jeden Abend außer heute Donnerstag tag am Repertoire. Heute Donnerstag wird „Der Hochtourist“ mit Guido Thielscher in der Titelrolle gegeben. — Casino-Theater: „Wie einst im Mai“ wird nur noch bis Montag inklusive gegeben, da am Dienstag die Premiere der Operette „Die Ginkgoes“ stattfindet. — Carl Weiß-Theater. In der am Samstag, 13. Februar, in Scene gehenden Wohlthätigkeits-Vorstellung für den schwer erkrankten Sänger und Schauspieler Theodor Weg: „Der Bettelstudent von Berlin“, sind die ersten Kräfte des Carl Weiß-Theaters beschäftigt. Den Klapphorn spielt Alex. Tyrtoiwski, die Meta: Etsriede Prinz, die Titelrolle Willy Bradmann, außerdem wirken in Hauptpartien die Damen Paul, Dejmanna, Busch, Schiller usw., ferner die Herren Gabriel, Heinrich, Stauber, Döblin, Scheibach, Rosen, Schneider mit. Insceniert wird das Stück von Ernst Ritterfeldt; Kapellmeister Widler dirigiert. — In der am Sonntag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Beethoven-Saal stattfindenden 267. Versammlung des Vereins für Volksunterhaltungen werden mitwirken: Herr Professor Alexander Straßschuß aus Wien (Recitation) und das Gesangs-Ensemble von acht Damen der königlichen Oper.

Einem Fritz Reuter-Abend veranstaltet die Neue freie Volkshöhne am Sonntag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, im Theaterfaale der königlichen Hochschule für Musik (Jahresfest 1). Das Programm wird ausschließlich von Herrn August Junkermann, dem bekannten vortrefflichen Reuter-Interpreten besprochen. Eintrittskarten für Mitglieder (a 40 Pf.) sind bei H. Reft, Veteranenstr. 6; Gastkarten (a 75 Pf.) bei der Amelangschen Buchhandlung, Potsdamerstraße 126, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Bris. Die Mitgliederversammlung findet Freitagabend 8^{1/2} Uhr bei G. Weniger, Werderstr. 27 statt. Vortrag des Genossen Böke über unser Programm. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten.

Aus dem Berichte der Schulärzte in Schöneberg heben wir im Anschluß an unsere gestrigen Mitteilungen noch folgendes hervor: Der schädliche Einfluß der miserablen Wohnungsverhältnisse der Eltern, die Sorge um das tägliche Brot und die hohe Stoffzahl des Hausstandes zeigte sich besonders bei der Untersuchung der 25 Schülerinnen der Hilfsklasse. Wenn auch die Gesundheitsverhältnisse der Kinder im allgemeinen sich gegen früher gebessert haben, so geben die Berichte immer noch zu Anstellungen, die sich besonders auf die Schulkinder beziehen, Anlaß. Klage geführt wird auch über die lästige Staubentwicklung und das Fehlen von Fräuleinbadanlagen in den älteren Schulgebäuden, z. B. der 2. und 3. Gemeindegemeinde in der Kolonnenstraße. Eine Abhilfe in dieser Beziehung ist daher dringend nötig. Ebenso wird bemängelt die unzureichende Reinigung der Klosetts und der besonders stark frequentierten Turnhallen. Der Bericht über die 9. und 10. Gemeindegemeinde in der Feuerstraße rügt auch die schlechte Lage der Massenzimmer, die entgegen der fast einstimmigen Forde-

rung der Vertreter der Schulklassen eine rein nördliche Lage erhalten haben und dadurch der erwärmenden Sonne entbehren. Ebensonstig Gewicht würde auf die Herstellung der Bänke für größere und kleinere Kinder gelegt. Auch über das Uebel der fliegenden Klassen wird geklagt.

Die Spandauer Stadtförst in Gefahr. Die Spandauer Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sich in ihrer heutigen Sitzung u. a. auch mit dem Kaufgeschäft eines Finanzkontrahenten, welches 2000 Morgen der Stadtförst, und zwar den an die Oberhavel angrenzenden romantischen Teil, für einen Preis von 4000 M. pro Morgen erwerben will, um daraus eine Villenkolonie anzulegen. Damit würde die Umgebung Berlins um ein weiteres Stück Waldesgrün ärmer. Auf den Verkauf der heutigen Debatte kann man gespannt sein, da unsere Genossen dem Verkaufsprojekt entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Aber auch der Hauptetat, der heute in erster Lesung zur Beratung gelangt, zieht das Interesse der Bürgererschaft auf sich. Der Magistrat schlägt vor, es im nächsten Jahre bei den bisherigen Steuerätzen zu belassen, d. i. 200 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer und 3,6 pro Mille an Grundwertsteuer.

Gerichts-Zeitung.

Bruder Lieberlich. Ein Opfer des Spiels und der Bettelerei stand gestern in der Person des jetzt 21-jährigen Buchhalters Kurt Grohe vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Er war beschuldigt und gefänglich, der Bankfirma v. d. Hecht u. Co. einen Betrag von etwa 50 000 M. unterschlagen zu haben. Der Angeklagte ist der Sohn eines königlichen Kammerlakens. Er hat das Dorotheenstädtische Realgymnasium bis zur Unterprima besucht und ist dann als Lehrling bei der Firma v. d. Hecht u. Co. eingetreten. Er war so tüchtig, daß er schon nach 2^{1/2} Jahren übernommen wurde. Er wurde der sogenannten Montan-Abteilung überwiesen. Schon frühzeitig war er auf eine schiefe Bahn gekommen, indem er spielte und Betten auf Rennplätzen abschloß. Er beschränkte sich dabei nicht nur auf Berlin, sondern beteiligte sich auch an Wetten in Nizza, Caen, Paris, wobei er wiederholt Geld zuteilte. Es kam schon im Jahre 1902 ein Augenblick, wo ihm an seiner Geschäftslage Geld fehlte. Damals vermochte er den Fehlbetrag aber noch durch Aufnahme eines Darlehens von einem Freunde und durch ein Geldopfer seines Vaters zu decken. Der Vater nahm ihn insofern in seine Obhut und es gelang ihm auch, den Angeklagten das ganze Frühjahr 1903 hindurch zu einem sehr soliden Lebenswandel anzuhalten. Da mußte der Vater im Gefolge der Kaiserin nach Cadix übersiedeln und dies war für den Sohn ein großes Unglück, denn die Mutter war nicht stark genug, um den Vater in der strengen Jucht zu erlösen. Nun verfiel der Angeklagte wieder dem Wetten und dem Spiel. Er besuchte die Rennen in Berlin, Leipzig, Dresden, Strausberg, Magdeburg, Hamburg und hatte ein so außergewöhnliches Glück, daß er in kurzer Zeit eine Summe von 25 000 M. in seinem Vermögen hatte. Als er über so viel Geld verfügte, stieg ihm dies in den Kopf und er ergab sich einem liebesüchtigen Lebenswandel. Er bekam noble Raiffonen, schaffte sich vornehme Garderobe an, mietete eine eigene Wohnung in der Vossstraße, die der Hauptkammer nach dem Hazardspiel diente, besuchte mit Fremden, die er freizuhalten pflegte, seine Restaurants, Cafés und Vergnügungsorte, schaffte sich eine Buffetdame des Metropol-Theaters als „Frau“ an, der er bei jedemmaligen Besuch des Theaters 20 M. Trinkgeld gab und Ringe und Schmuckstücke schenkte, und brachte viele Nächte am Spieltische zu. Aber auch hier hieß es: wie gewonnen, so zerronnen. Er hatte im Hazardieren Unglück, gute Freunde nahmen ihm loslose Summen ab und er geriet bald in arge Verpfändungen. In seinem Unglück mußte er eine Zeitlang den Vorsteher der Montan-Abteilung vertreten und damit kam das Depot der Wertpapiere unter seine Obhut. Aus diesem verkaufte er wiederholt einige Posten, deren Ertrag er zur Deckung seiner Verpfändungen verwendete. Er hoffte, daß er das Geld wieder erlösen könnte, wenn ihm das Glück auch nur einigermaßen wieder hold werden würde. Er stürzte sich also wieder kopflos in das Hazardieren und Rennwetten, verlor aber immer mehr Geld und griff dann immer weiter das Depot der Wertpapiere an. Seine geschäftliche Tüchtigkeit litt natürlich unter diesem Leben, er wurde unphilosophisch in Dienst und als er am 20. Oktober d. J. gar nicht erschien und sich telephonisch mit angeblicher Krankheit entschuldigte, wurde ihm gefänglich. An demselben Nachmittag traf ihn aber ein Lehrling der Bank im Kaiser-Café und teilte ihm die erfolgte Kündigungsmitteilung mit. Rummel sah der Angeklagte, daß es zur Katastrophe kommen mußte und er flüchtete noch an demselben Tage unter Mitnahme einer Portunne von 500 M. nach London. Dort hielt er sich aber nur zwei Tage auf, ging von da nach Paris und wurde dort am 20. Oktober festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Der der Firma entstandene wirkliche Schaden beträgt 35 000 M. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den im wesentlichen gesündlichen Angeklagten, der bis dahin unbescholten war und offenbar in falsche Gesellschaft geraten ist, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt jedoch diese Strafe für zu milde und verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis.

Der ungalante Apotheker. Eine kleine Scene aus Berlin bei Nacht hatte gestern ein Nachspiel vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Ehe Jacelisch und Gertrud Bullott, ihres Reichens Verkäuferinnen, hatten am 24. Juni das Apollo-Theater besucht und sich nach beendeteter Vorstellung in gehobener Stimmung auf den Heimweg gemacht. In der Friedrichstraße ging vor ihnen ein Apothekergehilfe, dessen hellgrauer Ueberzieher ihnen Spaß machte. Der Apotheker hörte hinter sich wiederholt das Wort „Väter-Geselle“ fallen und lächelte pöhlisch, daß er von dem einen Mädchen in den Arm geriffen wurde. Es kam darüber zu lebhaften Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß in dem sich entwickelnden Handgemenge der Apotheker von der ersten Angeklagten einen Schlag mit dem Schirm erhielt und aus einer kleinen Gesichtswunde blutete. Nun war seine Geduld zu Ende. Er bestand darauf, daß ihm die Mädchen zur Polizeiwache folgten und buzierte sie schließlich zu diesem Zweck gewaltsam in eine Droschke hinein. Noch ehe diese aber abfahren konnte, waren die beiden Mädchen schon wieder draußen, sprangen in eine gerade vorbeifahrende Droschke und riefen dem Kutscher zu: „Fahren Sie los!“ Und der Kutscher fuhr los, d. h. er hieb auf sein Pferd ein und stürmte die Friedrichstraße entlang. Der Apotheker jagte in seiner Droschke hinterher, ohne ihn einholen zu können. Die Verfolgung wurde alsdann durch einen Schuttmann, der eine Automobil-Droschke bestieg, aufgenommen; aber auch dieses Schicksal hätte vielleicht keinen Erfolg gehabt, wenn nicht der stürmische Koffelkutscher in der Taubenstraße durch einen Straßenbahnwagen gestört und zum langsameren Fahren gezwungen worden wäre. Er wurde als der Kutscher Reichelt festgestellt und in Gemeinschaft mit den beiden wegen Körperverletzung angeklagten Mädchen der Vergünstigung beschuldigt. Das Schöffengericht verurteilte die Mädchen zu zwei Wochen bzw. einer Woche, den Kutscher zu fünf Tagen Gefängnis. Sie legten Berufung ein und erzielten in der erneuten Verhandlung ein wesentlich milderer Strafmaß. Hel. Gertrud konnte ein Schlägen mit dem Schirm nicht nachgewiesen werden, sie wurde deshalb freigesprochen. Hel. Ehe, die bei dem Handgemenge auch unanft berührt worden war, kam mit 30 M. Geldstrafe davon. Bei dem Kutscher wurde eine „Vergünstigung“ nicht angenommen, er wurde aber wegen „zu schnelleren Fahrens“ zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Eigentümliche Wandlungen hat eine Anklage erfahren, welche sich gegen den zwanzigjährigen Kutscher Franz Lieske richtete, der gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Voruntersuchung war wegen wiederholten Raubes eröffnet und zwar auf Grund folgenden Thatbestandes: In der Nacht zum 28. November v. J. redete der Angeklagte in der Neanderstraße eine Prostituierte an und begleitete sie eine Strecke lang. Plötzlich zog

er sie in eine Thürsche hinein, packte das Mädchen mit einer Hand an die Gurgel und fuhr gleichzeitig mit der anderen in ihre Manteltasche, um wie angenommen werden mußte, das darin befindliche Portemonnaie sich anzueignen. Die Angegriffene schlug resolut mit dem Hausschlüssel, den sie gerade in der Hand hielt, auf den Angellagten ein, der es nun vorzog, von ihr abzulassen und die Flucht zu ergreifen. Derselbe Auftritt wiederholte sich bald darauf in der Schmidstraße mit einem andern Mädchen. Der Zufall fügte es, daß die vorher Angegriffene des Weges kam und Zeugin des neuen Vorfalls wurde. Die beiden Mädchen schlugen Lärm und veranlaßten die Verhaftung des Angellagten. Im Laufe der Voruntersuchung stellte sich heraus, daß der Angellagte seine Opfer sofort wieder losgelassen hatte; es wurde deshalb nicht für erwiesen erachtet, daß er die zum Thatbestand des Raubes erforderliche Gewalt angewendet hatte, und die Anklage beschränkte sich von jetzt ab auf verübten Diebstahl und thätliche Beleidigung. Im gestrigen Termin vertrat der Staatsanwalt auf Grund der stattgehabten Weisaufnahme wiederum den Standpunkt, daß doch verübter Raub vorliege, er beantragte deshalb Leberweisung der Sache an das Schwurgericht. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, widersprach diesem Antrage und suchte nachzuweisen, daß nicht einmal verübter Diebstahl, sondern nur thätliche Beleidigung vorliege, es sei anzunehmen, daß der Angellagte aus ganz anderen Gründen gegen die Mädchen handgreiflich geworden sei. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angellagten nur wegen thätlicher Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten, welche durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Irrende Geschworene. In Stendal (Regierungsbezirk Magdeburg) wurde am 1. Oktober vorigen Jahres der Handelsmann Stampel wegen Diebstahls zum Straferwerb vom Schwurgericht zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, während der als Hauptübelthäter in Betracht kommende Arbeiter Franz Grubba für seine viel größeren Verbrechen mit 1 1/2 Jahren Gefängnis davon kam. Die Geschworenen hatten nämlich irrtümlich bei der Beantwortung der Schuldfragen die Frage nach mildernden Umständen bei Stampel verneint, bei Grubba dagegen bejaht. Dem Gesetze gemäß mußten nunmehr die Richter den Stampel zu Zuchthaus, den Grubba dagegen zu Gefängnis verurteilen. Da sich der Irrtum sofort herausstellte, wurde für St. ein Gnadengesuch eingereicht, das erst jetzt, wie uns aus Stendal geschrieben wird, nach über vier Monaten den Erfolg hatte, daß die 1 1/2 Jahre Zuchthaus in eine ebenso lange Gefängnisstrafe umgewandelt wurden.

Verfammlungen.

Die Musikinstrumentenarbeiter (Branche des Deutschen Holz- und Metallarbeiterverbandes) nahmen in ihrer letzten Branchenversammlung den Bericht des Branchenvertreter Siefeld entgegen. Im verfloffenen Jahre haben 18 geschäftliche Sitzungen, 12 Vertrauensmänner-Versammlungen und 6 Branchenversammlungen stattgefunden. Außerdem waren von der Kommission zu 268 Vertretungen 354 Vertretungen geladen. Erschienen waren 319 Vertretungen, in denen 14266 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Organisiert waren hiervon 4441 im Verband, 2556 in anderen Organisationen. Von den Beschäftigten waren erkrankt 6563, hiervon waren insgesamt 5939 organisiert. — Zu größeren Differenzen kam es in 34 Fällen, die sich zum größeren Teil auf das am 12. Oktober beschlossene Vorgehen beziehen. In einer Anzahl von Fällen, namentlich in der ersten Hälfte des verfloffenen Jahres, handelte es sich um Abwehr verübter Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wobei es in zwei Fällen (Fabriken von Kuhl und Blasendorf) zu mehrwöchentlichen Streiks kam. Der erste Streik für die Arbeiter erfolgte, in letzterem erzielten sie einen Teilerfolg. In einer Reihe anderer Differenzen, teils in der Abwehr, teils im Angriff, kam es zu Arbeitsniederlegungen, die von einem Tag bis zu einer Woche dauerten und größtenteils zu Gunsten der Arbeiter verliefen. — Wegen der Meißner kam es neben einigen Ausperrungen von einem Tag zu einem längeren Streik in der „Eroica“, welcher zu Ungunsten der Beteiligten verlief. Um die Entlassung eines der Arbeiter fortgesetzt schädigenden Bestrafungen durchzusetzen, legten die Kollegen der Firma Kieber u. Co. die Arbeit nieder. Von 57 beteiligten Kollegen fand sich kein Arbeitswilliger; doch ging der Streik nach 6 Wochen verloren, da sich genügend Arbeitswillige gefunden hatten. In den an den Differenzen beteiligten Betrieben waren 1691 Personen beschäftigt. Hierunter gehörten 614 dem Holzarbeiter-Verband, 306 anderen Organisationen an. — Nach den Ermittlungen der Kommission stellen sich die Organisationsverhältnisse wie folgt: Holzarbeiter-Verband 1238, Fachverein der Musikinstrumenten- Arbeiter 607, Hirsch-Lundersche Gewerkschaft 197, diverse 175. In drei von der Kommission arrangierten öffentlichen Versammlungen wurde über Beginn und Verlauf einer partiellen Lohnbewegung verhandelt. — An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion, in der besonders darauf hingewiesen wurde, den Wunsch der Kommission, im beginnenden Jahre Vertrauensmänner- und Branchenversammlungen noch besser wie im verfloffenen Jahre zu besuchen, nach allen Kräften zu fördern. In die Branchenkommission wurden 24 Kollegen gewählt. Die neu gewählte Kommission konstituiert sich wie folgt: A. Siefeld, Branchenvertreter, W. Greiling, Obmann für den Süd-Osten, F. Leopold, Obmann für den Osten.

Der Verband der Wäsche- und Krawattenbranche hielt am 26. Januar 1904 in den Lunafällen seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Keller gab den Bericht des Vorstandes. Im allgemeinen bezieht er sich auf den Bericht im „Wäscheboten“. Weiter erörterte er die Anschläge in Bielefeld und Leipzig, wo schon 105 bzw. 40 Mitglieder zu verzeichnen sind sowie die Sorarbeiten in Bremen und in verschiedenen Teilen Sachsens, von wo der Vorstand bald in die Lage versetzt sein wird, gute Resultate mitteilen zu können. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß der Verband der Generalkommission angeschlossen sei und folge seinen Bericht mit dem Erfolge, daß den Mitgliedern in diesem Jahre das gute Bedenken des Verbandes etwas angenehmer sein möchte. Nach dem Bericht des Kassierers hatte der Verband im letzten Quartal eine Einnahme von 1780,73 M. und eine Ausgabe von 1455,18 M., mithin betrug der Ueberschuß 325,55 M. Die Gesamteinnahme des Jahres betrug 5289,85 M., die Gesamtausgabe 4904,10 M., so daß ein Ueberschuß von 325,55 M. verbleibt. Das Vermögen des Verbandes beträgt 5296,54 M. Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Stellungnahme zum Heimarbeiterkongress, erhielt dann Frau Herz das Wort. Sie führte aus, daß es unumgänglich nötig ist, an dem in Gewerkschaftshäusern stattfindenden Heimarbeiterkongress teilzunehmen und begründete dies ausführlich. Auch Herz empfahl die Teilnahme. Als Delegierte wurden Frau Dr. Hofmann und die Kollegen Keller und Bassewaldt gewählt. Sodann berichtete Herz über den Arbeitsnachweis der Zuschnneider, welcher gut funktioniert. Anders steht es jedoch mit dem paritätischen Arbeitsnachweis der Klebbranche, welchem Frau Hofmann vorsteht. Hier fehlt das Interesse noch auf beiden Seiten, bei den Arbeitnehmern sowohl wie bei den Arbeitgebern.

Hieran anschließend folgte der Bericht des Medailleurs. Es wurde zwar sowohl an Inhalt des Blattes wie an seiner Größe getadelt, jedoch dem Medailleur P. A. S. I. zugegeben, daß man nicht mehr verlangen kann, wenn der Redakteur tagüber seiner Beschäftigung nachgehen muß.

Die Kreisversammlung von Teltow-Bredlow-Storkow-Charlottenburg fand am Montagabend im Charlottenburger Volkshaus bei möglichem Besuch statt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg den Bericht der Vertrauensleute: Das Jahr war für die Entwicklung der Partei im Kreise günstig. Die Mitgliederzahl hat sich stark gehoben. Der Kassenbestand war trotz der großen Aufwendungen für die Wahlen ein günstiger. Es wurden etwa 4000 M. an andere Kreise abgeliefert. In den Parteivorstand gewählt wurden bis jetzt 100 M. monatlich,

zuletzt wurde beschlossen, 2000 M. abzuliefern. Die Crimmischauser Angehörigen wurden ebenfalls erwählt. Im Kreise bestehen 34 Wahlvereine. In der Reichstagswahl wurde der Kreis zum erstenmal schon bei der Hauptwahl erobert. Die Landtagswahl hat gezeigt, daß mit enger Arbeit in der Zukunft auch Erfolge erzielt werden können. Mit der weiter fortschreitenden Industrialisierung des Kreises wird auch die Zahl der im Kreise wohnhaften Sozialdemokraten wachsen. Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde ein Protest an den Landtag abgedreht. Die Einberufung der Wahlmänner nach Rixdorf — statt Köpenick — war ungegünstig. Man würde ja sehen, wie die freisinnigen Abgeordneten sich zu dieser Frage stellen werden. Die Vertrauensperson der Genossinnen, Frau Thiel-Tempelhof berichtet für die Zeit von Oktober 1902 bis Dezember 1903. Die Frauenbewegung hat in 12 Orten des Kreises Fuß gefaßt, in denen Vertrauenspersonen wirken. Nach Ausschreibung der Reichstagswahl wurde ein Wahlverein für die sozialdemokratischen Frauen gegründet. Gleich die erste Versammlung des Vereins wurde von dem Amtsvorsteher verboten. Der Amtsvorsteher behielt sich außerdem die Entlassung des Vereins vor. Der Landrat gab auf die erhobene Beschwerde hin einen ähnlichen Bescheid. Am 29. Juli — also schon nach der Wahl und nach der Auflösung des Vereins erwidert der Regierungspräsident auf eine weitere Beschwerde, daß Frauen, Lehrlinge, Kündlinge usw. kein Wahlrecht hätten und daß deshalb der Verein unzulässig sei. Die Genossin Thiel wandte sich nun an das Ober-Verwaltungsgericht und da steht für den 12. dieses Monats der Termin an. Trotz aller Schwierigkeiten haben aber die Frauen tüchtig an der Wahlbewegung mitgearbeitet. Sie sind u. a. bei fast allen Agitationstouren auf's Land hinausgegangen, um auch dort die Frauen aufzuklären. In den größeren Orten stellten sich an dem Wahltag mehr Frauen zur Verfügung, als gefordert wurden. Die Vertrauensperson hat 12 Agitationsversammlungen abgehalten, außerdem wurden mehrere Versammlungen von Ortsvertrauenspersonen veranstaltet. Es wurden 20000 Flugblätter gegen den Wuchertarif unter den Frauen verbreitet, außerdem mehrere Agitationsbroschüren. Der Frauen-Wahlverein hat 450 Mitglieder gehabt. Die Frauen haben sich auch an den Versammlungen beteiligt und Gelder an den Vertrauensmann abgeliefert. (Verfall.) Als Vertrauensleute werden die Genossinnen Hirsch-Charlottenburg und Böcke-Rixdorf einstimmig gewählt, ebenso die Genossin Thiel-Tempelhof für die sozialdemokratischen Frauen.

Nach vollzogener Wahl referierte der Reichstags-Abgeordnete Genosse S. D. Dresden unter dem lebhaften Beifall der Versammlung über „Die Hauptfragen im politischen Kampfe“.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Dr. Vorwardt über die Ersatzwahlen der Stadtverordneten im dritten und siebenten Charlottenburger Bezirke. In den beiden in Frage kommenden Bezirken müssen Hausbesitzer gewählt werden. Hausbesitzer-Kandidaten konnten für die beiden Bezirke bisher nicht angetrieben werden und so mußte man die Kandidaturen auch diesmal zwei sozialdemokratischen Hausbesitzern übertragen, die schon ein Mandat inne haben. Unter den etwa 3300 Hausbesitzern sind im besten Falle 1482 wählbar. So entfällt auf je 41 Grundbesitzer ein Stadtverordnetenmandat. Der Redner schildert die ungünstigen Folgen der Privilegienswirtschaft auf die kommunale Entwicklung und schließt mit der Aufforderung, bei der Ersatzwahl für die Wahl der Parteikandidaten zu sorgen. Genosse Paale schloß sich diesen Ausführungen an.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (A. S. D. Hamburg). Filiale Rummelsburg, Sonnabend, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von G. Tempel: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Unre General-Versammlung eventuell Beratung der Statuten. 2. Aufstellung der Kandidaten.

Vermischtes.

Ein Skandalprozess in Dresden. Vor dem Dresdener Oberlandesgericht wird sich demnächst ein Seitenstück zum Kwidledts-Prögel abspielen. Wie dort, so werden auch hier einem Kinde von Verwandten sein ererbter großer Name und der damit verbundene Majoratsbesitz freitragend gemacht. Bei den Kwidledts sollte das Kind untergeordnet worden sein, in dem prinzipal Schönburg-Waldenburgischen Falle bestreiten die Kläger, in erster Linie der Vater des Prinzen, die Abstammung des Kindes von dem jungen Schönburg-Waldenburg. Anfangs hatte die Frau den Richter der Prinzessin in die Affaire gezogen, es handelt sich aber um einen „Kavalier“. Wie die „Sachsenstimme“ erzählt, besaßen sich unter den beschlagnahnten Briefen der früheren Kronprinzessin von Sachsen auch solche mit allzu offenen Herzensergüssen der ihr befreundeten Prinzessin von Waldenburg, omnia fünde, die rasch zur Katastrophe führten.

Europäische und afrikanische Räuber. Ein Vorkommnis, das an amerikanische Räubereien erinnert, hat sich im Eisenbahnwagen Brüssel-Paris ereignet. Aus Brüssel wird telegraphiert: Sechs gutgekleidete Individuen, die gestern abend mit dem nach Paris bestimmten Zuge um 7 Uhr 23 Minuten von Brüssel abgefahren waren, drangen auf der Strecke zwischen Tubize und Braine-le-Comte mit dem Revolver in der Faust in das Abteil, in dem sich die Wertpapiere befanden, feilschten den wachhabenden Beamten und raubten alle Wertpapiere. Die Räuber sprangen dann während der Fahrt aus dem Zuge. Heute früh wurde ein Mann schwer verletzt auf dem Geleise liegend aufgefunden, der sich weigerte, irgend welche Auskunft zu geben. — Von einem zweiten räuberischen Ueberfall wird aus Oran berichtet: Eine 200 Mann starke Räuberbande hatte in Beni-Uris Kamele gestohlen. Ungefähr 50 Franzosen machten sich zu ihrer Verfolgung auf; gleich beim ersten Zusammenstoß wurden 40 Mann der Räuberbande getötet, die Bande sammelte sich aber wieder, und es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem acht Franzosen fielen und neun verwundet wurden. Die Franzosen behielten trotzdem die Oberhand und nahmen den Räubern die Kamele wieder ab.

Eisenbahnzusammenstoß. Aus Toronto, 9. Februar, wird gemeldet: Zwei Passagierzüge der Canadian Pacific-Bahn stießen heute morgen in der Nähe von Kenora zusammen. Es heißt, daß neun Personen getötet und viele verletzt sind.

Ueber die Feuersbrunst in Baltimore liegt den „Berl. Neuesten Nachrichten“ noch folgende zusammenfassende Darstellung vor: Baltimore, die Metropole von Maryland, die schönste Stadt der amerikanischen Republik und die viergrößte Seehafen der Vereinigten Staaten, ist einem furchtbaren Brande zum Opfer gefallen. Am Sonntagmorgen brach die Feuersbrunst aus, die einen Schaden von 40 Millionen Pfund Sterling angerichtet haben soll. Um 11 Uhr morgens wurden Rauchgänger durch eine heftige Explosion erschreckt. Dem ersten Knall folgten bald weitere Detonationen, und erkannte Rauchschwaden saßen zum Himmel, ob dort eine merkwürdige Naturerscheinung eingetreten sei. Das Einführen von Mauern und das Aufsteigen gewaltiger Flammen aus einem chemischen Warenlager ließen jedoch bald erkennen, um was es sich handelte. Die Flammen griffen, von einem starken Winde gepeitscht, rapide um sich und nahmen ihre Richtung auf den Hafen. Die Feuerwehre war gegenüber dem Flammenmeer vollständig ohnmächtig. Es stellte sich heraus, daß die Zahl der Hydranten nicht genügte, und schließlich war auch vor Einbruch des Abends der Wasservorrat der City erschöpft. Die Feuerwehre konnte nur von der Seite der glühende Schlange angreifen, die sich so schnell bewegte, daß ein Widerstand von vorn wahnsinnige Tollkühnheit gewesen wäre. Aus New York, Washington, Philadelphia und andern Städten kamen Ertragszüge mit Wasserapparaten und Wasserschiffen. Gleich bei Beginn des Brandes war der Mayor von Baltimore gebeten worden, zu erlauben, daß man solche Gebäude, die im Wege des Feuers lagen, mit Dynamit sprengen dürfe, um auf diese Weise dem Brande Einhalt zu thun. Am Sonntagmorgen wurden denn auch über 50 Gebäude in der angegebenen Weise zerstört. 3000 Pfund Dynamit hatte man dazu verwendet. Aber auch dieses Opfer war vergeblich gebracht worden. Das Flammenmeer wälzte

sich ohne jedes Zögern über die Trümmerstätte und die wackelnden Straßen und fing jenseits der oben Stelle sein Verherrlichungswort von neuem an. Die Bevölkerung war die ganze Nacht schredesfüllt in den Straßen und vollständig unkontrollierbar von der Polizei, die das Volk kaum von dem gefährlichen Bereiche der Flammen fernhalten konnte. Die Flammen erhoben sich oft 200 Fuß hoch über die Stadt, und der Sturmwind trug einen Feuerregen in bisher unberührte Stadtteile. Brennende Holzstücke wurden meilenweit getragen und richteten dort, wo sie niederfielen, um so sicherer Unheil an, als natürlich alle Bekämpfer des Feuers sich in dessen Nähe befanden. Balken von 6-8 Fuß Länge wurden durch die Luft geschleudert, und die Feuerwehre mußte sich oft vor den brennenden Geflochten flüchten. Die hohen „Balkenträger“ stammten auf wie Strohholzstämme und klappten dann zusammen wie ein Telekop. Die besten Feuerwehren Amerikas waren dem Andrang eines solchen Flammenmeeres, das in dem kurzen Zeitraum von 30 Minuten ganze Häuserblöcke verzehrte, nicht gewachsen. Dazu kam, daß elektrische Drähte auf die Straße fielen und die Gefahren für die Feuerwehre erhöhten. Verschiedene von diesen erhielten so heftige Schläge, daß sie ins Hospital geschafft werden mußten. Als auch der Chef der Feuerwehre von einem elektrischen Draht getroffen und schwer verletzt worden war, übernahm der Mayor von Baltimore selbst das Kommando über die Feuerwehre. Ein Feuerwehmann aus Pennsylvania blieb tot. Die Feuerwehre von Philadelphia magte es, dem Feuer sogar von vorne entgegenzutreten. Es waren viele unbewußte Heldenthaten, wie sie der Augenblick einregelt, zu verzeichnen. Juristen und Geschäftsmänner drangen in die Gebäude ein, um wertvolle Akten und Papiere zu retten, und Hunderte von Bürgern wollten Holz- und Korbensässer aus Lagern, damit die Flammen nicht neue stärkende Nahrung finden sollten. Am hervorragendsten bewahrte sich die Polizei, die unter vollständigem Feuer- und Pulverregen ein Pulver- und Dynamitlager leerte. Die Kranken in den Hospitälern gerieten beängstigt in große Aufregung und mußten zum Teil in leinestweil transportfähigem Zustande aus den Hospitälern gerettet werden. Auf den Dächern der Krankenhäuser saßen die Ärzte und die Pfleger und Pflegerinnen, um niederfallende Funken sofort zu löschen. Als das Feuer durch eine Windänderung am Montagmorgen dem Osten zugeführt wurde, konnten die Feuerwehren mit Seeräusern an seine Bekämpfung gehen, und gegen Mittag wurde bekannt gemacht, daß man jetzt Herr der Flammen geworden sei. In vielen Zirkulen hatte es sich ausgebrannt und im Süden und Osten war einem weiteren Fortschreiten der Flammen erfolgreich Einhalt getan. Gegen 3 Uhr nachmittags galt der Brand als gelöscht. Fast zwei Quadratkilometer des geschäftreichsten Teiles der Stadt liegen in Trümmern. Unter den zerstörten Häusern befinden sich das Courthouse, das allein 3 Millionen Dollars gekostet hat, und ferner eine Menge Banken und andre großartige Gebäude. Die Feuerversicherungs-Gesellschaften sind so außerordentlich schwer durch diesen Brand getroffen, daß man daran zweifelt, daß sie im Stande sein werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Im Repräsentantenhause in Washington wurde am Montagmittag der Antrag eingebracht, den Opfern der Feuersbrunst eine Million Dollar zu bewilligen. In den Hospitälern befinden sich 75 mehr oder weniger schwer verletzte Personen.

Briefkasten der Redaktion.

E. 1901. Es geht nicht an, daß die Redaktion den Einsendern unerschütterlich loyalität über die Nichtannahme dieser Willensmeinungen Redaktions ablegt. Sie werden auch schwerlich ein Blatt in Berlin finden, das dazu bereit wäre.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

Anton Zares. Wenden Sie sich an irgend einen Notar. Das Verzeichnis der Notare finden Sie im zweiten Teil des Adreßkalenders. — **A. Z.** Sie sind weder zur Jurisprudenz, noch gar zur Beschäftigung Ihrer Schwestern befugt. Nach dem Tode Ihres Vaters hat Ihre Mutter die volle elterliche Gewalt über Ihre Kinder. Sie kann beim Vormundschaftsgericht beantragen, sie in ihrer Erziehungspflicht zu unterstützen. Zweckmäßiger ist es, Sie lassen auf Ihre Schwestern durch verständige Ratsprache zu wirken. — **G. Z. 16.** Ihre Schwester gehört als Dienstmädchen einer Krankenkasse nicht an, ist nicht krankenspezifisch, sondern kann nur auf eigene Kosten der Gemeinde-Krankensicherung beitreten. Die Herrschaft ist verpflichtet, für die Dauer von sechs Wochen für die Krankenkasse aufzukommen. Ein Recht, in eine Heilanstalt aufzunehmen zu werden, steht Ihrer Schwester nicht zu. — **J. G. B. 1. Ja. 2. Rein.** — **Bezahl. 180 B.** Das Geld ist nur für das Kind zu verwenden. — **H. Breth 5.** Wenn Sie den Fall beweisen, so erfolgt schwerlich Strafbefehl, schlichterfalls in Höhe von etwa 3 M. — **B. P.** Sie haben für 1903 und 1904 je 50 M. für die neue Wohnung nach Verhältnis Ihres Mietzinses abzurufen zu lassen. — **W. G. Wierböck.** Da Sie bei der Unterschrift noch nicht 21 Jahre alt waren, so wird der Verkaufsertrag abgemindert werden. In Zukunft müßten Sie in ähnlichen Fällen zahlen, also meiden Sie Unterwürigkeit. — **Kante 65.** 1. Bis zu etwa 20 M. monatlich. 2. In voller Höhe. 3. Rein. — **E. Z. 1848.** Sie müßten beim Amtsgericht auf Zahlung klagen und dann Vollstreckung verlangen, eventuell wiederholen. — **H. 119.** Die Beantragung hängt davon ab, wann die Ehe geschlossen ist und wie die Sachen der Frau erworben sind (vor der Ehe? während derselben? womit?). Hat der Ehemann im Verträge mehrheitlich behauptet, die eingebrachten Sachen gehören ihm, so steht er sich einer Verfolgung wegen Betruges aus. — **A. Ja.** — **W. Z. 22.** Städtisches Gebäude ist in Preußen nicht krankenspezifisch, sondern auf eigene Kosten der Gemeinde-Krankensicherung beizutragen. Erkrankt ein Gebäude, so ist die Herrschaft verpflichtet, sechs Wochen lang für Kur und Pflege aufzukommen, ist aber leider berechtigt, gegen den für diese Zeit schuldigen Lohn aufzutreten. — **100.** 1. 2. 3. Ja. 4. Rein. — **S. P.** Er bezieht diejenige Rente, die höher ist, nicht beide zusammen. Wie hoch die Rente ist, ist ohne Kenntnis der Renten nicht zu sagen. Ihr Vater soll einen Antrag auf Zahlung stellen. — **A. 2.** 1. Geburtsurkunde, Ehefähigkeitsurteil und falls Ehemann vorhanden, Aufwandsrechnung und für die zweite Ehe erforderlich. 2. Schließen Sie notariell oder geschichtlich einen Übertrag der Art, von der ein Beispiel auf S. 222, 225 des „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers sich findet. Dies Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **H. 36.** Ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts ist Ihre erste Frage nicht zu beantworten. Legen Sie den Sachverhalt brieflich oder in der Sprechstunde eingehend dar und wiederholen Sie Ihre Frage. — **H. 1904.** 1. Ja. 2. Beantragen Sie bei dem Magistrat, Breißeit. 3. Beantragen Sie den Kreisrichter. — **S. B.** Sind Kinder vorhanden, so erbt nur die Witwe und deren Kinder, nicht die Eltern des Mannes. Handelt es sich um eine kinderlose Ehe, so erben die Eltern des Mannes mit. — **D. J. Rein.** — **E. W. 33.** Wozu können Sie ohne rechtliche Nachteile den Antrag auf Aufnahme in eine Heilanstalt zurückgeben. Wir möchten Ihnen aber empfehlen davon abzurufen; gerade wenn Sie sich jetzt besser oder gar gründlich fühlen, kann der Aufenthalt in einer Heilanstalt zu einer wirksamen Genesung führen. — **W. H. Klee.** Wenn Sie so unvorsichtig waren, zuzugeben, daß Sie gestrichelt haben, so wäre ein Widerspruch zweifellos, Verjährung liegt nicht vor. — **Soldat.** Ihr Bruder sollte beim Bezirkskommando Antrag auf Untersuchung seines Zustandes stellen. — **W. H. Rein.** — **S. W. 8.** 1. Ja. 2. Der Erbschaftsantrag ist innerhalb dreier Monate zu stellen, die Verjährungsfrist währt fünf Jahre. 3. Eine Frist ist nicht gestellt. — **H. W.** Wenden Sie sich an die Gewerbe-Deputation, Steuerverwaltung 3-6, mit dem Antrage, gegen den Verstoß einzuschreiten. — **H. 10.** Wenn Ihr Mann den schwierigen Beweis zu führen im Stande ist, daß er das Werk im trunkenen Zustande betriebl hat, so ist Abweisung der Klage zu erwarten, sonst leider nicht. — **H. E. B. 41.** Rein.

Marktpreise von Berlin am 9. Februar 1904
nach Ermittlungen des h. V. Preisprüfungsamtes

Ware	ab Bahn	frei Wagen und ab Bahn
Wegeln, gut D.-Gr.	16,45	16,41
mittel	16,37	16,33
gering	16,29	16,25
Roggen, gut	12,80	12,78
mittel	12,76	12,74
gering	12,72	12,70
Gerste, gut	13,50	13,50
mittel	12,70	11,90
gering	11,70	10,80
Hafser, gut	15,40	14,40
mittel	14,30	13,30
gering	12,20	12,20
Häfling	3,82	3,82
Hafer	7,40	4,80
Reisen	40,00	25,00
Erbsen	50,00	25,00
Zuckerrüben	60,00	20,00
Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
Rindfleisch, Rende 1 kg	1,80	1,20
do. Rende 1 kg	1,40	1,10
Schweinefleisch	1,60	1,00
Kahlfleisch	1,80	1,20
Hammelfleisch	1,80	1,10
Butter	2,60	2,00
Eier 60 Stück	5,00	3,00
Käse 1 kg	2,40	1,20
Kale	3,00	1,40
Länder	2,00	1,20
Heute	2,40	1,20
Parade	1,60	0,80
Schleie	3,00	1,40
Blau	1,40	0,80
Strecke der Schaf	15,00	3,00

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

2.ziehung 2. Klasse 210. Rgl. Preuß. Lotterie.

ziehung vom 10. Februar 1904, nachmittags.
Aus die Gewinne über 96 Zfl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

53 277 409 538 651 715 1005 200 78 120 3001 445
596 690 910 2098 175 86 283 72 469 (200) 606 52
90 775 924 3057 85 301 50 711 844 902 26 49 4430
89 615 91 797 850 61 911 (300) 19 5454 690 (300) 907
89 615 91 797 850 61 911 (300) 19 5454 690 (300) 907
[200] 8417 34 569 607 52 738 (200) 833 9094 60
[200] 75 100 273 374 527 913
10177 215 501 907 11154 479 (300) 509 783 930
67 12006 45 151 449 516 639 772 900 13225 57 349
55 407 58 613 31 33 710 27 833 14083 (200) 418 81
34 67 62 861 15382 (200) 541 888 16103 (200) 47
459 51 99 583 676 869 908 17092 983 706 (200) 41 823
31 18012 96 78 792 809 19443 967 702 9 14 804 939
(200) 62
20165 466 534 656 798 21158 404 515 (200) 21
822 90 (200) 822 22003 128 285 417 561 70 73 689 859
974 23192 333 76 521 654 64 739 889 (200) 24792
25124 (200) 43 92 794 (300) 20132 237 60 343 413
694 835 902 27122 315 400 (200) 593 692 28159 417
78 576 96 737 859 (200) 911 29092 247 57 335 91
599 694 737 801 9
30103 17 241 390 470 607 728 58 31002 411
567 949 32008 22 134 97 439 538 (200) 723 863 33159
96 305 331 34096 492 83 892 69 35340 44 441 824
488 (406) 890 991 36105 422 732 64 (200) 37428
85 696 38072 131 285 409 82 566 727 39167 81 457
67 533 83 990
40108 34 215 369 402 71 508 701 41146 340 415
60 314 70 (200) 42173 80 274 79 51 594 679 706 42
846 79 43431 74 614 708 810 (200) 63 84 977 44265
98 330 40 90 616 17 34 799 45128 361 618 77 874
44002 100 212 420 500 47 709 69 955 47314 739 927
48103 281 346 413 627 (200) 711 30 887 49017 29
497 579 601 947 71 73
50168 344 51015 175 331 584 89 602 85 (200) 7
742 52747 933 53071 103 42 295 98 491 574 86 754
942 54124 351 55106 644 56113 (200) 420 371
94 690 732 832 53 912 57254 507 659 83 749 939 87
56123 477 (460) 597 909 15 59043 135 273 349 414
673 603 727 843 70 519 23 80
60232 377 414 17 675 708 69 879 61139 319 684
672 62294 559 731 821 78 63049 211 431 (200) 85
522 794 48 801 907 63049 178 327 449 62 542 67 629
736 (300) 812 936 (200) 65197 (200) 211 359 362 719
98 66021 100 88 290 329 87 475 82 (200) 516 (200) 91
34 67090 82 93 221 39 57 481 533 633 25 833 43 918
68033 113 81 229 392 97 626 814 20 69163 296 360
441 79 84 324 656 741 894
70113 208 348 407 529 781 902 71022 32 61 112
44 91 379 587 705 (200) 900 72171 258 78 379 734 851
73016 363 415 71 (200) 530 84 634 74203 65 437 696
[200] 759 936 75104 50 527 605 763 (200) 924 44
76273 490 (200) 62 689 711 76 85 906 47 30 98 77023
228 49 389 447 545 906 38 (200) 78033 249 422 41 78
651 746 821 (200) 50 79224 92 333 687 (200) 849
80010 130 27 31 81 215 304 45 53 57 641 87 701 83
513 956 81196 95 393 26 94 533 812 56 97 999 82073
228 314 80 614 726 892 82023 212 79 701 67 (200) 74
566 84206 (200) 429 569 77 96 637 738 424 (500) 85146
97 244 345 594 857 84 965 86028 (200) 39 77 207 71
312 414 70 826 80 919 87037 470 564 609 19 88689
89048 180 280 882 934
90030 795 926 91355 609 23 967 70 77 99 98 92458
743 93088 201 574 79 617 726 807 94035 67 251 471
45 (200) 93529 (200) 79 735 905 94039 68 503 900
45 (200) 97188 223 313 73 441 99 772 98449 542
[200] 85 734 998 99111 93 268 406 512 706 35 60
100157 635 (200) 55 692 101130 369 513 33 795
102126 264 592 103101 242 697 104198 94 213 479
582 804 23 29 105074 79 164 369 600 95 993 106109
74 203 21 79 383 402 533 626 709 92 107042 157 242
64 (200) 327 473 692 78 108240 488 (300) 657 99 808

2.ziehung 2. Klasse 210. Rgl. Preuß. Lotterie.

ziehung vom 10. Februar 1904, nachmittags.
Aus die Gewinne über 96 Zfl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

84 (200) 614 48 109164 84 305 37 47 48 432 60 518
687 785 866 60
110158 472 (200) 740 863 111153 364 633 89 705
803 (200) 656 112001 (200) 266 313 444 66 (200) 71
638 910 33 49 113090 74 253 533 33 618 704 28 42 49
(200) 84 813 (200) 64 88 946 114098 390 (200) 799
877 115265 310 48 578 633 (200) 817 116181 244
79 681 707 90 117004 29 (400) 801 54 98 996 (200)
118022 147 315 427 74 709 (200) 977 119294 (200)
339 630 85 873 976
119096 126 32 90 237 83 332 468 590 83 873 957
121117 202 37 71 419 517 743 (200) 62 75 878 924 (200)
88 122013 29 116 444 86 627 (200) 47 732 (200) 74
(200) 839 98 123216 18 617 124040 123 88 486 76
85 (200) 979 (200) 97 125241 456 62 633 90 801 6 904
126167 399 (200) 486 127532 446 64 97 98 886 961
128361 (200) 310 428 838 908 129196 74 213 490 564
97 601 (400) 13
130084 271 328 421 39 789 818 66 69 131047
65 (200) 171 251 54 379 88 639 44 774 (200) 132594
614 133021 125 26 (200) 466 73 502 804 134332 457
599 752 93 894 966 135288 495 505 663 (200) 78 801
909 22 136208 (200) 45 470 501 613 739 40 946 137416
95 543 47 790 138072 (200) 256 358 633 683 705
58 865 92 988 139355 627 877
140084 221 425 55 84 (200) 95 585 629 821 (200)
84 960 141096 173 81 424 75 531 40 88 936 (200)
142042 144 210 93 505 17 28 927 71 143002 163 242
418 49 303 687 144110 223 67 644 92 971 145088
213 88 323 31 544 724 867 931 69 81 146147 (200)
206 61 530 628 147192 265 692 828 148114 (200)
212 34 322 839 654 774 149131 205 683 773 (200) 886
150018 321 627 151188 368 423 30 692 839 59
923 (200) 39 152241 61 421 549 639 80 782 822 153110
204 513 635 887 995 154271 90 302 645 155044 47
(200) 168 205 436 529 977 80 156112 588 829 51 (200)
87 769 951 89 157143 230 34 807 158277 409 657
826 159012 183 857
160235 366 615 733 (200) 161111 81 440 76 (200)
513 53 768 86 (200) 896 162402 3 775 93 968 (200)
163302 35 422 (200) 51 587 853 164018 287 741 804
20 81 (200) 900 165208 584 620 40 935 166441 583
617 729 918 167389 99 400 559 168005 729 49 94
969 169175 416 65 805 800
170206 348 77 454 830 644 757 171043 78 162
268 677 883 964 172001 177 292 338 712 949 173005
98 173 324 20 463 84 90 574 894 174113 41 873 79
844 926 175308 (200) 450 82 581 788 907 77 176504
232 358 76 81 501 12 728 910 177066 84 118 45 (200)
236 90 (200) 474 523 92 658 (200) 815 178038 77 134
46 (200) 351 456 179109 13 531 791
180073 74 108 204 16 663 801 3 965 181314 714
805 973 182060 264 303 601 183160 348 889 823
184663 85 185 77 308 42 56 633 80 878 185008 97
333 585 717 87 801 2 24 89 99 977 186125 362 77 437
(200) 847 188251 626 704 30 (200) 915 189008
214 29 378 573 994 10 58 74
190253 345 437 543 758 191198 382 76 582 875
192321 90 999 193051 131 462 543 194065 796
967 195051 168 435 543 617 776 196044 157 469 704
27 197083 101 409 88 (200) 912 198073 (200) 80 82
268 375 664 889 998 199182 453 515 17 19 40 201089
200184 94 285 519 609 778 87 888 807 77 (200) 889
117 392 592 68 202145 277 492 784 87 928 37 (200)
203060 171 353 434 59 687 905 99 204028 52 162 79
271 994 205214 398 (200) 499 522 632 863 206035
134 214 416 513 609 65 709 207129 297 443 783 92 907
39 89 (400) 208286 422 897 936 209132 242 84 664
730 110 000 926
210044 96 331 692 75 734 1400 832 73 211157
337 32 501 99 645 971 212003 349 412 50 801 741 85
89 802 213312 85 445 569 415 67 730 941 214320
(200) 48 984 87 215357 417 791 (200) 96 216829
58 81 482 963 217066 76 132 82 268 95 470 607 874
218068 (400) 216 348 748 219181
220004 94 234 462 67 881 84 900 221132 57 452
604 754 881 (200) 969 222301 733 69 223066 233
90 369 90 828
Am Gewinnverteilung verbleiben: 1 Gewinn zu 2000 Mark,
2 zu 1000 Mark, 3 zu 500 Mark, 4 zu 100 Mark, 15 zu 60 Mark, 18
zu 50 Mark.

2.ziehung 2. Klasse 210. Rgl. Preuß. Lotterie.

ziehung vom 10. Februar 1904, nachmittags.
Aus die Gewinne über 96 Zfl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

434 3104 328 665 75 2364 468 723 37 807 39
652 3009 213 477 353 843 953 68 4209 343 830 925
5198 302 73 441 79 529 626 87 795 6089 232 82 457
619 62 (200) 739 933 7008 15 721 8169 248 578 95
(300) 739 934 85 97 9154 643 871 98 (400)
10001 313 22 551 610 793 812 975 11610 411
510 29 88 738 875 915 37 44 12059 314 15 29 901
13072 75 277 378 479 517 718 61 843 950 14026 69
394 621 32 80 880 920 21 85 15120 376 618 878 919
13610 34 76 80 4 80 (200) 17123 37 251 319 (200)
457 690 867 947 18011 67 112 18 335 79 91 442 88
592 731 906 19042 (200) 163 97 279 (200) 312 428
65 593 81 98 (200) 975
20023 69 233 418 674 761 514 71 910 40 21221
391 478 726 47 801 64 963 22309 64 87 (200) 408 722
967 23103 241 (200) 316 418 636 559 942 24065
104 4 289 516 685 (200) 770 829 26182 318 20 520
623 705 986 83 29066 83 140 262 431 705 6 27442
890 28076 86 267 (200) 98 679 96 29061 246 585
30046 81 329 646 715 951 31094 402 844 32167
264 202 76 83 765 73 985 33304 661 68 849 883
34007 137 384 44 405 (200) 32 804 98 35115 28 463
677 92 800 36238 47 355 407 (200) 51 957 71 84
37193 201 8 416 557 794 885 97 956 35001 135 222
738 955 60 39015 (200) 180 325 581 676
40443 888 939 41000 389 898 42057 93 151
(200) 96 417 586 644 808 43034 64 373 509 37 613
68 725 800 85 44265 345 82 60 492 538 701 45155
79 188 96 387 93 487 728 032 46014 412 33 (400)
909 692 718 47 91 889 47292 36 37 620 48064 69
392 470 879 632 790 881 49217 49 475 98 593 692
744 836
50198 233 330 616 788 810 51050 338 460 645
776 903 30 52211 92 478 96 532 661 889 923 53065
(200) 322 (1000) 541 969 54021 182 300 657 55481
(200) 629 801 (200) 56507 62 623 966 57164 236
383 (200) 992 58174 245 77 386 510 799 59061
187 345 402 537 647 757 907
60173 203 (200) 204 466 533 704 47 830 904
61017 30 35 (200) 201 (200) 368 (1000) 407 511 78
771 888 (200) 940 45 62062 197 356 (200) 566 67
(200) 63010 (400) 49 267 361 415 680 792 89 64000
76 243 66 624 767 927 57 65037 226 75 466 709 825
89 (200) 66049 194 335 317 843 67092 (200) 292
465 852 68139 48 221 58 463 74 608 848 934 69041
212 31 402 589 721 35 813 18 28 941
70048 596 825 50 (200) 88 95 71062 194 387
487 632 719 63 865 72052 135 49 369 887 73127
62 299 84 551 699 761 922 (200) 69 97 74211 679
75399 445 762 76290 438 889 954 (200) 77361 429
601 7 62 99 882 934 76004 586 (200) 612 781 847
79123 44 95 404 27 34 87 92 749 916
80092 192 (200) 273 354 551 663 81088 117 234
376 444 54 94 594 96 725 39 854 95 963 82016 291 339
631 737 83094 98 281 941 (200) 84196 210 300 894
82 112 18 874 934 85017 (200) 110 14 467 70 615 874
86009 68 275 491 356 948 (200) 87118 449 612 815 959
88150 319 578 649 (200) 781 89291 304 22 34 903
90022 96 185 224 76 405 35 71 518 84 694 880
91062 246 384 626 64 92222 (200) 300 41 767 (200)
92122 93046 186 77 229 320 (400) 431 501 23 86 63
783 94034 184 411 63 70 522 922 72 (200) 94 (200)
95165 216 392 81 511 886 96020 306 68 82 333 607 86
734 59 967 97017 137 311 29 (200) 642 968 98196 95
238 328 446 54 294 800 11 39 761 835 70 98 99263 84
405 690 93 709 877 931
100065 83 356 44 388 101060 232 87 427 643 753
102042 134 383 945 88 103263 (200) 305 819 67 (200)
647 (200) 985 104188 425 627 105298 350 707
894 987 106394 644 762 107683 140 245 89 912 28
90 108175 358 74 92 399 (200) 61 629 109372 404 13
67 612 751 78 850

110641 256 03 385 815 41 739 73 111187 222

225 59 691 763 112117 229 380 889 99 925 (400) 38 68
113078 95 (200) 434 551 (200) 58 634 786 854 991
114033 226 (200) 328 479 888 965 40 (200) 115056
246 314 539 (200) 79 89 815 911 116107 (200) 273 562
679 790 830 33 63 925 117157 221 (200) 284 437 579
118025 107 34 380 892 892 904 98 119069 (200) 137
233 417 75 511
120227 96 423 651 77 98 (200) 707 42 48 919
121560 615 (400) 634 122091 101 619 724 976
123064 139 380 (400) 322 789 (300) 856 87 124032
104 472 591 97 721 (300) 25 830 949 126084 (400) 83
489 83 88 611 323 75 126077 419 72 506 77 743 47 89
127030 225 70 67 484 721 47 (400) 128081 143 (200)
232 (200) 407 25 99 543 (200) 91 698 740 (200) 971
129090 83 111 65 268 325 268 830 995
130455 242 86 847 71 643 131021 296 831 956
7 132311 671 694 (200) 133142 288 626 740 (200)
850 67 134342 531 764 135090 185 89 411 27 608
965 685 679 136025 172 348 71 526 660 137096 133
139070 538 712 (200) 818
140491 190 854 689 715 (200) 46 73 984 141320
36 798 (200) 820 142166 143099 168 94 531 603
352 144038 113 28 225 146030 103 209 11 310 35 429
355 561 699 761 822 75 148000 103 209 11 310 35 429
69 648 147138 98 280 483 638 45 50 148201 325
(200) 584 931 149036 289 356 590 670 805 89
150055 462 692 705 151517 201 408 624 90 715
870 152016 22 492 558 96 625 743 153126 69 512
618 880 84 967 154084 222 439 45 745 894 155067
(200) 101 515 157884 917 (200)